D 1600 E
Offenbach
Nr. 218,
Mai 1988
20. Jahrgang,
DM 5,—

links

Sozialistische Zeitung

'68 und die Arbeiterbewegung
Mario Tronti; Dokumente zu '68

Sand im Getriebe der Reform
Klaus Segbers aus der UdSSR

Zukunft der Arbeit
Ulrich Mückenberger

Solidarität in der Krise
G-Tagung am 11./12.6. in Frankfurt

Das waren noch Zeiten, in denen die Demonstrationen zum 1. Mai eine linke Pflichtübung waren! Daß der Kampftag der Arbeiterklasse nun zu einem Tschernobyl-Aktionstag wurde, bildet den vorläufigen Höhepunkt einer im doppelten Sinne ,,tragischen" Entwicklung: nicht nur der GAU, sondern auch die Neue Soziale Bewegung ist gegen die soziale Frage gleichgültig. Erst die Gewalt, die die geplante Schließung von Krupp Rheinhausen darstellt, und das überraschende beschäftigungspolitische Solo Oskar Lafontaines konnten das Interesse einiger Zuschauer wieder auf das (Gesellschafts-) Spiel lenken. Plötzlich erhalten Begriffe wie ,,Solidarität" und ,,Egalität" wieder den diesseitigen Sinn gesellschaftspolitischer Aktualität, ja programmatischer Forderungen oder vielmehr: sie könnten es. Diese Dimension der Auseinandersetzung wäre für die gegenwärtige freilich erst noch zu erschließen und nicht zuletzt durch theoretische Anstrengung. Daß dies eine politische Diskussion ist, machen die Beiträge von Ulrich Mückenberger und aus dem ''göttinger betriebsexpress'' deutlich. Ein erstes Forum dafür stellt die AG-Tagung des Sozialistischen Büros am 11. und 12. Juni in Frankfurt dar (s. Seite 47).

,,Solidarität" und ,,Egalität" waren zentrale Motive der Gesellschaftskritik in der Protestbewegung vor 20 Jahren. Damals regierte die Bundesrepublik eine Große Koalition, und es ging um die Verhinderung der Notstandsgesetze. Dieser historische Kontext unterscheidet den (unerfüllt gebliebenen) Traum vom Bündnis mit der Arbeiterbewegung eklatant von dem pseudorevolutionären Proletkult nur kurze Zeit danach. Die ,,Römerbergrede", die Hans-Jürgen Krahl auf einer DGB-Kundgebung kurz vor der 2. Lesung der Notstandsgesetze in Frankfurt hielt, ist ein Zeitdokument. Der Keil, den die Protestbewegung 1968 in die ,,formierte Gesellschaft" trieb, spaltete das Holz nicht, aus dem diese geschnitzt war. Aber er hinterließ Risse (die bis in die Neue Linke selbst reichten), in Frankreich und Italien nicht weniger als in der BRD (s. die Rede de Gaulles). Daß der Generalstreik in Frankreich und der Pariser Mai nicht das Resultat einer großen Verbrüderung von Arbeiter- und Studentenbewegung waren, sollte sich inzwischen herumgesprochen haben. Von diesem objektiv brüchigen und subjektiv gebrochenen Verhältnis handelt der Beitrag von Mario Tronti, der kürzlich in ,,Rinascita" erschien. Italienische Zeitungen feiern 1968 seit Monaten wie ein Jubiläum. Den Hintergründen des Spektakels ist Bruno Schoch nachgegangen.

Für die heutige ,,links"-Redaktion ist ,,Achtundsechzig" ein Teil der eigenen Geschichte. Die kritische Auseinandersetzung mit ihr und ihren Sedimenten im linken Bewußtsein erscheint uns ebenso aktuell wie vom Datum des Kalenders unabhängig. Nur wenige politische Themen heute sind von dieser Bewegung ohne Tradition dennoch unberührt geblieben. Mit einem davon, ,,68" und Osteuropa befaßt sich Welf Schröter in der nächsten Ausgabe der ,,links".

Von einem historischen Ereignis anderer Art (und anderer Tragweite) ist in Klaus Segbers' Beitrag die Rede. Gerade von einer Moskaureise zurückgekehrt, analysiert er die aktuellen Auseinandersetzungen über die Reformpolitik in der Sowjetunion, deren weltweite Dimension gerade jüngst im Zusammenhang des Afghanistan-Abkommens noch einmal nachdrücklich deutlich wurde. Die Entwicklungen in der UdSSR werden die ''links'' weiter beschäftigen: Für die Juni-Nummer sind vorerst ein zweiter Teil des Artikels von Klaus Segbers und ein Beitrag von Richard Lorenz zum Nationalitätenproblem vorgesehen.

Die nächste ,,links" erscheint Anfang Juni. Redaktionsschluß für diese Ausgabe ist der 17.5.88.

Die Redaktion

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Diethard Behrens, Petra Bonavita-Lindloff, Michael Brumlik, Helmut Burgwinkel, Detlev Claussen, Dan Diner, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Andreas Werle.

Redaktionssekretäre: Gerhard Krum, Axel Stolzenwaldt (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Geschäftsführerin: Beate Keßler

Satz: Marion Michell, Verlag 2000 GmbH

Gestaltung: Birgit Letsch, Gerhard Krum

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 5,—
Jahresabonnement DM 54,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

kommentar

Gerhard Krum:	Politische Futurologie	5

aktuell

Dieter Maier:	Unsere Tausend Milliarden	6
Ludi Lodovico:	Self-fucking prophecy	7

hintergrund

Ulrich Mückenberger:	Vielleicht doch noch einen Gesellschaftsvertrag	10
Göttinger Betriebsexpress:	Nur ein Windei von Oskar	14

thema: achtundsechzig

Hans-Jürgen Krahl:	Römerbergrede	17
Charles de Gaulle:	Fernsehansprache am 30.5.68	20
Koordinationsausschuß des Aktionskomitees:	Er quatscht und quatscht	21
Mario Tronti:	1968 und die Arbeiterbewegung	22
Bruno Schoch:	Sonderhefte, Beilagen und Broschüren	29

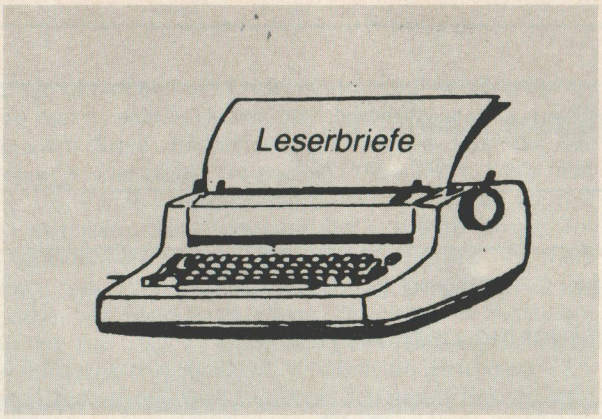
international

Klaus Segbers:	Zeit des Übergangs, Zeit der Wirren	31
Bert G. Fragner:	Nationalitäten und Glasnost in der Sowjetunion	36
Dieter Maier:	Ziel verfehlt	39
Rainer Werning:	Vorolympiade „Freiheit“	49
	Kurz und links	42

cosa nostra

Termine		44
Sommerschule		45
AG-Tagung des SB		47
Forum		4

Elmar Altvater:	Zum Tode von Christel Neusüß	9
Carl Wilhelm Macke:	Leopold Spira zum 75.	46



Betr.: ,,links" Nr. 217

Antizionismus

Wenn man über Antizionismus redet oder schreibt, muß man natürlich wissen, was ,,Zionismus" ist. Hier steht gewissermaßen als Definition der Satz: ,,. . .Wunsch der Juden nach einer nationalen Heimstätte in Palästina — nichts anderes will ja der Zionismus". Will der Zionismus nichts anderes als eine nationale Heimstätte in Palästina — eine Forderung, der man nach allem, was geschehen ist, unbedingt zustimmen muß? Zionismus will noch mehr: Jüdische Kooperative ohne Araber in Palästina!

In der Mandatszeit hat diese Form des Zionismus großartige Leistungen geschaffen. Schon vorher, 1909, zogen Juden aus dem arabischen Jaffa aus, sie wollten unter sich sein und bauten in den Dünen nördlich davon ihre Häuser, eine städtische jüdische Kooperative ohne Araber, sie heißt heute : Tel-Aviv-Jaffa! Auf dem Lande entstanden Kibbuzim, jüdische sozialistische Siedlungen ohne Araber, auch heute noch bewundernswerte Schöpfungen: Jüdische Kooperativen ohne Araber. Die Geistesgrößen der Juden damals waren Zionisten: Martin Buber, Gerschom Scholem, Hugo Bergmann, der Rektor der Universität Magnes, E. Simon und Robert Weltsch schlossen sich zusammen in dem Berith Schalom. Sie erstrebten als Zionisten ,,jüdische Kooperativen ohne Araber", doch sie gestanden den Arabern zu, ,,arabische Kooperativen ohne Juden" zu bilden, und über beiden sollte sich eine binationale Staatsform erheben. In den Augen vieler Juden waren das damals Phantastereien. Vielleicht denkt man heute doch etwas anders, nachdem die Blüte der Jugend — über 10.000, zu viele, aus den Kibbuzim — auf den Schlachtfeldern geblieben ist.

Ben Gurion wollte es ja anders, er schuf den Staat, einen zionistischen Staat als ,,jüdische Kooperative ohne Araber". Ihm kam dabei zustatten, daß 400.000 Araber das Kriegsgebiet verlassen hatten — übrigens ohne Rückkehrrecht. 170.000 Araber blieben, sie waren keine Volksgenossen, sie waren nur Staatsbürger. Sie durften wählen, doch die Knesset hatte nur zionistische Parteien, mit zwei Ausnahmen. Doch die beiden konnten fromme Araber nicht wählen. Rakach von Herrn Milner kam nicht in Frage, denn das Sozialsystem von Herrn Mohammed ist ein anderes als das von Herrn Marx. Auf der anderen Seite die antizionistische Agudat Israel, Partei der Ultraorthodoxen, die den Staat Israel ablehnen, weil er die Ankunft des Messias verzögert. Ein arabischer Kongreß versuchte vor Jahren, eine arabische Partei zu gründen, der Kongreß wurde aus vorgegebener PLO-Furcht verboten. Ein führender israelischer Politiker sagte einmal, es gebe nur die Alternative: Demokratie oder Zionismus! So sieht das politische Recht der Araber, die inzwischen Palästinenser geworden sind, aus. Auch die wirtschaftlichen Rechte werden stark beschnitten. Mein Freund Abed bekam nur 40 Schekel als Pesach-Gratifikation, die Israelis 100! Obwohl er der Erfahrenste ist — nach sechs Jahren — in diesem Betrieb, bekommt er nur ein Drittel dessen, was ein Israeli bekommt. Mein Freund Abdallah ist 21 Jahre in dieser Arbeit tätig, er kann nicht Boß werden, weil er Palästinenser ist, er verdient auch nur die Hälfte dessen, was ein Israeli an seiner Stelle verdient. Das schafft natürlich böses Blut. Das sind die qualifizierten Palästinenser; die andern schaffen den Müll weg und kehren die Straßen, ähnlich wie bei uns die Türken.

Diese allgemeine Entrechtung führte am 9. Dezember 1987 zur Rebellion. Das ist bekannt. Mir geht es hier nur um den Artikel über Antizionismus in ,,links". Es gibt unter meinen Freunden in Israel auch Zionisten, doch es gibt auch Nicht-Zionisten, es gibt sogar unter Juden in Israel — nicht nur in der Diaspora — Antizionisten. Ich fragte meinen Freund Mike vor vielen Jahren nach seiner Meinung über den Zionismus. Er, ungarischer Jude, 1925 eingewandert, sah mich böse an: ,,Diese Regierung will nichts als töten, töten, töten. . ." Ein bekannter Israeli, Uri Avneri, betitelte sein Buch: ,,Israel without Zionism".

Es ist also durchaus legitim für Israelis, für Juden in der Diaspora — und auch für uns Deutsche meiner Generation, die unter unserer Kollektivschuld leidet — Antizionisten zu sein. Ich bin Antizionist, bin jedes Jahr über viele Wochen in Israel seit 1979, habe viele Freunde unter Juden und nur einige wenige — leider — unter Palästinensern. Ich stehe mitten zwischen verfeindeten Parteien. Ich bin Antizionist, nicht weil ich ein Ultralinker bin und ,,links" lese, sondern weil ich besorgt bin um meine jüdischen und palästinensischen Freunde in Israel.

Ich darf noch einmal meinen Grundgedanken wiederholen. ,,Zionismus", ,,jüdische Kooperative ohne Araber" waren eine großartige Idee, die auch realisiert wurde. Doch mit der Staatsgründung durch Ben Gurion wurde diese großartige Idee vergiftet, die Araber entrechtet, politisch, wirtschaftlich und kulturell. Der Alleinvertretungsanspruch der Juden in diesem Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan war ein folgerichtiger Gedanke aus meiner Definition des ,,Zionismus": ,,jüdische Kooperative ohne Araber"! Es ist Unsinn, ,,Antizionismus" mit Antisemitismus gleichzusetzen, dafür gibt es zu viele Juden in aller Welt, die Antizionisten sind!

Burgmann

Betr.: ,,links Nr. 217

Antisemitismus

Ich bin kein grünes Mitglied, sympathisiere aber mit den Grünen, bin aber noch Mitglied der Hannoverschen GABL.

Als 65jähriger bin ich noch vom ,,Dritten Reich" unmittelbar betroffen gewesen, werde das genauer als Anhang schildern.

Sehr glücklich war ich über die grüne Initiative im Bundestag nicht. Das Thema ist zu komplex, als daß es sich gerade von jüngeren Menschen für eine Initiative eignet. Aber ich verstehe au[illegible] nicht, daß sich grüne jüdische M[illegible]glieder nun so grundsätzlich darüber aufregen.

Sicher ist es richtig, daß der deutsche Holocaust der einmalige und einsame Höhepunkt einer jahrhundertealten Verfolgung eines Volkes war, das numerisch zwar klein, aber dennoch der Weltkultur viel, sehr viel gegeben hat und noch gibt. Der Judenvernichtung durch die Römer folgten nach der Zerstreuung, die immer religiös begründeten Verfolgungen durch die Christen, manches Mal auch Mohammedaner und andere Gruppen.

Dietrich Wetzel hat sicher recht, wenn er die Entstehung des Zionismus im 19. Jahrhundert als Ergebnis der dauernden Verfolgungen, Pogrome und Morde sieht. Allerdings hat vor Hitler der Zionismus bei den Juden keineswe[illegible] überall Anklang gefunden. Viele Juden fühlten sich als Vollbürger des jeweiligen Landes, in dem sie lebten und haben dort auch große Leistungen vollbracht, natürlich auch Fehler, vielleicht sogar große Fehler gemacht. All das geschah aber nicht als Jude, sondern als Deutscher, Engländer, Franzose, Amerikaner.

In Hamburg gab es daher weit ins Dritte Reich noch Freundschaften mit Juden. Im Johanneum, dem Hamburger Gymnasium, waren in meiner Klasse noch jüdische Mitschüler. Wir spielten mit ihnen oft zusammen, trotz Pogromen 1933 und Globkeschen Judenkommentaren 1935. Erst die Pogromnacht vom 8./9.11.38 zerriß alles.

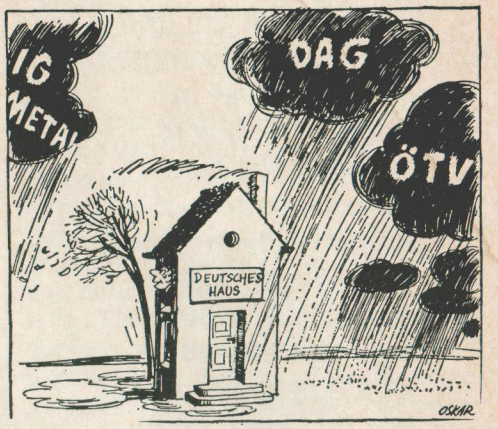
Ich will nicht weiter darauf eingehen, wie sich unter den Juden jeder zu retten versucht hat, ich will auch nicht darauf eingehen, wie feige wir selbst waren. Für viele Juden war ja alles so unfaßlich, zu-

(Fortsetzung S. 43)

Gerhard Krum

Politische Futurologie

IG Metall auf der Suche nach der Zukunft



Wenn den Konservativen die Zukunft gehört und den vermeintlich fortschrittlichen Kräften nicht einmal mehr die Gegenwart, stehen vertraute Weltbilder Kopf. Die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen, mal als ,,Modernisierung", mal als ,,Strukturwandel" apostrophiert, machen vor den Türen von SPD und Gewerkschaften nicht halt, nur weil diese sie fürchten. Die Folge: Nicht nur der Zeitgeist ist gegen sie, sondern zunehmend auch die KollegInnen. Da offenkundig, wie Franz Steinkühler, der Vorsitzende, formulierte, ,,die Fortschreibung des Bestehenden keine akzeptable Zukunft mehr ergibt", tritt nun auch die IG Metall die Flucht nach vorn an. Sie will den Konservativen die Zukunft streitig machen. Ende Oktober soll ein anspruchsvoller Kongreß ,,die andere Zukunft" entwerfen. Zu dessen Vorbereitung finden in diesen Monaten ,,Diskussionsforen" statt, auf denen die Gewerkschaftsstrategen ,,Wissenschaftler, Politiker und Künstler" in wegweisende Diskussionen verwickeln. Am 28. und 29. März ging es im Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel unter dem umständlichen Titel ,,Mit uns Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten" um ,,Zukunftsprobleme der sozialstaatlichen Demokratie".

Wie bei solchen Veranstaltungen üblich, wurden die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Daß diese dennoch unsere Aufmerksamkeit verdient, hat andere Gründe: zum einen kündigt das Thema eine Neubestimmung gewerkschaftlicher Politik an; zum anderen weist die Veranstaltungsform auf eine ,, neue Offenheit" hin, was schließlich die Frage nach den Möglichkeiten linker Politik heute aktualisiert.

Grundlage gewerkschaftlicher Politik war immer der Betrieb, die Interessenvertretung der (Stamm-) Belegschaften ihre Hauptaufgabe. Das könnte in Zukunft anders werden. Die aktuellen Entwicklungen in den Betrieben und in der Gesellschaft lassen diese Strategie zunehmend fragwürdig werden. Die Krise des ,,Normalarbeitsverhältnisses", die Spaltungen innerhalb der Klasse, die multinationalen Konzernstrategien und die fortschreitende Internationalisierung der Arbeitsteilung stellen zumindest erschwerte Durchsetzungsbedingungen dar. Elemente einer ,,Gegenstrategie", die Franz Steinkühler, in seinem abschließenden Referat auflistete, lassen zwar kaum einen linken Wunsch offen: Von Solidarität und Freiheit war da die Rede, von einer neuen Beweglichkeit des Denkens und von Politisierung. Die schwierige Frage nach dem ,,Wie" aber blieb vermutlich nicht zufällig offen. Es fehlt der IG Metall nicht am Problembewußtsein, sondern an einem Konzept.

Dazu erhoffte sie oder erwartete sie sich Innovationen aus den Reihen der Intellektuellen, die sie geladen hatte. Mit der Frage, auf welche Weise die Strategie des Abwehrkampfes in eine ,,Gestaltungsoffensive" zu verwandeln ist, waren indessen auch sie hoffnungslos überfordert.

Jürgen Seifert referierte über die ,,Zukunftsprobleme der sozialstaatlichen Demokratie". Er lobte die Arbeiterbewegung dafür, Sozialstaat und Demokratie miteinander verknüpft zu haben und empfahl ,,den Gewerkschaften", diesen Weg umso entschlossener fortzusetzen, als die konservative Gegenbewegung Errungenschaften wie diese akut bedrohe. Diesen Abwehrkampf auf der Grundlage von mehr Solidarität zu organisieren, sei eine vorrangige gesellschaftspolitische Aufgabe. Das war nicht alles, was er sagte, aber es war schon das Wesentliche. Wenn Steinkühlers Bemerkung, daß ,,man die unterschiedlichen Interessen (. . .) nicht einfach mit dem umfassenden Begriff der Solidarität zukleistern" kann, darauf gemünzt war, hatte er ebenso recht wie mit der Einschränkung dessen, was für die Gewerkschaften ,,gesellschaftspolitisch" heißen kann: Die Gewerkschaften können und sollen sich nicht zu ,,Ersatzparteien" entwickeln. Ihre Stärke liegt immer noch in einem hohen Organisationsgrad der Basis, deren Struktur zunehmend vielfältiger geworden ist und eine flexiblere Ansprache erfordert.

Dies war das Thema des Referats von Rainer Zoll, der von einem ,,neuen kulturellen Modell" sprach, das ,,im Kern in einem neuen Verhältnis des Individuums zu sich selbst" bestehe und ,,an die Stelle von Selbstverleugnung und Opferbereitschaft (. . .) die Suche nach Selbstverwirklichung" setze (und so einen neuen Individualismus begründe). Eine Rekrutierungsstrategie, die diesen neuen Bedingungen gerecht werde, müsse sich auf die ,,Alltagssolidarität" gründen und bei der Freizeit ansetzen. Daß aber gerade dieser ,,Rückzug in die neue Überschaubarkeit (. . .) den Humus (bietet), auf dem die neokonservativen Sumpfpflanzen wachsen können", darauf mußte erst Franz Steinkühler kommen. Er will offenbar vermeiden, daß die Gewerkschaften ins Fahrwasser der ,,Neuen sozialen Bewegungen" manövriert werden. Dieses Stadium der Diskussion hat die IG Metall (hoffentlich) endgültig hinter sich.

So wenig hilfreich die Ratschläge der Intellektuellen für die notwendige Neubestimmung gewerkschaftlicher Politik waren, so richtig und wichtig ist es für die Gewerkschaften, diesen Dialog fortzusetzen. Anregungen dazu gab vor allem Ute Teuscher-Gerhardt, die entschieden die Frage nach dem Arbeitsbegriff auf die Tagesordnung der Diskussion setzte. Sie spielte in Sprockhövel leider kaum eine Rolle. Das genau freilich wäre die Auseinandersetzung, die auch den merkwürdigen Kontrast zwischen Theorie und Praxis der IG Metall-Politik nicht ausklammert. Der erste internationale Solidaritätsstreik in der Bundesrepublik, der kürzlich bei VW Salzgitter organisiert wurde, konnte ebenso nur gegen Widerstände der IG Metall stattfinden, wie der Kampf um Krupp Rheinhausen bisher letztlich ohne deren Unterstützung auskommen mußte. Dazu schwiegen sich in Sprockhövel alle aus.

Die neue Verteilungsfrage, die eine soziale ist, macht eine Schwerpunktverschiebung von der Tarif- zur Beschäftigungspolitik, die wohl auch Oskar Lafontaine mit seinen umstrittenen Thesen intendierte, unverzichtbar. Solange dafür freilich die Instrumentarien nicht entwickelt sind, bleibt ,,Die andere Zukunft" bloß politische Futurologie. Vielleicht könnte eine neue Arbeitszeitkampagne den Anfang einer gewerkschaftlichen Gesellschaftspolitik machen.

Dieter Maier

Unsere tausend Milliarden

Die Debatte um den IWF/Weltbankkongreß im September in Berlin (West) wird immer mehr zum Prinzipienstreit. Kämpfe sollen „auf die Systemfrage zugespitzt" werden (vgl. das autonome Strategiepapier in der taz, 14. April 1988) und um's Bündnis gehts, als kündige sich ein neues revolutionäres Subjekt an. „Es muß auch um die Neudefition und praktische Konstituierung des Begriffs „WIR" gehen (Strategiepapier). Wir nicht.
Die Welt ist ein Dorf, heißt es in einer der zahllosen Broschüren, die es mittlerweile zur internationalen Verschuldungskrise gibt. Im September treffen sich die Dorfältesten zu ihrem jährlichen Treffen der gemeinsamen Tagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank (WB). Austragungsort ist diesmal Berlin (West). Der Senat hat schon gesagt, daß er bei dieser Gelegenheit die Konferenzfähigkeit Berlins beweisen will. Das klingt nach vielen Hundertschaften.

Anderes klingt nach Putz. Es gibt schon so etwas wie eine Ini-Bewegung wegen der IWF/WB-Tagung, als ginge es ums eigene Geld. Eine „IWF-Gruppe Crelleladen" schreibt: „Der Klassenkampf läuft weltweit", und gibt auch gleich die eigene Positionsbestimmung in diesem Klassenkampf: „Unsere eigene Subjektivität erkennen und unseren Anspruch auf Befreiung hier, in der Metropole und Westberlin, zu stellen." Die Wogen schlugen erst richtig hoch, als die taz ein von ihr selbst geplantes Symposium/Diskussion zwischen WB-Vertretern und deren Kritikern absetzte, weil der „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), die berliner AL und Autonome" dagegen Sturm liefen. Das „Projekt sei (der taz) offensichtlich von der Presse- und Informationsabteilung der Weltbank eingeflüstert worden", schreibt der BUKO. Nach der Absage des Symposiums gab es seitenweise Leserbriefe in der taz. Eine Realo-Fraktion auch innerhalb des BUKO meldete sich zu Wort, die mit IWF/WB als dem aufgeklärtesten Teil des internationalen Kapitals reden wollte. Warum? „Auch der kritische ‚links-sympathisierende Teil' der Bevölkerung hat bei weitem noch nicht das entsprechende Bewußtsein und den erforderlichen Informationsstand gegenüber IWF und Weltbank", schreibt der Dritte-Welt-Laden Aachen.

Diese sprachlichen Kostproben zeigen, daß es in Berlin vor versammelter Weltpresse ums Ganze gehen wird. Es wird einen Gegenkongreß des BUKO geben, und davor ein „ökumenisches Hearing zum internationalen Finanzsystem". Eine italienische Kampagne „Nord-Süd-Broschüre, Überleben der Völker, Auslandsverschuldung" hat sich ebenfalls angesagt.

Nichts geht mehr

Die Tausend Milliarden Dollar, die die Schuldnerländer des Südens und Osteuropas den Gläubigerländern des Nordens schulden, haben die elenden Lebensbedingungen von zahllosen Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Um Devisen für den Schuldendienst zu erwirtschaften, wird die Landwirtschaft der Schuldnerländer auf Effizienz und Export getrimmt. Das geht zu Lasten von Arbeitsplätzen und der Produktion von Grundnahrungsmitteln. Der IWF verlangt die Reduzierung staatlicher Sozialausgaben, wenn ein Land den Persilschein für neue Kredite will, mit denen es die Zinsen und Tilgungen für die alten begleicht. Die Wirtschaft vieler Schuldnerländer wird nach und nach zu einer „Schuldendienstökonomie" (Michael Ehrke, Jenseits der Verschuldungskrise. In Lateinamerika-Analysen und Berichte 10, Junius-Verlag Hamburg 1986).

Das finanztechnische Krisenmanagement ist Teil der Krise geworden. Brasilien ist das meistverschuldete Land des Südens. Die brasilianische Regierung hat seit 1985 vier verschiedene Finanzminister und vier verschiedene Methoden gegen die Verschuldung verschlissen und ein Moratorium der Zinszahlung erklärt, das in Wahrheit keines war. Jetzt zahlt Brasilien wieder, und mehr als vorher. Der brasilianische Volkswirtschftler Paulo Singer, alles andere als ein Freund von IWF/WB, resümiert inzwischen, daß es immer noch besser gewesen sei, gleich eine langfristige Neuregelung auszuhandeln. Immer deutlicher werden politische Lösungen gefordert. Der Kardinal von Sao Paulo, Paulo Evaristo Arns, kritisiert, daß Generäle und Technokraten die Kredite aufgenommen haben und das Volk und die Arbeiter sie jetzt zurückzahlen sollen. Die Verschuldungssituation hat die Frage nach demokratischer Beteiligung an Entscheidungen dieser Reichweite, nach Rückgewinnung der Souveränität verschuldeter Länder und nach einem Kartell gegen die Auflagenpolitik von IWF und WB aufgeworfen.

Die Diskussion um den heißen September in Berlin macht allerdings nicht den Eindruck, als ginge es dort um politische Lösungen. Diskutiert werden Bündnisfrage und Feindbild. Und mit dem Feindbild ist es schwieriger geworden, seit US-amerikanische Ökologen dem gefühllosen IWF ein künstliches Herz eingepflanzt haben. IWF/WB verbinden seitdem Kreditzu-

sagen mit Auflagen bezüglich Ökologie und Schutz ethnischer Minderheiten, die dann freilich — wie im Fall des Projektes polonoroeste im brasilianischen Amazonasgebiet — von IWF/WB wieder unterlaufen werden, was dann wieder US-Abgeordnete auf den Plan ruft, zu deren Klientel die Ökologen zählen.

Rezeptbücher

Die Vorschläge zur Beilegung der Verschuldungskrise füllen Bände. Als realistische Linie setzt sich durch, die Schulden nach ihrem Marktwert zu bemessen. Der Marktwert ist der Nominalwert minus einem Abschlag (im Fall der Hauptschuldnerländer etwa 40 - 60 %), der sich beim Handel der Schuldscheine zwischen den Banken herausgebildet hat. Das wäre eine marktgerechte Strategie der Kapitalvernichtung, die neuerdings bei einigen Bankern auf verhaltende Gegenliebe stößt. James Robinson III., Vorstandsvorsitzender der mit Überseegeschäften betrauten american express, hat die Gründung einer an IWF/WB angebundenen Agentur vorgeschlagen, die Schuldscheine mit solchen Abschlägen kaufen soll. Ein Teil des Gewinns aus dem Geschäft soll sogar den Schuldnerländern zugutekommen, damit diese ihre Wirtschaft wieder flott kriegen, damit sie mehr US-Waren einführen können.

Entwicklungstöpfe dieser Art stehen in vielen der Rezeptbücher. Ganz geschenkt sollen die Schuldnerländer ihre Schulden ja nicht kriegen, sonst finge alles gleich wieder von vorne an. Die Diskussion, wem der nicht vorhandene Reichtum denn nun zugutekommen soll, zeugt von der Faszination, die von fremdem Geld ausgeht. Mal sind es ökologisch sinnvolle Projekte, die aus dem Topf bezahlt werden sollen, — die grüne Variante. Die Christen schlagen den Bogen von ,,Schulden'' zu ,,Schuld''. Wenn schon die Weltwirtschaft in Unordnung ist und neu gestaltet werden soll, dann ist dies die Stunde, mit Ausbeutung, Elend, Sünde aufzuräumen. Vom Schuldturm zum Heilstöpfchen ist es nicht weit. Ein Vorschlag aus Italien will die ,,ungerechten Auslandsschulden'' gestrichen sehen und stattdessen die ,,Abzahlung der ökologischen Verschuldung gegenüber unserem Planeten'' ins Werk setzen.

[redacted]di Lodovico

Self-Fucking Prophecy

Jede Gesellschaft pflegt ihre Maschen bei der publizistischen Zurüstung von Katastrophen. Die bundesdeutsche ist momentan auf national gestimmt. — Am einfachsten und schwierigsten zugleich hat es mit den Katastrophen immer noch die sowjetische Landwirtschaft, die — einem guten Witz zufolge — nur vier Feinde kennt: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Die bundesdeutschen Arbeitslosen dürfen sich mit dem Schicksal der sowjetischen Landwirtschaft trösten. Die Monatsberichte aus der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sind auch nur Wetterberichte, die den Arbeitslosen mitteilen, daß es wieder einmal zu naß, zu trocken oder zu gleich geblieben ist auf dem Arbeitsmarkt. Folgt man den Nürnberger Berichten, hat der bundesdeutsche Arbeitslose drei Feinde. Na bitte.

Die jünsten Überschwemmungen an der Donau und am Rhein trafen zusammen mit Abstürzen von mehreren Militärflugzeugen. Während die Überschwemmungen mehr oder weniger emotionslos als das weggesteckt wurden, was sie nur zum Teil sind — Naturkatastrophen —, blieb der selbstproduzierte Anteil an den Katastrophen ziemlich unterbelichtet, aber die Flugzeugunfälle kamen dafür mächtig ins Gerede. Jetzt ist jeder Tiefflugexperte.

Gut daran ist, und das ist wirklich nicht viel, daß überhaupt diskutiert wird. Es kommt jedoch schon darauf an, worüber. Und da beginnt es, weniger gut auszuschauen.

Erstens: Die Erprobung von Waffen hat den erklärten Zweck, bessere Waffen zu bestellen. Insofern gehört jeder Testflug zur Vorbereitung für einen Milliardencoup auf die öffentlichen Kassen — populär gesagt, auf unsere Kohle. Ein Thema? Kein Thema?

Zweitens: Der eine hat eine Chemie-Fabrik, der andere ein Autobahndreieck, der dritte eine Müllkippe, der vierte eine Startbahn, der fünfte MacDonald's und der sechste einen Tiefflugübungspark vor der Haustür — das ist in etwa die demokratische Verteilung des Risikos, in einer Gesellschaft zu leben, in der Profit und Wachstum regieren. Ein Thema? Kein Thema?

Drittens: Sind Tiefflüge notwendig? Natürlich — wenn wir schon im Lande Niedersachsen statt eines Bollwerks eine ,,Panzerrollbahn'' haben, so kann die Verteidigung gegen Iwan u. Co nur aus der Luft kommen — so ungefähr (ziemlich genau) redete dereinst der Ex-FAZianer Weinstein, dem die Tränen kamen beim Gedanken an die Huren von Saigon — nicht als Westmoreland zu Weihnachten beschloß, ,,Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben''. Ein Thema? Kein Thema?

Viertens: Tiefflüge für den nächsten Krieg? Krieg in Sicht? Ein Thema? Kein Thema?

Also, man sieht — das ist ein weites Feld. Tiefflüge sind ein Sachzwang, der unvermeidlich ist, wenn man a) Bundeswehr, b) Abschreckung, c) Bedrohung aus dem Osten, d) Berufssoldaten, e) Rüstungsindustrie, f) Wachstum, . . . y) Arbeitslosigkeit und z) NATO gesagt hat.

Die Frage ist, wie uns die Presse eine Unfallserie verkauft. Wenn es nach ihr gegangen wäre, müßten wir jetzt zuerst und vor allem über die nationale Herkunft der Flugzeuge nachdenken — so als ob es für die Getroffenen — das sind sozusagen nie jene, die sich ,,Betroffene'' nennen — nicht egal wäre, woher kommt, was ihnen aufs Haus knallt. Diese triviale Einsicht hinderte DIE ZEIT nicht, besorgt zu titeln: ,,Mit Vollgas übers Vaterland'' (8.4.88). Klar, daß da gleich ,,unsere kleine Republik'', über- und tiefbeflogen von allerhand fremden Vögeln, nachgeschoben wird, als ob sich am Sinn oder Unsinn solcher Flüge das Geringste änderte, wenn statt französische und amerikanische, österreichische, schweizerische oder deutsche Flugzeuge abgestürzt wären.

Als ob sich ein Jota änderte, wenn statt im Badischen ein Rentner, in Sardinien eine Köchin oder in Anatolien ein Bauer getroffen worden wäre. Abstürzen können die Dinger überall, nicht nur in den ,,deutschen'' Wald oder auf ein bayerisches KKW. Aber was sollen dann die Vorschläge, die Tiefflüge aus unseren dichtbesiedelten Breitengraden in den Süden zu verlagern? Wird da stillschweigend unter-

Brandes & Apsel

»Wie der Stein ins Rollen kam« läßt die Zeit des Aufbruchs und der Revolte wieder lebendig werden. Das Buch fragt aber auch: Was wirkt von '68 bis heute nach? 200 S., DM 22,80, Illustr.

Eine junge Frau verweigert sich der Ordnung, dem Zwang und den Lügen der 50er Jahre. Sie wählt die Empörung, den Ausbruch. Nichts wie weg.
256 S., DM 29,80, Frz. Br.

Kurt Piehl
Latscher, Pimpfe und Gestapo
Die Geschichte eines Edelweißpiraten
256 S., DM 19,80

Rebellen mit dem Edelweiß
Von den Nazis zu den Yankees
278 S., DM 19,80

Ein ehemaliger Edelweißpirat erzählt. »... ein erschütterndes Zeitdokument...« (WDR) – »... eigenes Erleben ... zu einem Roman verarbeitet, der packende Handlung mit historischen Ereignissen verbindet ...« (ORF, Wien)

Bitte Gesamtverzeichnis anfordern!

Brandes & Apsel Verlag
Nassauer Str. 1–3
6000 Frankfurt 50

Runter kommen sie alle

stellt, dort sei das Leben nicht nur angenehmer, sondern die Menschenleben überhaupt und im strikten Sinne billiger?

Daß das statistische Risiko sinkt, Menschen zu gefährden, wenn man mit den Testflügen in dünner besiedelte Gebiete ausweicht, ist abstrakt richtig. Aber ist das nach einer Serie von Unfällen das Problem? Sind zwei Tote weniger schlimm als einer? Und vor allem: was hat die nationale Herkunft der Havaristen mit der Tatsache zu tun, daß Kampfflugzeuge all over the world so sturzsicher sind wie Eintagsfliegen bei Föhn? Die Sicherheit von solchen Flugzeugen wurde bündig definiert durch den serienmäßigen Einbau von Schleudersitzen, die beim Übungsflug sehr viel wichtiger sind als im Ernstfall, in dem die Überlebenschance gegen Null tendiert (siehe Falkland-Krieg), während unter Manöverbedingungen pfiffige Piloten den Sarg rechtzeitig verlassen können. Im Prinzip. Straußens bombensicherer Deal mit dem Starfighter, mit dem er sich als geschäftskundiger Airbus-Subventions-Aquisiteur für den Rest des Jahrhunderts empfahl, setzte punkto Schleudersitz und Sicherheit die Eckdaten. Die Differenz an „Verlusten" bei den neueren Modellen kassiert der Fortschritt der Dritten Welt: den Absturz pakistanischer oder chilenischer Kampfflugzeugpiloten registriert niemand so liebevoll arithmetisch, wie anno ehedem hierzulande die Starfighter-Witwen.

Ganz tief in die Tiefflugerei drang der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerster ein, der die Flughöhe zum Anlaß nationaler „Betroffenheit" nahm. Französische Flugzeuge sollen tatsächlich hierzulande tiefer fliegen als in Frankreich. Er bekam die passende Antwort, bevor der Satz vom Mund ins Hirn gelangte: Am Gründonnerstag flog eine Mirage in Bar-le-Duc — also zweifelsfrei außerhalb Gersters Zuständigkeitshorizont — respektlos ins Gras, trotz anderer Tiefflugvorschriften. Wer glaubte, das Osterfestspielhinterbänklerfestival sei damit beendet worden, unterschätzte den Ehrgeiz der „Frankfurter Rundschau" (2.4.88). „Mirage-Jäger" gegen „bundesdeutsches Atomkraftwerk", kuppelte sie in der Manier eine Sportredaktion, um gleich eins drauf zu setzen: selbst die am besten armierten Kraftwerke würden „einem Bundeswehrunfall mit etwas modernerem Gerät" nicht standhalten. Wir sind zwar gegen Atomkraftwerke, aber wenigstens haben wir — im Unterschied zu Franzosen und Amerikanern — „Gerät", das alles vorhandene übertrifft an Durchschlagskraft — nationale Konkurrenz als self-fucking prophecy.

Elmar Altvater

Ohne Klassenkämpfe kein Klassenbewußtsein

Christel Neusüß, gestorben am 2.4.88

Der frühe Tod von Christel Neusüß am 2. April 1988 ist bestürzend; er hat uns, obwohl wir durch ihre lange Krankheit hätten vorbereitet sein müssen, schockiert und traurig gemacht — denn welcher Kopf produzierte mehr neue Ideen, wer unter den ,,wissenschaftlich Gebildeten'' wagte so wie sie querzudenken, sich in die Nesseln mit den ,,täglichen bösen Taten'' zu setzen und überkommende Gewißheiten subversiv zu unterminieren? Wir alle haben lange Jahre mit ihr zusammengearbeitet, ich — Elmar Altvater, der Schreiber dieser traurigen Zeilen — habe viele Jahre mit ihr zusammengelebt. In den 80er Jahren hat sich Christel Neusüß der Frauenbewegung zugewandt: Wenn sie ein Problem gelöst hatte, wandte sie sich sogleich einem neuen zu; sie gab sich nie mit dem einmal erreichten Zustand zufrieden. Sie war immer in Bewegung und trieb ihre Umgebung an. Daß sie nun zur Ruhe gekommen ist, ist so ganz und gar untypisch für sie. Hätte sie doch länger gelebt; sie hätte uns noch häufig geärgert und vorwärtstreiben können.

Christel Neusüß war eine radikale Frau, und nicht erst als Feministin. Sie hat eine Geschichte davor, und die kann von ihr nicht abgetrennt werden. In den 60er Jahren war sie in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze engagiert, in der Studentenbewegung war sie aktiv und bereits als Assistentin am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Erlangen-Nürnberg immer dabei, wenn es darum ging, auf einem teach-in die Köpfe radikaldemokratisch zu bearbeiten: gegen die US-Aggression in Vietnam, gegen die Invasion der vereinigten Stalinisten in der CSSR, gegen die Konservativen an der Hochschule. Und sie hat auch nicht vor risikoreichen Aktionen geschreckt, zum Beispiel vor der Besetzung des Rektorats ihrer Universität, obwohl sie doch als Assistentin gegenüber ihrem ,,Dienstherrn Dienstpflichten'' zu wahren hatte.

Auch in der Lehre greift sie neue Ansätze auf. Beispielsweise ist sie an der Universität Erlangen/Nürnberg eine der ersten, die Kapitalkurse anbieten, um das neue radikale Projekt der ,,Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie'' vorwärtszutreiben. Nicht daß Christel Neusüß damals eine in allen Zitationen versierte Marxistin gewesen wäre; sie lernt in diesen Kursen selbst und so eifrig, engagiert und begeistert, daß sie in ihrem ,,Kopfgeburten-Buch'' Marx als ihren ,,Zweitvater'' bezeichnet — von dem sie sich denn später auch löst; denn wer wollte schon sein Leben lang mit einem Vater herumlaufen und obendrein noch mit einem zweiten.

Und nicht als Spezialistin, sondern an allen Fronten in politischen Auseinandersetzungen steckend und politisch dementsprechend gefordert, setzt sie sich in dieser Zeit gegen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre mit dem ,,revisionistischen Staatsverständnis'' auseinander. Sie kritisiert die landläufige Vorstellung der Sozialdemokratie, aber auch von Stamokap-Theorie und kritischer Theorie aus dem Umkreis der Frankfurter Schule, daß der moderne Staat des ,,durchstaatlichten Kapitalismus'' die ökonomischen Prozesse steuern und die Gesellschaft befrieden könne. Der (zusammen mit Wolfgang Müller geschriebene) Aufsatz über ,,die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital'' hat Geschichte gemacht; er ist nicht nur in viele Sprachen übersetzt worden, er gilt heute auch als der Auftaktartikel zur ,,Staatsableitungsdebatte'' der 70er Jahre, dem originär westdeutschen Beitrag zur internationalen Staatsdiskussion — aber auf einem Niveau, das nicht immer in dieser zu Unrecht vergessenen oder verdrängten Debatte gehalten worden ist. Ähnliches gilt auch für ihre Dissertation über ,,Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals'' (erschienen 1972 im Politladen Erlangen), ein Buch, das Furore macht, weil es mit den traditionellen Imperialismustheorien bricht und einen neuen Ansatz der Analyse der ,,Weltmarktbewegung des Kapitals'' präsentiert.

Im Jahre 1971 wird die PROKLA gegründet — als eine Abspaltung von der Zeitschrift ,,Sozialistische Politik'', die im Verlauf des damaligen Sehens nach den starken Armen der ,,distinkten Arbeiterpartei'' der SEW zugespielt wird.

Wer die PROKLA-Jahrgänge der 70er Jahre durchblättert, wird in fast jedem Heft mit einem Artikel des ,,Redaktionskollektiv Gewerkschaften'' konfrontiert. Die Zusammensetzung des Kollektivs ändert sich, aber eine Person ist immer dabei: Christel Neusüß. Die Artikel thematisieren die Klassenkämpfe in Westeuropa, die Konsequenzen von Arbeitsintensivierung für die Arbeiter und die Gewerkschaften, historische Tarifabschlüsse wie den Rahmentarifvertrag in der baden-württembergischen Metallindustrie 1973, Fehler und Desiderata sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Gewerkschaften in der Krise, nachdem die Arbeitslosigkeit strukturell geworden ist.

Als sich mit der ,,Krise des Marxismus'' und der Krise der Linken, die Form der Kollektivarbeit auflöste, veröffentlichte Christel Neusüß in der PROKLA individuell noch drei Artikel. Der eine (PROKLA 36, 1979) versucht einen Vergleich der beiden Krisen von 1929 und heute. Zehn Jahre später angesichts des crash vom 19. Oktober 1987 ist der Vergleich in aller Munde, aber selten so gründlich diskutiert wie in diesem Beitrag. Ein anderer Artikel (PROKLA 39, 1980) setzt sich mit der Sozialstaatskritik von rechts und von links auseinander und identifiziert in mancher ,,linken'' Kritik recht konservative Argumentationsmuster. Auch dieser Topos ist heute nicht so überraschend wie er es war, als der Aufsatz veröffentlicht wurde. Doch scheint es mir, daß sie in einem Artikel aus dem Jahre 1978 (PROKLA 31) bereits Themen und Problemstellungen aufgreift, die sie später ,,feministisch wendet'': die Fetischisierung der Produktivkraftentwicklung durch die traditionelle Arbeiterbewegung, die Irrationalität der industriellen Rationalisierung, die brutale Ausschaltung des menschlichen Subjekts aus der Geschichte und dessen Substitution durch seelenlose Gesetzmäßigkeiten, durch die ,,Maschine Arbeiterbewegung''. Heute klingen diese Thesen nicht mehr so aufregend wie damals, und damals fanden nur wenige sie aufregend, weil sie ja den Horizont des vorherrschenden Bewußtseins weit überquert hatten.

Ihre Artikel bleiben unvergessen; wir halten in unserer Erinnerung — ich in meiner, die noch viel mehr umgreift, als hier ausgedrückt werden könnte — ihre Intelligenz, ihre Rationalität, ihre Nähe, ihre Wärme, ihre Interessiertheit, ihre Begeisterung, ihre Wut, ihre Trauer. . . und ihre Lust zu leben.

(Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des in der PROKLA demnächst erscheinenden Nachrufs. Wir danken Elmar Altvater und der PROKLA-Redaktion für die Vorabdruckgenehmigung.)

Ulrich Mückenberger

Vielleicht doch noch ein

Die Initiative Lafontaines zu einer Arbeitszeitverkürzung radikaleren Umfangs ohne vollen Lohnausgleich bei bestimmten höheren Lohn- und Gehaltsgruppen läßt sich unter vielen Gesichtspunkten kritisieren. Sie war weder inhaltlich noch bündnispolitisch durchdacht, als sie schon Wellen schlug. Ihr theoretischer Hintergrund — Lafontaines Buch „Die Gesellschaft der Zukunft" — beruht auf einem abstrakten neuen „Konsens-" und „Verantwortungs-" Appell, ohne die gesellschaftstheoretischen und machtpolitischen Rahmenbedingungen gebührend zu analysieren (vgl. mein taz-Interview vom 17.3.88; s.a. Peter von Oertzen, FR 31.3. und 2.4.1988). Vieles mehr ist an der Attitüde und dem Inhalt des Vorschlags schief.

Aber eines bleibt. Dieser Vorschlag hat in seiner diffusen Form genügt, eine Debatte über ein Problem auszulösen, das von ungeheurer Bedeutung ist und zu dem keine gesellschaftlich machtvolle Gruppierung im Augenblick eine zulängliche Antwort geben kann: ob das Problem der Dauerarbeitslosigkeit vieler durch eine Politik der Arbeitsumverteilung wirksam angegangen werden kann. Die Stellungnahme der IG Metall gegen Lafontaine (vgl. FR 6. und 7.4.1988) bleibt in diesem Punkt eine solide Auseinandersetzung schuldig. Umgekehrt hat Ingrid Kurz-Scherf (FR 26.3.1988) gezeigt, daß dem Vorschlag seriöse Gründe und Gestaltungsformen sozusagen „nachgeschoben" werden können.

Ich betrachte es als Luxus, sich weiter in der Kritik des Lafontaineschen Vorschlags zu ergehen. Was immer an ihm dran ist, gilt es erst einmal in einer offensiven Debatte auszutesten. Dabei gilt es auch, die unübersichtlicheren Linien in der öffentlichen Kontroverse im Auge zu behalten, die eine größere Bereitschaft zur Erprobung neuer Modelle signalisiert, als bisher anzunehmen war.

Der Teufel im Detail

Der Teufel liegt — auch beim Lafontaineschen Vorschlag — im Detail. Ich schlage vor, die Diskussion zu entzerren und einzelne Bestandteile — getrennt nach Öffentlichem Dienst und unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen und Branchen der Privatwirtschaft — auf Realisierungsbedingungen auszuloten. Meines Erachtens ist das eigentliche — und zugleich am schwierigsten zu lösende — Problem, wie man in diesen unterschiedlichen Bereichen wirksame, d.h. durchsetz- und kontrollierbare, Garantien der Beschäftigungsausweitung installieren kann. Die von mir vorgeschlagene Methode der Debatte kann ich selbst nur ansatzweise einlösen. Vielleicht wird sie ja aufgegriffen.

Arbeitszeit-Politik

Der Lafontainesche Vorschlag beruht im Ausgangspunkt auf der alten gewerkschaftlichen Position, daß man durch eine Verkürzung des Angebotsvolumens von Arbeitskraft eine Umverteilung der gesamten Erwerbsarbeit und damit Neueinstellungen erzwingen kann. Ich betone das (mit Ingrid Kurz-Scherf), weil ich für unseriös halte, wenn Gewerkschafter heute Lafontaine entgegenhalten, durch Arbeitszeitverkürzung (die insoweit von der Frage von Ob und Höhe des Lohnausgleichs durchaus zu trennen ist) seien keine neuen Arbeitsplätze zu schaffen. Sie diskreditieren damit ihr eigenes Konzept.

Ich war und bin — darin gebe ich den Kritikern Lafontaines recht, aber eben auch gegen sich selbst! — skeptisch hinsichtlich bloßen Arbeitszeitverkürzungen, die — ohne mit einer konkreten Kontrolle betrieblicher Beschäftigungspolitik einherzugehen — Neueinstellungen erhoffen. Der Rationalisierungs- und Intensivierungseffekt von Arbeitszeitverkürzung wird umso höher (und damit der Einstellungseffekt umso geringer), je geringer die Verkürzung ausfällt und je länger sie gestreckt wird. Egal wie man den Beschäftigungseffekt der 84er und 87er Metall- und Druck-Runde sowie der 88er Runde im Öffentlichen Dienst einschätzt (hier bin ich der von Ingrid Kurz-Scherf herangezogenen Zahlen nicht so sicher): die 35-Stunden-Woche steht in weiter Ferne. Von „plötzlicher" Einführung (mit geringst möglichem „Sickereffekt") kann jedenfalls keine Rede sein. Und daß bei derzeitigem Tempo der Verkürzung das gesellschaftliche Problem so gelöst werden kann, darf eigentlich heute niemand mehr behaupten.

Das macht die Metall-Stellungnahme gegen Lafontaine unglaubwürdig. Die IG Metall (wie wir alle, die wir ihre Positon in Sachen § 116 Arbeitsförderungsgesetz und 35-Stunden-Woche unterstützt haben) hat öffentlich beklagt, daß die Auseinandersetzung um den Streik-Paragraphen verloren worden ist und daß dies eine un-

„Gesellschaftsvertrag“. . .?

geheure Schwächung der Gewerkschaften für weitere Kämpfe in dieser Sache bedeutet. Man kann nun nicht die Backen aufblasen und unverfroren sagen, die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich sei aus der Umverteilungsmasse zu Lasten des Kapitals herauszuhauen. Entweder das mit der Schwächung der Gewerkschaften ist wahr — das fürchte ich! — *oder* das mit den enormen Umverteilungsambitionen — daß die Umverteilung in umgekehrter Richtung in vollem Gang ist, beweist gerade die IG Metall in ihrer Stellungnahme —.

Betriebliche Beschäftigungspolitik

Weder ist ein erhöhtes Arbeitsverkürzungstempo abzusehen noch folgt aus dieser automatisch zusätzliche betriebliche Beschäftigung. Die Kernfrage finde ich, wie man wirksam auf betriebliche Beschäftigungspolitik einwirken kann, falls wirklich — sozusagen in einem großen „Gesellschaftsvertrag“ — radikale Arbeitszeitverkürzung vereinbart würde (wie immer die Lohnausgleichsfrage geregelt sei).

In dieser Frage, so finde ich, haben die Gewerkschaften (wenn man der FAZ v. 8. März '88 glauben darf) wiederum zu früh die Segel gestrichen, indem sie (übrigens auch Heiner Halberstadt, „links“ Nr. 217) der Arbeitgeberthese auf den Leim gingen, Regelungen der betrieblichen Beschäftigung überschritten die „Tarifmacht“ oder Tarifvereinbarungsbedürfnis. Im Prinzip kann ein Tarifvertrag — ggf. ergänzt um „Öffnungsklauseln“ für betriebliche Regelungen — auf das betriebliche Beschäftigungsvolumen direkt Einfluß nehmen (die Anhänge zum MTV Druck z.B. regeln konkret, wieviele Drucker an einer Rotation stehen müssen usw.). Dazu gibt es im Tarifvertragsgesetz das Regelungsinstrument der sog. „Betriebsnormen“ (§§ 1 Abs. 1, 3 Abs. II, 4 Abs. 1 Satz 2 TVG), die nicht einzelne Arbeitsverhältnisse, sondern eben „den Betrieb“ als Regelungsgegenstand haben. Daran — und der Möglichkeit der Ausweitung des Anwendungsbereiches über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen nach § 5 TVG, dies alles ggf. kombiniert mit der in § 2 Abs. 2 TVG vorgesehenen Möglichkeit der Vereinbarungsbefugnis durch Spitzenverbände wie DGB und BDA — wäre konkret auszuloten, was tariflich regelbar wäre und was nicht. Zu denken ist übrigens auch an sog. „gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien“ nach § 4 Abs. 2 TVG (wiederum kombinierbar mit Allgemeinverbindlichkeit) — jedenfalls was überbetriebliche Beschäftigung nach dem Vorbild etwa der schwedischen Arbeitnehmerfonds angeht.

Vor dieser grundsätzlichen tariflichen Regelbarkeit abzudrehen, halte ich für vorschnell. Allerdings sehe ich hier Regelungsprobleme im Detail — verfluchter Teufel! —, zu denen bei mir die Lösungsphantasie noch nicht ausreicht. Im Öffentlichen Dienst mag die Regelung zusätzlicher Beschäftigung noch angehen, weil die Stellenpläne die Personalpolitik der Dienststelle in gewissem Umfang objektivieren, durchschaubar machen, und damit leichter überprüfbar machen, ob zusätzlich neu eingestellt wird. Aber den Streit darüber, was wirklich „zusätzlich“ ist, kennen wir aus der leidigen Debatte um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Wie läßt sich der Nexus zu wegfallenden Planstellen verhindern? Wie lange muß die Neueinstellung vorhalten, um nicht nur Scheinerfüllung der Regelung zu sein? Wer soll für Neueinstellungen zuständig sein: die Gebietskörperschaft oder die Dienststelle? Wenn letztere: was ist bei kleinen Dienststellen, in denen aufgrund von Kopfzahl zusätzliche Einstellung im geforderten Quantum gar nicht möglich ist?

Alle genannten Probleme stellen sich in der Privatwirtschaft und hier gesondert nach Branchen und Betriebsgrößenklassen — auch und schärfer. Hinzu kommen zwei weitere Probleme. Wenn man nicht zugleich mit dem „Gesellschaftsvertrag“ zur Neueinstellung eine „Totalbewirtschaftung“ der Beschäftigungspolitik

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika „links“, „express“ und „Widersprüche“ sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Frau Marion Michell,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

14. TÜBINGER FESTIVAL

27.–29. Mai '88

„... daß nichts bleibt wie es war" Brecht!

Widerstand im Wandel

Mensa Wilhelmstraße, 21 Uhr:

Solidaritätskonzert für den Club Voltaire
mit Christof Stahlin, Thomas Friz, Pit Budde & Klara Brandi, Ofuag, Mr. Instant Cash, Theater Lindenhof, Aktive Musik, Trotzblech, Companie Buffo, Chris Simmance

Samstag, 28. Mai

Audimax, 11 Uhr:

Festivalvortrag und Lesung mit **Erich Fried**
„Kampf gegen Unrecht in der BRD"

Mensa Wilhelmstraße, 14 Uhr, Kultur und Politik:

Aufwind und **Ralph Ilienberger**:
„Mahatma Gandhi – Leben ohne Gewalt"
Festivaldiskussion „Widerstand im Wandel" u.a. mit Bommi Baumann:, Volker Nick, Prof. Jens Scheer, Petr Pandula, Büro für ungewöhnliche Maßnahmen/Videos, Gesprache etc.
Hanns Eisler Ensemble – Kassel

Marktplatz, 18 Uhr, Hauptkonzert:

Muller-Braig-Conspiration Orchestra mit Bernd Konrad u.a. Gasten
The Trio '88 mit

John McLaughlin, Trilok Gurtu, Jeff Berlin

Hasan-Band

Mensa Wilhelmstraße, 0.30 Uhr, Südamerikanische Nacht:

Leon Gieco und Band (Argentinien)

Sonntag, 29. Mai

Mensa Wilhelmstraße, 11 Uhr, Kultur und Politik. Frauen-Matinee

Leilene Carantes (Philippinen) Tanz-Performance,
Infomesse – Gespräche – Diskussionen zur Frauenbewegung

d.a.i., 13 Uhr:

Gerd Burger/Dieter Herms: „Politisches Straßentheater in den USA"

Marktplatz, 14 Uhr, Brennpunkt Sudafrika:

District Six
Reden: Tony Seedat, Nghigimondjila Shoombe,

San Francisco Mime Troupe: „The Mozamgola Caper"

Dube; eingeladen: Mzwakhe, Soweto

LTT, 18 Uhr:

Ninth Street Theater:
„The Ideal – a Neo-primitive Rosa Luxemburg Opera"
Schauspieler/innen vom Bread and Puppet Theater

Mensa Wilhelmstraße, 20 Uhr, Abschlußkonzert Jazz:

Your Neighborhood Saxophone Quartet,
Joachim Kühn, John Abercrombie, Miroslav Vitous, Paul Motian

VORVERKAUF HAT BEGONNEN !!

Veranstalter und Festivalbüro: Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b, 7400 Tübingen, Tel (0 70 71) 5 15 24

durchsetzt (wer will das? vor allem: wer wollte das durchsetzen?), dann taucht unweigerlich ein besonderes Kontrollproblem auf. Angenommen, der Betrieb gerät (teilweise) in eine Flaute und will — nachdem er aufgrund des „Gesellschaftsvertrages" neu eingestellt hat oder gar statt neu einzustellen — Leute wegen der Flaute entlassen: betriebsbedingt entlassen darf er, aber die Neueinstellungen rückgängig machen darf er nicht, weil er insoweit zusätzlich zu beschäftigen hat? Wie unterscheiden sich also zusätzlich Eingestellte von betriebsbedingt Überflüssigen? bzw. auf wie lange muß eine Beschäftigungsgarantie laufen, um gegen solche Umgehung gewappnet zu sein? Das zweite Problem sind die außertariflich bezahlten Angestellten („AT"). Deren Nicht-Tarifgebundenheit stellt sich vor allem beim Problem des (teilweisen) Ausschlusses aus dem Gehaltsausgleich (s. unten). Es stellt sich aber auch schon bei der Arbeitszeitverkürzung und durchzusetzenden Neueinstellungen.

Vielleicht liegt der notwendige Ansatzpunkt — so wie es vor der 84er Runde im Metallbereich diskutiert wurde — bei der Kontrolle der betrieblichen Leistungsdichte, die das Versickern von Arbeitszeitverkürzung wenigstens teilweise verhindern und dadurch zu mehr Beschäftigung führen könnte. Aber das geht nur — wie vieles in diesem Problembereich — mit vielen tariflichen „Öffnungsklauseln" für betriebliche Regelungen. Das stellt neue Probleme. . .

Die Einkommensfrage

Schön wär's, wenn alle den Preisanstieg und die Produktivitätserhöhung übersteigenden Arbeitszeitverkürzungen aufs Konto Umverteilung zu Lasten des Kapitals gingen. Nur ist diese Position der IG Metall unrealistisch (s. oben). Stellt man stärkere Umverteilung innerhalb der abhängig Beschäftigten in Rechnung, so sehe ich je zwei konträre Ausgangsüberlegungen. Es gibt Einkommensgruppen, denen man stärkere Umverteilung zugunsten Niedrigverdiener und Arbeitsloser zumuten kann und muß, das ist ja auch der Hintergrund von Sockelbetragsforderungen, von Finanzierungsüberlegungen für eine soziale Grundsicherung, für Forderungen nach einer sozialeren Steuerreform. Und es scheint eine relativ verbreitete Bereitschaft zu einem „Opfer" für von Ausgrenzung Bedrohte zu geben — wobei ich da immer auf Motivforschung bin, wenn die Demoskopen frohlocken.

Dem steht wiederum zweierlei entgegen. Es gibt Einkommensgruppen, denen solche Umverteilung definitiv nicht zuzumuten ist. Und es dürfte Grenzen der Bereitschaft zur Umverteilung geben, wo diejenigen, die diese Umverteilung durchsetzen sollen (ggf. mit einem Arbeitskampf), zugleich die Leidtragenden des Umverteilungsprozesses sein werden (diese Sorge scheint mir das reale Kernargument der IG-Metall-Stellungnahme zu sein).

Die Gewerkschaften haben sich die argumentative Auseinandersetzung mit den ersten beiden Gesichtspunkten zu leicht gemacht, indem sie einfach die zwei letztgenannten und im übrigen das in solchen Konflikten liebgewonnene Massenkaufkraftargument (was nun für diese Kontroverse auch rein gar nichts abwirft!) in die Diskussion geworfen zu haben: Die Frage ist aber wirklich, wo die Grenzen zumutbarer Verzichte auf Einkommenszuwächse liegt und wo der Umgang mit einer „Verzichtsbereitschaft" allgemeinpolitisch und organisationspolitisch riskant wird.

Hierzu stehen einige massive politische Klärungsprozesse an, die seriösen Umverteilungsempfehlungen (auch) „innerhalb der Klasse" vorausgehen, die begründen können, ob und wenn „Opfer" zuzumuten sind.

a) Mir fehlt die Aufarbeitung über den Stand „solidarischer Einkommenspolitik" in der BRD. Nennenswerte gewerkschaftliche Bemühungen um Sockelbeträge, Abbau von Lohnhierarchien oder gar umgekehrte Diskriminierung zugunsten unterer Lohngruppen hat es nicht gegeben. Andererseits haben Lohn- und Gehaltsstrukturpolitik sowie zentralistische Flächentarifpolitik in der BRD zu einer größeren Egalität tariflich geregelter Löhne und Gehälter geführt als in vielen anderen Ländern. Die eigentliche Einkommens„drift" beginnt aber jenseits tariflicher Regelungen — „nach unten" zu den Armen und Dauerausgegrenzten, „nach oben" zu den AT-Angestellten. Diese Spanne erst zeigt das Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit im Hinblick auf erforderliche Umverteilung.

Egalität und Inegalität wären aber auch daran zu ermessen, welchen Anteil öffentliche Güter und Dienstleistungen heute am jeweiligen Einkommen und der individuellen Lebensqualität haben.

b) Um zu klären, welche Einkommenseinbußen wem zumutbar sind, muß man eine gewisse Vorstellung davon haben, welche „Bedarfe" davon abgedeckt werden. Bei einer Umverteilung von DM 5.000,— an macht es z.B. einen Unterschied, ob es sich hierbei um das einzige Gehaltseinkommen einer fünfköpfigen Familie handelt, um eines unter mehreren Einkommensquellen (einschl. Transfereinkommen) oder um das Einkommen eines Single-Haushalts. Diese Frage ist komplizierter, als zunächst scheint. Im Zuge der Auflösung tradierter „normaler" Familien-, Geschlechter- und Generationenbeziehungen ist die Grenze zwischen „Fami-

lien-" und „Individuallohn" fließend geworden. Teile dessen, was früher vom Familieneinkommen abgedeckt wurde, sind vergesellschaftet (BAFöG, „Lehrgeld", Kindergeld, Steuervergünstigungen etc.), Teile durch eigene Erwerbseinkommen (vor allem durch Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, Ansätze zur Gleichentlohnung) individualisiert. Aber auf jedem dieser Gebiete gibt es politisch umstrittene, damit auch gestaltbare, Gegentendenzen: zur Privatisierung (z.B. Schüler-BAFöG), zur Verdrängung vom Arbeitsmarkt. Eine gesellschaftliche Verständigung darüber, von welcher Entgelthöhe an Umverteilung zumutbar ist, müßte hier differenzieren, zugleich aber Kriterien der Unterscheidung — „Gerechtigkeitsmaßstäbe" — entwickeln. Bisher werden diese meist dem Staat — Steuer-, Familien-, Subventions-, Sozial-, Bildungspolitik — und den Tarifparteien überlassen. Aber es scheint — das zeigen Diskussionen um die Steuerreform, um die soziale Grundsicherung, um die zukünftige „Bewertung" von Arbeit — an dieser Front zu gären. Und der Lafontaine-Vorschlag könnte — wenn er mehr nicht bringt — diese Frage: Wovon lebt der Mensch, und wer entscheidet nach welchen Maßstäben darüber? einer neuen prinzipiellen politischen Diskussion zugänglich machen.

c) Bleibt noch ein wichtiges verteufeltes Problem bei der Lohnausgleichs- und Umverteilungsfrage zu lösen: das der AT-Einkommen. Es gibt noch keinen vernünftigen Vorschlag (Ingrid Kurz-Scherf überspielt dieses Problem leider), wie die höheren Einkommen in der privaten Wirtschaft überhaupt — wo die Gewerkschaften hier noch nie einen Regelungsanspruch durch Tarifvertrag erhoben haben — in das vorgeschlagene Modell einbezogen werden könnten.

Bleibt es dabei, so kann man das ganze Modell schon allein deshalb vergessen. Dann fehlt nämlich *erstens* — unterstellt, 5.000,— DM sei die Lohnausgleichsgrenze — die Umverteilungsmasse, weil die tarifliche Regelung von Einkommen fast überall bei etwa 5.000,— DM endet. Wird aber *zweitens* die Umverteilungsmasse durch Herabsetzung der Grenze — etwa auf 2.500 - 3.000 DM — erhöht, ohne die AT-Einkommen zu tangieren, so wäre der „Umverteilungs"prozeß im Ergebnis eine sozial absolut unerträgliche Umverteilung innerhalb (nicht nur der Klasse, sondern) der Niedrigverdiener der Klasse. Scheitert aber das Modell — *drittens* — am fehlenden Zugriff auf die AT-Gehälter in der Privatwirtschaft, so wird es auch für den öffentlichen Dienst — obgleich dort diese Probleme so nicht auftauchen — kaum mehr brauchbar und zumutbar sein. Denn dann schmälert es die Arbeitsbedingungen in so ungleicher Weise, die sich kaum mehr mit gesamtgesellschaftlicher Solidarität wird plausibel machen lassen. Das Problem der Einbeziehung der AT-Angestellten scheint mir daher — entgegen dem ersten Eindruck, es sei ein eher technisches — ein prinzipielles der Umsetzbarkeit des Vorschlages zu sein.

Keine Katze im Sack

Vielleicht fragt mich jemand nach diesen langatmigen und nicht gerade ergebnisträchtigen Erörterungen, ob das nicht arg technokratisch, und viel zu wenig politisch gedacht sei. Kann sein. Aber ich glaube, daß gerade bei diesem Vorschlag die Machbarkeit eine politische Erfolgsbedingung ist. Mich fasziniert — wie viele, mit denen ich diskutiere, die nicht nur Sprechblasen mit vorgefertigten Antworten parat haben — die Idee, einen großen gesellschaftlichen Akt, eben eine Art „Gesellschaftsvertrag", auszudenken, mit allen Betroffenen zu konkretisieren, als Forderung dann auf den Tisch zu legen und in einer gesellschaftspolitischen Form zu erstreiten — einen Gesellschaftsvertrag, bei dem jede/r etwas einsetzt, weil er/sie sicher sein kann, daß dadurch mit einem Schlage sehr vielen geholfen werden kann.

Diese Sicherheit ist gegenwärtig keineswegs da. Die meisten wittern — und zu diesem Vorbehalt hat der Urheber des Vorschlags nach Kräften beigetragen! — einen großen Beschiß. Und gerade die politischeren unter den Lafontaine-Gegnern sind (wie ich) in Sorge, ob beim Scheitern eines solchen Umverteilungsversuches nicht eine ungeheure Verbitterung zurückbleiben werde — oder eben auch eine politisch fatale Verzichtbereitschaft auf Dauer und ohne konkrete Gegenleistung.

Deshalb muß das Modell, um politisch wirksam und verantwortbar sein zu können, durchdacht und auf Reaktivierung hin konkretisiert werden. Es bedarf auch der Einordnung in wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativszenarien. Denn so wenig gesagt ist, daß daraus sehr schnell eine umsetzungsfähige Initiative werden kann, so wenig ist ausgemacht, ob sie unter konservativer Vorherrschaft eingeleitet wird.

Gewerkschaftsdemonstration zum 1. Mai 1956

Nur ein Windei von Oskar?

Oskar Lafontaine hat sich in den letzten Wochen zum Medienstar gemausert. Er hat einen energischen Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit gefordert, unter anderem mit drastischen Schritten der Arbeitszeitverkürzung (ohne Lohnausgleich). Seine forschen Ideen haben die bisher scheinbar festen Lager von links und rechts, von Freund und Feind in der Gesellschaft, durcheinandergewirbelt. Die große Verwirrung, die in den Medien und in vielen gewerkschafts- und SPD-internen Diskussionen sichtbar wird, beruht zum großen Teil darauf, daß jeder sich aus der Vielfalt der widersprüchlichen Lafontaine-Äußerungen einige Bruchstücke herausziehen kann, entweder, um ihn zu loben, oder um auf ihn einzudreschen.

Es ist Lafontaines Verdienst, darauf hingeweisen zu haben, daß sich die Gesellschaft offensichtlich mit dem Andauern der Arbeitslosigkeit bis ins nächste Jahrzehnt hinein abgefunden hat. Geht man von der Interessenlage der Arbeitslosen aus, dann beschreibt Lafontaine die gesellschaftliche Situation genau richtig! Die Unternehmer und genauso die konservativen und liberalen Politiker rechnen weiterhin mit einer Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus. Dies müssen sie sich sogar wünschen, solange sie daraus durch fette Profite und satte Parlamentsmehrheiten Nutzen ziehen können. Die SPD und die Gewerkschaften aber, mit Anklagen der sozialen Not und Bekundungen zu Solidarität und gesellschaftlicher Verantwortung auf den Lippen, haben kein glaubwürdiges Konzept, wie im nächsten Jahrzehnt den Arbeitslosen real geholfen werden könnte. Auch dann nicht, wenn diese das erhoffte Kreuz auf dem Wahlzettel „richtig" gemacht haben.

Allerdings ist „Oskars" Kritik an den Gewerkschaften und ihrer Tarifpolitik zweischneidig: Einerseits sind alle Versuche, schrittweise die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu erreichen, nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Andererseits verweisen die Gewerkschaften zu Recht darauf, daß die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit nicht bei ihnen liegt, sondern durch unternehmerisches Verhalten erzeugt und mit dem Versagen der staatlichen Politik weiter verlängert wird. Schon die zurückliegenden Arbeitszeitverkürzungen wurden vor allem von den Beschäftigten getragen: durch höhere Leistung und Verzicht auf Einkommenssteigerungen. Die Gewerkschaften waren gezwungen, bei ihren Tarifabschlüssen eine bestimmte Verteilungsrate zu akzeptieren, die durch die Produktivitätsfortschritte der Industrie und durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse vorgegeben war. Auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben in den Forderungen zur laufenden Tarifrunde die Größe des Kuchens auf 5 % angesetzt, der dann in die Teile Einkommen und Arbeitszeitverkürzungen aufzuteilen ist. Lafontaine liegt mit seiner Kritik insofern daneben, als er die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums insgesamt nicht in Frage stellt, sondern allein den Gewerkschaften die Verantwortung für die Arbeitslosen zuschieben will.

Auf wessen Seite steht Lafontaine?

Bei seinen Thesen handelt es sich vor allem um öffentlichkeitswirksam plazierte „Diskussionsanstöße", aber noch nicht um ein überzeugungsfähiges Zukunftskonzept, das in seinen politischen und ökonomischen Konsequenzen durchdacht und auf die in dieser Gesellschaft herrschenden Interessengegensätze bezogen wäre. Lafontaines Anstöße haben einen entscheidenden Haken: Die Interessenlage, von der her er als führender SPD-Politiker seine Ideen vorstellt, ist in der öffentlichen Darstellung nicht klar geworden.

Wenn er sich in eine laufende Tarifrunde einmischt, dann muß er auch erklären können, wie er sich ein besseres als von den Gewerkschaften zu erzielendes Ergebnis vorstellt, das den abhängig Beschäftigten und den Arbeitslosen gleichermaßen nützt (auch bei Arbeits- und partieller Einkommensumverteilung). Er müßte etwa auch zur Kenntnis nehmen, daß die Gewerkschaften seit Jahren einen tarifvertraglichen (und gesetzlichen) Abbau der Überstunden fordern, dabei aber bei den Unternehmern und der Regierung auf taube Ohren stoßen. (Bei konsequentem Abbau oder Freizeitausgleich von Überstunden könnte die Arbeitslosigkeit rechnerisch um die Hälfte verringert werden!) Wenn Oskar Lafontaine aber seine Position als Ministerpräsident des Saarlandes in den Vordergrund stellt, der als öffentlicher Arbeitgeber kein Geld hat und eine kostenneutrale Tarifrunde unter Dach und Fach bringen möchte, dann muß er sich die Partnerschaft mit Friedrich Zimmermann, Birgit Breuel und auch Arbeitgeberpräsident Murmann berechtigterweise vorhal-

ten lassen. Es ließen sich in den letzten Wochen kaum Äußerungen von ihm finden, in der er die Partnerschaft mit Kapitalinteressen bestritten, konservative Umarmungsversuche zurückgewiesen hätte. Er hat es vermieden, seine Position ausdrücklich mit dem Ziel eines sozialen und gesellschaftlichen Fortschrittes zu begründen, der zwangsläufig nicht in Kooperation, sondern nur im Konflikt mit Wirtschaftsinteressen zu erreichen ist. Die staatstragende Haltung, mit der er „gesellschaftliche Vernunft" darstellt, macht ihn vielleicht als zukünftigen Kanzlerkandidaten der SPD populär, rechtfertigt es aber auch, ihn eher einen „Sohn Helmut Schmidts" als einen „Enkel Willy Brandts" zu nennen. Deshalb ist jeder Verdacht von Gewerkschaftern zunächst nur zu verständlich, die einen Rattenfänger auf dem Weg zu den Ufern vermuten, in dem den abhängig Beschäftigten zusammen mit den Arbeitslosen das Fell über die Ohren gezogen wird.

Mangelnde Phantasie der Gewerkschaften

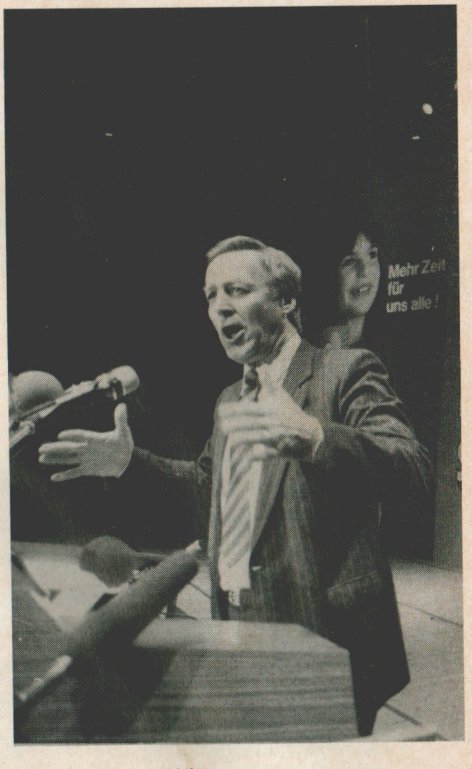
Das kann aber die Spitzen der bundesrepublikanischen Gewerkschaften nicht vom dem Zwang befreien, sich mit den Lafontaine-Thesen ernsthaft und offen auseinanderzusetzen. Die darin enthaltenen sinnvollen Provokationen dürfen nicht in einer Flut demagogischer Beschimpfungen („Kennt nicht die Verdienste der Arbeitnehmer", „Hätte besser die Klappe gehalten") und innerorganisatorisches Schulterklopfen und „Dicke Backen machen" untergebügelt werden. Die entstandene Empörung ist mehr als nur der Ärger darüber, daß ihnen einer in den Rücken gefallen ist. Was kann falsch und unverschämt sein an der Frage, was die Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit zu tun gedenken, außer bis Mitte der 90er Jahre vielleicht die 35-Stunden-Woche durchzusetzen? Die augenblickliche Diskussion tut weh, weil sie auch innergewerkschaftlich wunde Punkte berührt. Denn der Vorwurf ist nicht ganz aus der Luft gegriffen, daß es vielen festangestellten vollzeitbeschäftigten Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, aber auch in den Kernsektoren der Privatwirtschaft, die das Zentrum der gewerkschaftlichen Organisation bilden, eigentlich nur am Rande interessiert, wie lange es wie viele Arbeitslose gibt und wie es diesen im einzelnen geht. Ein Abbau der Überstunden wäre in vielen Betrieben ohne weiteres möglich und würde — zumindest für eine bestimmte Zeit — einigen Arbeitslosen Beschäftigung bringen.

Auch die Vorstellungen von einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich (erstmals erhoben Mitte der 70er Jahre und jetzt wiederholt vom damaligen DGB-Vorsitzenden H.O. Vetter) wären dann ernsthafter zu prüfen, wenn dies ein wirksamer und glaubwürdiger Schritt zum Abbau der Arbeitslosigkeit sein könnte, und nicht nur ein Lohnopfer, das sich die öffentlichen und privaten Arbeitgeber dankbar in die Tasche stecken. Lafontaine hält seine eigenen Absichten sehr nebulös und hat notgedrungen eine magische Grenze von 5.000 Mark eingeführt, von der an finanzielle Opfer verlangt werden können. Wahrscheinlich wären sogar viele Beschäftigte mit 3.000 Mark Monatseinkommen zeitlich befristet zu einen Verzicht auf Einkommenssteigerungen bereit, wenn dafür tatsächlich Arbeitslose eingestellt werden könnten. Dies wäre sogar tarifpolitisch regelbar, indem ein Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen als Festbetrag vereinbart würde, der vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute käme. Immerhin wurde in den 70er Jahren heftig über die tariflichen Einkommensdifferenzen und über die Forderung nach linearen Lohnerhöhungen oder Sockelbeträgen diskutiert.

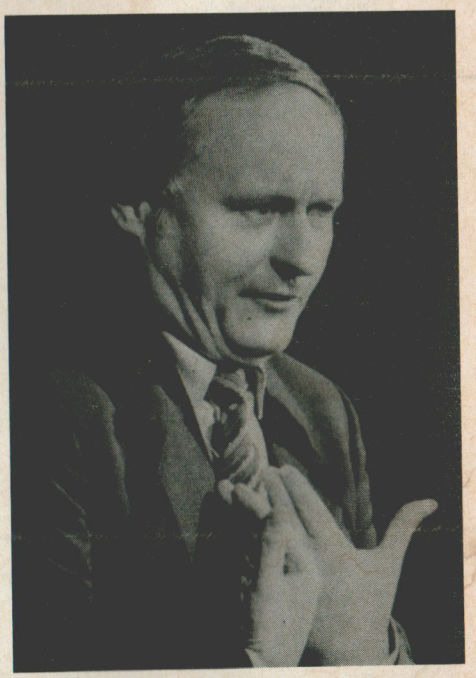
Der entscheidende Haken liegt darin, daß sich niemand vorstellen kann, wie die Unternehmer zur Einstellung von Arbeitslosen gezwungen werden könnten. Alle Erfahrungen von abhängig Beschäftigten in privaten Betrieben ebenso wie im öffentlichen Dienst sagen das Gegenteil: Überall, wo es technisch möglich oder wirtschaftlich sinnvoll ist, werden Arbeitsplätze eingespart. Dabei spielt es keine Rolle, wieviel die betreffenden Arbeitnehmer verdient haben, ist es egal, wie hoch die Forderungen oder die Abschlüsse der Gewerkschaften in der zurückliegenden Tarifrunde waren. Auch Lafontaine hat kein handhabbares Rezept vorgestellt, wie die Schaffung neuer Stellen gewährleistet werden soll.

Allerdings wäre es Aufgabe der Gewerkschaften, in dieser Richtung weiter zu denken, Tarifverträge zu entwickeln, die Arbeitszeitverkürzungen, gestaffelten Einkommensausgleich und tatsächliche Beschäftigungspläne für Arbeitslose miteinander verbinden! Im Zusammenhang mit der geforderten Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst wäre es möglich und sinnvoll, die geforderten Einkommenserhöhungen als einheitlichen Gehaltszuschlag für alle Beschäftigten zu vereinbaren. Bund, Länder, Gemeinden, Post und Bahn haben die erwarteten (prozentualen) Personalkostensteigerungen bereits jetzt in den öffentlichen Haushalten vorgeplant. Aus den Einsparungen bei den oberen Einkommensgruppen könnte Spielraum entstehen, um größere Schritte der Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen und dafür die notwendigen Einstellungen zu finanzieren.

Was hindert beispielsweise die Gewerk-



Franz Steinkühler: Arbeiterführer?



Oskar Lafontaine: Arbeiterverräter?

Nichts von alledem:

Yoga als Selbsterfahrung, Lust am Lehm, Sonnenkollektor-Selbstbau, Anlehngwächshäuser, Im Körper zu Hause, Schamanische Naturerfahrung, Hecken als Lebensraum, Heilfasten, Sinnliche Naturwahrnehmung,

bringt der

express.

Die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken.

Statt dessen jeden Monat Berichte über Aktionen und Konflikte in den Betrieben: Nachrichten, Kommentare, Analysen zur Tarifpolitik, zum Arbeitsrecht, zu wichtigen Entwicklungen in den Gewerkschaften und der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Weitere Themen: Gewerkschaftsbewegung international, Technologieentwicklung, Arbeitszeitverkürzung, Ökologie und Arbeitsplätze und vieles mehr.

Die Themen im Mai:
Lafontaine — die Fortsetzung, Ulrich Mückenberger diskutiert weiter ● Referate von Ute Gerhard-Teuscher und Rainer Zoll auf dem IGM-Forum ● Rheinhausen — die entscheidende Phase, Aktionstag ● Franca Chiaromonte besuchte Fiat Mirafiori ● express-Service: Materialien zu Medien, Wissenschaft, Tagungen, Internationales ● Buchbesprechungen

Einzelheft DM 4,50
Abonnement DM 48,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

schaft Erziehung und Wissenschaft im Saarland daran, mit ihrem Ministerpräsident Lafontaine ernsthafte Gespräche zu führen, um zumindest die Lehrerarbeitslosigkeit in diesem Bundesland abzuschaffen? In präzisen Vereinbarungen könnten eine deutliche Arbeitszeitverkürzung für die Lehrer, eine entsprechende Verdienstklausel, fest vereinbarte Frequenzen der Schülerbesetzung pro Klasse und eindeutige Einstellungsgarantien für arbeitslose Lehrer vorgesehen werden.

Auch in der Industrie wäre denkbar, daß bei Tarifabschlüssen die Gesamtlohnsumme einer Branche oder einzelner Betriebe festgelegt wird, die bei Arbeitszeitverkürzungen jeweils durch Neueinstellungen aufzufüllen ist. Falls Betriebe dieser durch Gewerkschaft und Betriebsräte zu kontrollierenden Verpflichtung nicht nachkommen, müssen sie zu erheblichen Lohnnachzahlungen oder zu Überweisungen an Branchenfonds verpflichtet werden, aus denen die Beschäftigung von Arbeitslosen finanziert werden könnte.

Der Arbeitsbegriff der Zukunft?

Lafontaine bringt noch weitergehende Vorstellungen in die öffentliche Diskussion ein, die beim Streit um den Lohnausgleich häufig übersehen werden. Er schlägt längerfristig eine grundsätzliche Neubewertung bezahlter und nicht bezahlter Vollzeit- und Teilzeit-Tätigkeiten in den Betrieben, in der Familie und der Gesellschaft vor. Legt man einige Kernsätze seiner zum Teil aus Diskussionspapieren und Programmen der Grünen „geklauten" Überlegungen zugrunde, geht es ihm darum, daß in der Wirtschaftspolitik und der Tarifpolitik die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft wirkungsvoller unterstützt werden soll, und zwar dadurch, daß Männern und Frauen eine Beteiligung an der materiellen Existenzsicherung einerseits und eine gleichberechtigte Aufgabenteilung bei den häuslichen und familiären Versorgungs- und Erziehungsaufgaben „ermöglicht", aber auch eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen Leben erleichtert wird. Dies wäre damit verbunden, daß der bisher in den Köpfen vieler Gewerkschafter und in politischen Programmen vorherrschende „Arbeitsbegriff", der auf die abhängige Arbeit in Fabriken, Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben zugeschnitten ist, erweitert wird. Bisher nicht oder schlecht vergütete Tätigkeiten in der Aus- und Weiterbildung, in der Erziehung, bei der sozialen Versorgung und Pflege von Kranken, Behinderten und alten Menschen und bei vielen anderen politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, die sinnvoll und notwendig sind, sollen gesellschaftlich und politisch anerkannt werden. Darauf sollen sich auch Ansprüche nach sozialer und materieller Absicherung aufbauen. Diese Vorschläge stellen vieles in Frage, was in der „Arbeiterbewegung" als selbstverständlich und für die Nachkriegsentwicklung der BRD als wichtiger sozialpolitischer Erfolg galt: die Erarbeitung eines bescheidenen Wohlstands durch die lebenslange lohnabhängige und möglichst gut entlohnte Erwerbsarbeit des männlichen „Haupternährers" einer Familie.

Auch wenn viele Gewerkschafter die Ohren auf Durchzug gestellt zu haben scheinen, sie können auf die Dauer diese Ideen nicht ignorieren. Eine Veränderung des Arbeitsbegriffs wird von der technologischen Entwicklung und der sozialen Spaltung der Gesellschaft in dauerhaft Beschäftigte, dauerhaft Arbeitslose und ein Heer von ungesicherten Zwischenexistenzen erzwungen. Auch in den Gewerkschaftszentralen werden die Gedanken zur Erweiterung des Arbeitsbegriffs mit Sicherheit aufmerksam verfolgt; möglicherweise liegt dort schon heute das eine oder andere Strategiepapier in den Schubladen, das sich im Inhalt nur unwesentlich davon unterscheidet. Mehr noch: Lafontaines Buch „Die Gesellschaft der Zukunft" wird bei manchem Gewerkschafter auf dem Nachttisch landen und in den Regalen Gewerkschaftsbüros neben ähnlichen Titeln einen Platz finden.

(aus: Göttinger Betriebsexpress, Nr. 110, 23.3.1988)

SÜDAFRIKAS KRIEG GEGEN KINDER

POSTERSERIE: „Südafrikas Krieg gegen Kinder", überarbeitete und erweiterte Neuauflage (13 Bild- und 3 Texttafeln im DIN A3-Format) —Unkostenbeitrag: 10,- DM
Diese Posterserie eignet sich besonders gut zum Aufhängen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Konzerten, bei Infoständen etc., um auf die Grausamkeit und Brutalität aufmerksam zu machen, denen Kinder unter apartheid ausgesetzt sind.

BROSCHÜRE. „Südafrikas Krieg gegen Kinder"
Massenverhaftungen, Mißhandlungen, Folter und Mord — das Apartheidregime hat den Kindern des Landes den Krieg erklärt! Wir dokumentieren diese Verbrechen in dieser Broschüre auf 56 Seiten. — Unkostenbeitrag: 2,- DM

ANC-Vertretung in der BRD
Postfach 1901 40 — 5300 Bonn 1

Hans Jürgen Krahl

Studenten und Arbeiter gemeinsam

Römerbergrede

Hans-Jürgen Krahl, damals Mitglied des SDS-Bundesvorstands, hielt diese Rede auf der vom DGB-Hessen veranstalteten Kundgebung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, deren 3. Lesung bevorstand, am 27.5.1968 auf dem Römerberg in Frankfurt.

Wir danken dem Verlag Neue Kritik für die Abdruckgenehmigung.

Die Demokratie in Deutschland ist am Ende; die Notstandsgesetze stehen vor ihrer endgültigen Verabschiedung. Trotz der massenhaften Proteste aus den Reihen der Arbeiter, Studenten und Schüler, trotz der massiven Demonstrationen der APO in den letzten Jahren sind dieser Staat und seine Bundestagsabgeordneten entschlossen, unsere letzten spärlichen demokratischen Rechtsansprüche in diesem Land auszulöschen. Gegen alle diejenigen — Arbeiter oder Studenten —, die es künftig wagen werden, ihre Interessen selbst zu vertreten, werden Zwang und Terror das legale Gesetz des Handelns der Staatsgewalt bestimmen. Angesichts dieser Drohung hat sich in den Betrieben, an den Universitäten und Schulen seit dem Tag der Zweiten Lesung vor mehr als einer Woche, eine erste Streikwelle manifestiert, die den Widerstandswillen der Bevölkerung demonstrierte.

Für uns ergeben sich daraus die Fragen: Welchen politischen Zweck muss dieser Widerstand verfolgen, wenn die Notstandsgesetze doch schon eine nahezu beschlossene Sache sind? Welchen Erfolg können unsere Streiks und Demonstrationen der letzten Zeit aufweisen und wie können sie wirkungsvoll fortgesetzt werden? Um diese Fragen angemessen beantworten zu können, müssen wir wissen, welche Fehler in der Notstandsopposition der letzten Jahre begangen wurden.

Zu Beginn dieser Opposition hat man die Frage der Notstandsgesetze nur nach ihrer verfassungsrechtlichen Seite behandelt. Um sie zu verhindern, wurde lediglich mit den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftsfunktionären verhandelt. Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit war wenig wirksam. Der eigentliche Fehler bestand darin, dass dadurch die Problematik der Notstandsgesetzgebung aus der wirklichen Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft herausgelöst wurde. Vor allem die Gewerkschaften reagierten, als sei die Substanz der Demokratie in Westdeutschland unversehrt, und sie wollten nicht sehen, dass der Prozess der inneren Zersetzung demokratischer Rechte längst begonnen hatte. Spätestens mit der Bildung der Grossen Koalition und ihrer Wirtschaftspolitik, der Konzertierten Aktion des Ministers Schiller lag diese Entwicklung offen zutage. Dass im Programm der Formierten Gesellschaft zwischen der Gewalt der Notstandsgesetze und der Konzertierten Aktion ein Zusammenhang bestehen könnte, ist den wenigsten Gewerkschaftsfunktionären, am wenigsten der Spitze einsichtig geworden. Die Rededisposition, die der DGB zum 1. Mai dieses Jahres herausgegeben hat, feiert die Konzertierte Aktion als Mittel des wirtschaftlichen Aufschwungs und Wachstums, ohne allerdings zu fragen, wem er zugute gekommen ist. Die Konzertierte Aktion liefert einer starken, keineswegs demokratischen Staatsgewalt die Mittel, die Wirtschaftskrise 1966/67 — zur Zeit der Bildung der Grossen Koalition — zu regulieren, nachdem Erhards Wirtschaftswunder in sich zusammengefallen war. In wessen Interesse Schillers Konzert gespielt wird, darüber geben nüchterne Zahlen Auskunft: dieses Jahr, 1968, soll den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 3 bis 4 Prozent bringen, den Unternehmern hingegen eine Gewinnsteigerung von 20 Prozent. Der DGB hat verschwiegen, dass er ein Spiel mitspielt, das auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird.

Es war allerdings voraussehbar, dass die Konzertierte Aktion auf die Dauer nicht ausreichen würde, die Krisenentwicklung in der Wirtschaft zu bremsen und die Arbeiter zum Streikverzicht anzuhalten. Dazu bedurfte es stärkerer Zwangsmittel; die Grosse Koalition entschloss sich also, die Notstandsgesetzgebung beschleu-

nigt zu betreiben. Sie liefert das terroristische Instrument für eine offene Wirtschaftskrise, in der die Arbeiter notfalls mit brutaler Gewalt niedergehalten werden und die aufbegehrenden Studenten einer von oben betriebenen Hochschulreform unterworfen werden, in der die Universität zu einer Ausbildungskaserne für Fachidioten wird, in der die Studenten nicht wissen sollen, zu welchen politischen und wirtschaftlichen Zwecken die wissenschaftliche Forschung eingesetzt wird. Die Konzertierte Aktion war der Anfang, die Notstandsgesetze bilden das Ende einer vorläufigen Entwicklung, in der sich eine undemokratische Staatsgewalt die Mittel schuf, die Bedürfnisse der Massen zu unterdrücken. Die Geschichte, nicht zuletzt die der Deutschen, hat uns mehrfach gelehrt, dass der einzige Ausweg der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus der Krise in der offenen Gewalt des Faschismus besteht.

Wer den staatlichen Einsatz von Polizeiknüppeln und politischer Justiz gegen die Demonstrationen der politischen Opposition erfahren hat, dem ist es in keinem Augenblick ungewiss, welchem Zweck die Notstandsgesetze dienen sollen. Schon jetzt wird von *Bild* der Streik der Arbeiter als »volksschädlich« verunglimpft, schon jetzt klagte beim Gummiarbeiterstreik in Hanau ein Mitglied der Geschäftsleitung, die Polizei sei anscheinend nur ungenügend auf den Notstand vorbereitet.

Seit der Erschiessung des Studenten Benno Ohnesorg in Berlin bis hin zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke haben die Regierenden und Springers *Bild* eine regelrechte Hetzjagd gegen Studenten entfacht. Die Springerpresse fordert mehr oder minder unverhohlen die Bevölkerung zu Gewalttaten gegen Studenten auf, die sie als langmähnige und ungewaschene Untermenschen darstellt, die, anstatt zu studieren, demonstrierende Randalierer seien, unnütze Esser, die von den Steuergeldern anderer Leute leben. Kein Wort fällt über die schlechten finanziellen Verhältnisse vieler Studenten, die unglaublich rückständigen Zustände an westdeutschen Hochschulen, die eine vernünftige Arbeit fast unmöglich machen, und die politischen Ziele, für welche die Studenten auf die Strasse gehen. In Berlin haben der Regierende Bürgermeister Schütz und seine Clique alles, was die Haare einige Zentimeter länger und einen Bart trägt, zum Freiwild erklärt. Diesem Gewaltaufruf hat sich während der Osterdemonstration der Kanzler Kiesinger angeschlossen; auf die aktiven Mitglieder der ausserparlamentarischen Opposition warten demnächst die Gefängnisse — sogar die Schutzhaft bekannten Angedenkens wurde erwogen. Daraus aber wird nur allzu deutlich, was die Notstandsopposition der Gewerkschaftsbürokratie sehr geflissentlich übersieht: Notstandsgesetze leiten keineswegs erst einen Zustand der Gewalt ein, sie sollen vielmehr einen Gewaltzustand rechtfertigen und forttreiben, der schon längst begonnen hat. Die Herrschenden wollen der Bevölkerung mit allen Mitteln einreden, unsere Aktionen seien Terror; um dies zu beweisen, schrecken sie auch vor offenen Lügen nicht zurück. Wir aber erwidern ihnen: Gewalt, das ist die Volksverhetzung der *Bild-Zeitung*. Gewalt, das ist die Vorbereitung der Notstandsdiktatur. Und dagegen nehmen wir das Recht des Geschlagenen in Anspruch, das elementare Recht auf Notwehr und Widerstand.

Regierung und Bundestag versuchen uns einzureden, die Notstandsgesetze träfen nur Vorsorge für die Demokratie in Notzeiten. In der Tat, die Notstandsgesetze treffen Vorsorge, aber Vorsorge für einen neuen Faschismus, Vorsorge für Zwangs- und Dienstverpflichtung, für Schutzhaft und Arbeitslager. Die Notstandsgesetze, sagt man uns, ergänzen das Grundgesetz. In Wirklichkeit sind sie das Grundgesetz einer zur Zwangskaserne abgeriegelten Gesellschaft; dieser Staat ist bereit, sich selbst zum faschistischen Führer zu machen.

Worauf kommt es in dieser Situation für uns an? Unsere Aktionen, unsere Streiks und Demonstrationen haben *einen* Sinn: wir müssen eine neue Phase unserer Politik eröffnen; unsere Demonstrationen sind längst kein blosses Protestieren mehr, wir müssen durch gemeinsame Aktionen eine breite kämpferische Basis des Widerstandes gegen die Entwicklung schaffen, an deren Ende sonst wieder Krieg und KZ stehen können. Unser Kampf gegen den autoritär bevormundenden Staat von heute verhindert den Faschismus von morgen. Wir haben nur eine einzige Antwort auf die Notstandsgesetze zu geben: wenn Staat und Bundestag die Demokratie vernichten, dann hat das Volk das Recht und die Pflicht, auf die Strasse zu gehen und für die Demokratie zu kämpfen. Wenn die Volksvertreter die Interessen des Volkes nicht mehr vertreten, dann wird das Volk seine Interessen selbst vertreten. Wenn mit Konzertierter Aktion und Notstandsgesetz die Lüge der Sozialpartnerschaft den sozialen Terror verschleiern soll, dann gilt nur eines: den Unternehmern, die zur sozialen Unterdrückung nach den Notstandsgesetzen rufen, mit dem politischen Streik zu erwidern; Klassenkampf den Arbeiterfeinden!

Gewerkschafter beim Sternmarsch der Notstandsgegner in Bonn

Welche Rolle kommt der SPD in der Notstandsfrage zu, denn ohne ihre Unterstützung könnten diese Gesetze nicht verabschiedet werden. Über diese Partei hegen wir keine Illusionen mehr. Sie nennt sich Volkspartei, um die Arbeiterineressen nicht mehr vertreten zu müssen; sie ist zum Machtinstrument der herrschenden Klasse geworden. Wie die anderen Parteien gibt sie im Wahlkampf nur trügerische und betrügende Reklameparolen aus, aber kein politisches Programm wird sichtbar; sie manipuliert, statt aufzuklären, sie will die Stimmen der Arbeiter fangen, ohne für deren Bedürfnisse einzutreten. Gewiss, in der SPD hat es eine nicht unbeachtliche Opposition gegen die Notstandsgesetze gegeben, vertreten von den demokratischen Abgeordneten, die auch heute noch nicht umgefallen sind. Aber sie haben ihre Opposition nur im Innern der Parteien durchsetzen wollen und sind im Netz der Parteibürokratie hängengeblieben. Sie sind gescheitert, weil sie sich nicht an diejenigen gewandt haben, mit denen sie einen politischen Erfolg hätten erkämpfen können, an die Massen der Arbeiter, die Studenten und unmittelbar an ihre Wähler.

Was aber tun die Gewerkschaftsspitzen auf Bundesebene, um unseren Kampf zu unterstützen? Der DGB-Bundesvorstand erklärte, wenn die Notstandsgesetze in Zweidrittelmehrheit verabschiedet seien, so sei das ein legaler Gesetzesakt, und man habe sich an die neuen Bedingungen zu halten. Will der DGB nicht begreifen, dass die sozialen Ansprüche der Arbeiter von der Notstandsdiktatur weggefegt werden! Neuerdings erklärt er, geeignete Massnahmen werde er ergreifen, wenn die Notstandsgesetze missbraucht würden. Dann aber wird es längst zu spät sein, oder will er diese Massnahmen in den Gefängnissen treffen! Und als ob die Notstandsgesetze nicht schon an sich ein staatlicher Missbrauch aller demokratischen Bestimmungen wären! Otto Brenner erklärte gar vor dem Marsch auf Bonn, der Generalstreik sei kein mögliches Mittel gegen die Notstandsgesetzgebung. Wir müssen demgegenüber feststellen: die deutschen Gewerkschaften haben nach dem Krieg so gut wie nichts getan, um die Abeiter davon zu überzeugen, dass der Streik nicht nur ein berechtigtes, sondern ein notwendiges Mittel der Wahrnehmung sozialer und politischer Interessen ist. Sie haben hilflos wenig getan, um die Massen zur mündigen Selbstwahrnehmung materieller An-

sprüche anzuleiten, sie haben jene nur allzu oft in trügerischer Sicherheit gewiegt. Sie haben kaum wirksam über die Notstandsgesetze aufgeklärt. Aus ihren Beschlüssen gegen die Notstandsgesetze hätte aber nur eine demokratische und soziale Pflicht folgen müssen: in all den Jahren die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit des Generalstreiks zu überzeugen und diesen praktisch vorzubereiten; bewusst zu machen, dass man in dieser Gesellschaft für seine Interessen kämpfen muss. Die heimliche Kabinettspolitik der Gewerkschaftsspitzen in den Vorräumen des Bundestags ist gescheitert, denn man kann nicht ernsthaft ohne die Massen für Demokratie kämpfen. Eine soziale Demokratie lebt nur durch die aufgeklärte Selbsttätigkeit der mündigen Massen.

Daraus haben die Studentenbewegung und die ausserparlamentarische Opposition die politische Konsequenz gezogen: auf die Bürokratie der Parteien und der Gewerkschaften können wir uns nicht verlassen, wenn wir nicht selbst anfangen zu handeln. Erst die oft herausfordernden Demonstrationen der Studenten haben viele Themen, welche die Herrschenden lieber verschwiegen hätten, zur öffentlichen Diskussion gestellt; so den Krieg in Vietnam, und mit der Unterstützung oppositioneller Kräfte immer wieder das Thema Notstand; in Demonstrationen, die oft blutig zerschlagen wurden. Unsere Aufklärungs- und Machtmittel sind geradezu lächerlich gering, gemessen an den gewaltigen Funk- und Fernseheinrichtungen, sowie den mächtigen Staats- und Parteiverwaltungen. Aber mit den Mitteln des Flugblatts, der ständigen Diskussion und unseren Demonstrationen haben wir erreicht, dass immer mehr Menschen lernten, wie notwendig es ist, für seine Interessen selbst und aktiv einzutreten. Entgegen der Manipulation von Presse und Regierung, die uns von der Bevölkerung mit aller Gewalt isolieren wollen, hat die ausserparlamentarische Opposition ihre Basis ständig erweitert: zunächst waren es die Studenten, dann die Schüler, jetzt sind es junge Arbeiter und auch immer mehr ältere Kollegen. Unsere Demokratie ist direkt und unmittelbar. Es gibt keinen Sprecher und keine Gruppen, die sich nicht den Entscheidungen der Anwesenden unterwerfen müssten; es gibt keine Funktionäre, die einen Posten auf Lebenszeit einnehmen; alle unmittelbar Beteiligten entscheiden in direkter Abstimmung über die politischen Aktionen und Ziele. Dies ist der Hintergrund, auf dem die Organisation des Widerstandes vorgenommen werden muss. An ihm bemisst sich der Erfolg der Streikbewegung in den letzten anderthalb Wochen. In dieser beginnt sich allmählich eine der wirksamsten Widerstandsformen herauszubilden: die Aktionseinheit von Arbeitern, Studenten und Schülern. Am Tag der Zweiten Lesung streikten kurzfristig dreissig Frankfurter Betriebe und mehrere tausend Studenten bestreikten die Universität, 3000 Schüler traten in den Streik, zum grossen Teil unter Androhung schwerer Strafen. Das Bewusstsein, dass die streikenden Arbeiter sich solidarisch erklärten, liess die Studenten den Universitätsstreik am darauffolgenden Tag fortsetzen. Im Gewerkschaftshaus diskutierten Arbeiter und Studenten gemeinsam. Studenten ziehen seit mehreren Wochen vor die Betriebe, um dort Flugblätter zu verteilen und zu diskutieren.

Es kommt zunächst darauf an, diese gemeinsamen Diskussionen in grösseren Versammlungen und kleineren Gruppen einigermassen regelmässig fortzusetzen. Erst solch organisierte Diskussionen sind die Vorbedingung, um noch bestehende Vorurteile abzubauen und die Aktionseinheit auf eine höhere Stufe zu heben.

Schon heute bietet sich eine Gelegenheit dazu. Der Rektor der Universität Frankfurt hat gegen den Streik der Studenten die Universität geschlossen. Er will uns die Universität als eine für unseren Kampf gegen die Notstandsgesetze notwendige Widerstandsbasis nehmen. Derselbe Rektor, der politisch aktive Studenten durch den Staatsanwalt verfolgen lässt, der uns erklärte, er sei gegen die Notstandsgesetze, aber wenige Minuten später den Streikbrecher spielte, versuchte nun endgültig, die ausserparlamentarische Opposition in der Universität Frankfurt zu zerschlagen, indem er die Studenten aussperrt.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts dieses Notstandes der Universität Frankfurt sind die Studenten von Frankfurt heute morgen zur Besetzung ihrer Hochschule übergegangen. Sie werden von dort aus die Aktionen mit euren Streiks verbinden, wieder vor die Betriebe ziehen und mit den fortschrittlichen Professoren und Assistenten in Arbeitskreisen politische Fragen diskutieren.

In dieser Kampfsituation an der Universität brauchen wir eure Unterstützung und Solidarität: Helft uns, die Universität als ein Aktionszentrum gegen die Notstandsgesetze zu erhalten. Im Namen der streikenden Studenten von Frankfurt rufe ich euch auf, im Anschluss an diese Kundgebung mit uns in einem Demonstrationszug zur Universität zu ziehen und dort gemeinsam in einer kurzen Diskussion die Widerstandsmassnahmen der nächsten Tage zu besprechen.

Die Aussperrung der Studenten aus der Universität hat wieder einmal bewiesen, dass überall, wo die Menschen beginnen, sich ihr Handeln nicht mehr vorschreiben zu lassen, sondern selbstständig ihre Interessen wahrnehmen, der Staat und die Behörden zu Unterdrückungs- und Notstandsmassnahmen Zuflucht nehmen müssen. Denn sie brauchen den unmündigen Menschen zur Aufrechterhaltung dieses Herrschaftssystems. Aber die grossen Streiks der Arbeiterklasse in unserem Nachbarland Frankreich haben angezeigt, was die massenhafte Solidarität der Lohnabhängigen vermag. Auch in Deutschland haben mehrere wilde Streiks in den letzten Jahren wie zum Beispiel bei Hanomag, gezeigt, dass die Arbeiter ihre gemeinsamen Interessen selbst gegen ihre Führung durchsetzen können, wenn sie solidarischen Widerstand leisten.

Kolleginnen und Kollegen! Genossinnen und Genossen! Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze steht die Uhr auf fünf Minuten vor 12. Entweder wir beginnen jetzt mit der Organisierung des Widerstandes und mit dem Kampf für eine Soziale Demokratie — oder wir kommen nie dazu. Die Losung für die nächsten Tage kann nur sein: Politischer Streik! Nur eine Welle von Streiks ermöglicht schliesslich den Generalstreik. Politischer Streik am Dienstag, politischer Streik am Mittwoch, politischer Streik in den Betrieben, an der Universität und in den Schulen.

Es lebe die praktische Solidarität der Arbeiter, Studenten und Schüler!

„Sternmarsch auf Bonn"; 11.5.68

Charles de Gaulle

Frankreich 1968: Tage,

Franzosen und Französinnen!

Am 13. Mai begann der Generalstreik in Frankreich und legte das gesamte Wirtschaftsleben lahm. Charles de Gaulle sah sich gezwungen, in einer 4 1/2minütigen Fernsehrede am 30. Mai 1968 die FranzösInnen zur Rettung der Republik aufzurufen. Vorher hatte er sich in Baden-Baden der Loyalität der Armeeführung versichert, unter anderem des Generals Massu (Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Algerienkrieg)

Da ich der Träger der nationalen Legitimitäten und der Republik bin, habe ich seit 24 Stunden alle Eventualitäten ohne Ausnahmen überlegt, die es mir erlauben, die Republik zu retten – ich werde sie aufrechterhalten. Ich habe meine Entscheidung getroffen. Unter den gegenwärtigen Umständen werde ich mich nicht zurückziehen. Ich habe einen Auftrag vom Volk, den ich erfüllen werde. Ich werde den I. Minister (Pompidou) nicht auswechseln, dessen Wert, Verläßlichkeit und Fähigkeit die Anerkennung aller verdienen. Er wird Ihnen die Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung vorschlagen, die ihm nützlich erscheinen. Ich löse heute die Nationalversammlung auf. Der Nation habe ich eine Abstimmung vorgeschlagen, die den Bürgern Gelegenheit gibt, eine tiefgehende Reform unserer Wirtschaft und unserer Universitäten durchzuführen – und zugleich zu sagen, ob sie ihr Vertrauen zu mir bewahren durch den einzig begehbaren Weg, den der Demokratie. Ich stelle fest, daß die jetzige Situation es verhindert, dorthin zu gelangen. Deswegen ändere ich das Datum. Was die Wahlen der Legislative betrifft, so werden sie bald in den von der Verfassung vorgesehenen Verspätungen stattfinden – zugleich muß Schluß damit gemacht werden, das ganze französische Volk daran zu hindern, sich auszudrücken, zu leben, durch die gleichen Mittel, mit denen man die Studenten hindert zu studieren, die Lehrer zu lehren, die Arbeiter zu arbeiten. Diese Mittel sind die Einschüchterung, die Verächtlichmachung und die Tyrannei, die von ferngesteuerten Gruppen ausgeübt werden und von einer Partei, die ein totalitäres Unternehmen darstellt, selbst wenn sie darin schon Konkurrenten hat. Sollte diese Gewaltlage anhalten, müßte ich analog zu Verfassung und um die Republik zu retten andere Wege einschlagen als die der unmittelbaren Unterstützung durch die Nation.

Der zivile Selbstschutz muß sich unter allen Umständen überall und sofort organisieren. Zuerst, um der Regierung, dann auf lokaler Ebene, um den Präfekten in ihrer Aufgabe zu helfen, die darin besteht, soweit wie möglich die Existenz der Bevölkerung zu sichern sowie jederzeit und überall die Subversion zu bekämpfen. Frankreich wird von der Diktatur bedroht. Man will uns dazu bringen, sich einer Macht zu unterwerfen, die auf die nationale Verzweiflung spekuliert. Diese Macht würde uns unsere Freiheit rauben. Es wäre die Macht des totalen Kommunismus. Natürlich würde man ihn umändern, um mit einer trügerischen Fassade zu beginnen. Man gebrauchte dazu den Ehrgeiz und den Haß steril gewordener Politiker. Da diese „Persönlichkeiten" nicht mehr wiegen als ihr Körpergewicht, hätten sie kaum Einfluß. Oh nein! das Volk wird den Fortschritt, die Unabhängigkeit und den Frieden wählen und mit der Freiheit verbinden.

Es lebe Frankreich!

Es lebe die Republik!

die Paris erschütterten

Koordinationsausschuß der Aktionskomitees

Er quatscht, und quatscht . . .

Nach einer mühseligen Inszenierung hat de Gaulle nun eine Warnung an das Land gerichtet. Aufbauend auf senilem Antikommunismus, hat er von der Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen und von Bürgerkrieg gesprochen, in der Annahme, er könne auf diese Weise eine für ihn günstige Panik nationalen Ausmaßes heraufbeschwören.

Aber wem kann er noch Angst machen?

Gewiß nicht den Fabrikarbeitern, die ihre Werke besetzen. Gewiß nicht den Studenten, die die Fakultäten besetzt halten. Denn was kann letztlich das todkranke Regime gegen die Millionen und aber Millionen streikenden Arbeiter noch ausrichten?

Die Heftigkeit des von de Gaulle benutzten Tones ist Ausdruck einer ohnmächtigen Wut gegenüber dem Volkswillen.

Die Regierung hat zu ihrer Unterstützung nur noch die Barbouzes (Agenten) der „Staatsbürgerlichen Aktion". Sie hat zu ihrer Verteidigung nur die Bullen. Mit den Bullen wissen Arbeiter und Studenten fertig zu werden. Sie haben es bewiesen.

De Gaulle kann bellen. Unwiderstehlich ist die Stärke des Kampfes, den die Arbeiter und Studenten gegen das von de Gaulle verkörperte Regime führen. Diese Kraft müssen wir in Aktionskomitees, die Arbeiter, Studenten und die Bevölkerung der Stadtviertel und Ortschaften vereinen, systematisch organisieren.

Stärken wir unsere Organisation in der Einheit, an der Basis und in der Aktion. Unterstützen und popularisieren wir die Verteidigung der besetzten Betriebe durch die Arbeiter! Ab sofort organisieren wir neue Formen der „Volksherrschaft" in den Betrieben, Fakultäten, Ortschaften und Stadtvierteln.

Jedes Aktionskomitee muß sich mit den Streikkomitees der benachbarten Betriebe verbinden, in allen Phasen mit ihnen die Ziele und Formen einer Volksherrschaft diskutieren und ab sofort notwendige Aufgaben übernehmen:

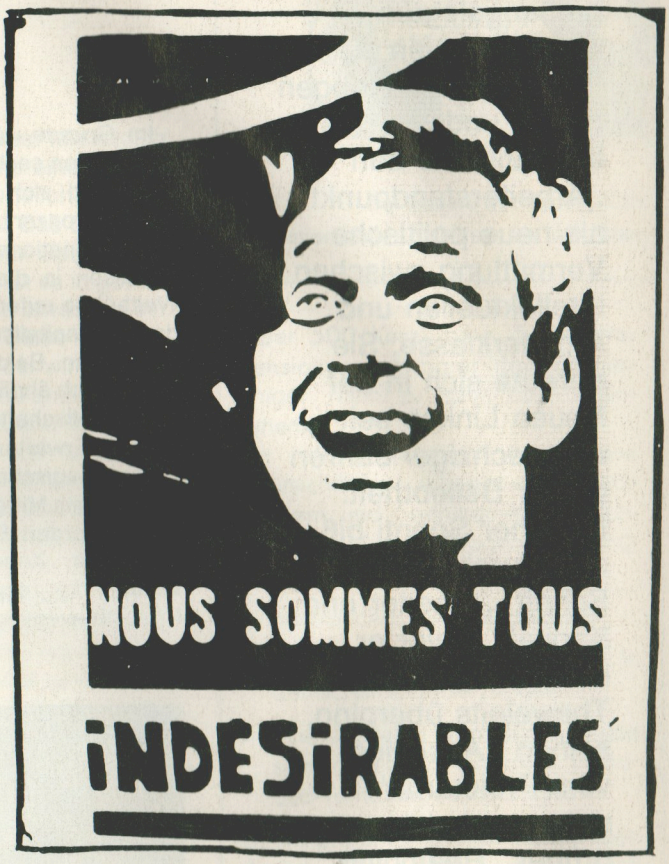
indem es einige unerläßliche öffentliche Dienste sicherstellt (Müllabfuhr, Transporte usw.),

indem es die Verpflegung der Bevölkerung durch direkte Kontakte mit den Produktionskooperationen ausreichend organisiert,

indem wir selbst die Informationsmittel in die Hand nehmen, um die Bevölkerung über die schweren Kämpfe der Arbeiter zu unterrichten, damit den Lügen der bürgerlichen Presse ein Ende gesetzt ist.

Nur durch die Organisation dieser Kämpfe und ihrer Errungenschaften können wir gewährleisten, daß die Forderungen der Arbeiter verteidigt werden und der geforderten Volksregierung ein wirklicher Inhalt gegeben wird.

Der Gaullismus ist nur noch ein Gespenst.
Das Volk hat keine Angst vor Gespenstern.
Wir werden siegen!



„Macht eure Träume zur Wirklichkeit"

Mario Tronti ist auch hierzulande bekannt geworden als einer der maßgeblichen Theoretiker des „Operaismo". Diese Spielart des italienischen Marxismus ging aus großangelegten soziologischen Fabrikuntersuchungen hervor und thematisierte den „Arbeiterstandpunkt" als neue politische Vermittlung zwischen Intellektuellen und Arbeiterklasse. Sie erfreute sich in der Neuen Linken seit den sechziger Jahren großer Beliebtheit. Mancher Sponti biß sich durch Trontis Schrift „Arbeiter und Kapital" bevor er dann zur Lektüre Theweleits überging, seinen „Abschied vom Proletariat" nahm und sich nun in grüner „Realpolitik" übt. Mario Tronti kehrte in den siebziger Jahren in die KPI zurück, in deren ZK er 1983 gewählt wurde. Wir haben seinen Aufsatz aus der KPI-Zeitschrift „Rinascita" übersetzt und geringfügig gekürzt.

Mario Tronti

1968 und die

Im Grunde wäre es richtiger, sich mit den ganzen sechziger Jahren zu beschäftigen und sich nicht ausschließlich auf 1968 zu konzentrieren. Dieses Jahr ist nur der Kulminationspunkt einer Reihe von Ereignissen in diesem Jahrzehnt. Auf der Weltbühne reifen in den sechziger Jahren der Neokapitalismus und der Neosozialismus heran. Beide eint ein strukturell und ideologisch ähnliches Entwicklungsmodell von Gesellschaft, an das jeweils große kollektive Erwartungen geknüpft werden. Dieses magische Entwicklungsmodell war aber bereits Mitte der sechziger Jahre brüchig geworden. Es zeigten sich wieder Rezessionen, Krisen und sozialer Widerstand, die ebenso am Beginn der Protestbewegung der späten sechziger Jahre standen wie der überall spürbare starke Generationsbruch. Die bis dahin unbekannten neuen Formen einer grundsätzlich antiautoritären Jugendbewegung ließ sich nicht mehr reibungslos in die traditionellen Bahnen der Herrschaftssicherung integrieren.

Nicht die ganzen sechziger Jahre mündeten in „68", noch war dieses Datum der Beginn einer neuen Zeitrechnung. Das Jahr 1968 symbolisiert jedoch einen Übergang, eine Art Gebirgskamm, jenseits dessen in der Ferne etwas Neues sichtbar wurde. Bis heute spüren wir die damals explodierende Phantasie. Vielleicht ist es in erster Linie dieses große politische Spektakel gewesen, an das man sich auch nach zwanzig Jahren weltweit noch so gut

Mailand: Tausende von Studenten und Arbeitern demonstrieren für sieben Studenten, die wegen einer gewalttätigen Protestaktion vor Gericht stehen.

Arbeiterbewegung

erinnern kann. Alle haben alles gefilmt, alle haben Regie geführt und dann haben alle von sich selbst und den anderen erzählt. Es gab einen neuen Protagonismus der Massen und einen alten der Führer. Aber es entstand keine alternative politische Schicht. Es waren sozial schwer profilierbare Massen, die sich vorübergehend einer Eingliederung in das Establishment entzogen, aber dann wieder Schritt für Schritt in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zurückkamen.

„68" ist ein übernationales, aber kein internationales Phänomen gewesen. Dazu wäre viel zu sagen, aber hier wollen wir uns auf Italien begrenzen, das wir besser kennen und deshalb auch besser beurteilen können.

Hier offenbarte die Bewegung, daß sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert hatten. Heute sagt man, dies sei eine zu schematische Interpretation. Es ist ja geradezu chic, soziale Phänomene so weit zu zergliedern, daß in ihnen jede geschichtliche Spur des Klassenkampfes verschwunden ist. In diesen modischen intellektuellen Spielereien ist die Arbeiterbewegung nichts weiter als ein einziger großer Irrtum der Geschichte. Weiße Flecken in der Geschichte sind immer im Interesse der Herrschenden. Aus ihrer Sicht haben sie durchaus recht: Je mehr das Arbeitergedächtnis ausgelöscht wird, umso stabiler wird die bürgerliche Gesellschaft.

Es ist jedoch eine Tatsache, daß es Anfang der sechziger Jahre in Italien wieder zum direkten Zusammenstoß zwischen Kapitalismus und Arbeiterklasse kam. Nicht daß man die sechziger Jahre in diesem Sinne einseitig wahrnimmt, ist der Fehler, sondern, daß man sie als ein epochales Ereignis überbewertet. Man tut gut daran, sich frühzeitig gegenüber der Interpretation eines Ereignisses als einem „historischen Fortschritt" zu immunisieren. Dann wird es niemandem so leicht gelingen, daß einem jemand etwas als einen „historischen Fortschritt" andreht, was keiner ist.

Lassen wir einmal den Begriff des „Operaismo" beiseite, der nichts weiter als eine journalistische Parole darstellt. Um was es sich jedoch dabei tatsächlich handelte, war die Einnahme eines Arbeiterstandpunktes in der Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklungen. Das bedeutete mehr als eine bestimmte Geschichtsphilosophie. Es war — und ist es in gewisser Weise immer noch — so etwas wie ein revolutionärer Realismus. Diese eminent theoretische Kategorie mit der wir den Kapitalismus in unserer Epoche untersuchen können, geht zurück auf Marx. In dieser marxistischen Sichtweise war etwa der französische Mai von 1968 nicht viel mehr als eine sympathische Anomalie des Entwicklungsprozesses des fordistischen Kapitalismus. Unter den diversen Kulturen, die die Bewegung von „68" getragen haben, war eine explizite politische Kultur der Arbeiter nicht vorhanden. Als man danach versuchte, diese Kultur unter dem Slogan „Potere Operaio" (Arbeitermacht) zu schaffen, war dies praktisch wie theoretisch ein großes Desaster. Das italienische „68" — das ist seine Besonderheit — stand innerhalb eines Zyklus von Arbeiterkämpfen, die von 1962 bis 1969 andauerten. Wohl nirgendwo sonst gab es in diesen Jahren eine so reiche Verbindung von politischen und sozialen Kämpfen. Jener Vormittag im Juli 1962, als anläßlich eines nationalen Arbeitskampfes der Metallarbeiter die Straßen von Mirafiori voll und die Fabriken leer waren, ist so etwas wie ein Wendepunkt in der sozialen und politischen Geschichte Italiens gewesen, dessen Echo noch in den Bewegungen der „68er Studenten" nachhallten. Ihrerseits hatten die breiten antifaschistischen Bewegungen seit 1960 ein politisches Klima geschaffen, in dem auch die Arbeiter wieder erwachten. Im „heißen Herbst" von 1969 war dann noch die aufgeladene Atmosphäre aus dem Mai von 1968 spürbar.

So verschmolzen die verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen im Italien der sechziger Jahre miteinander. Dies alles schärfte das kollektive öffentliche Bewußtsein, das dann zu Beginn der siebziger Jahre progressive Veränderungen im politischen Klima Italiens anstieß (z.B. die kommunistischen Wahlerfolge, die Erfolge bei wichtigen Volksentscheiden über die

Bücher zu LATEINAMERIKA

Der andere Buchladen, Köln
Informationsstelle Lateinamerika (ila), Bonn

Über 500 Kurz- bzw. Sammelrezensionen lieferbarer deutschsprachiger Titeln zu bzw. aus Lateinamerika.
Ein Autorenregister und eine übersichtliche Gliederung (nach Ländern und Sachthemen) erleichtern das Nachschlagen. Besprochen werden:

— Sachbücher zu Lateinamerika
— Lateinamerikanische Belletristik in deutschen Übersetzungen
— eine Auswahl von Büchern die sich allgemein mit dem Nord-Süd-Verhältnis beschäftigen

Der Literaturteil enthält neben den Angaben zu den Büchern auch kurze Biographien der entsprechenden SchriftstellerInnen.
Das ganze kostet **nur 5,— DM** (+ 2,— DM Versandkosten — ab 10 Expl. versandkostenfrei). Nur gegen Vorauskasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck.

Bestellungen an:

Informationsstelle Lateinamerika
Oscar-Romero-Haus
Heerstraße 205
5300 Bonn 1

oder

Der Andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41

Endlich!

Scheidung, die Abtreibung usw., d.Ü). Es kennzeichnet die sektiererischen Positionen, die in den siebziger Jahren allmählich zunahmen, genau diesen Reichtum an Verflechtungen zwischen verschiedenen sozialen und kulturellen Bewegungen jener Zeit wieder aufs Spiel gesetzt und verloren zu haben. Es sind aber auch die Parteien der Linken gewesen, die diesen Reichtum nicht sahen und mit deren traditionellen Organisationsvorstellungen diese Bewegungen nicht vereinbar waren. Diese Selbstkritik ist wichtig, sonst können wir aus dieser Zeit nichts lernen. In der unmittelbaren Konfrontation mit ,,68'' war die Position der KPI sicherlich richtig, aber auf längere Sicht hat die Partei die in den sechziger Jahren angestoßenen Wellen nicht immer richtig verarbeitet. Einen Teil der heute spürbaren Probleme der KPI kann man vielleicht direkt auf die nicht ausreichende Beschäftigung mit den komplexen Phänomenen der sechziger Jahre sehen. Das gälte es genauer zu untersuchen.

In den sechziger Jahren wurde ein politischer und sozialer Kampf über den Inhalt und die Richtung der gesellschaftlichen Modernisierung ausgetragen. Im Verlauf eines Jahrzehnts ging die Initiative vom Kapitalismus und der politischen Klasse des ,,Centro Sinistra'' (Mitte-Links-Regierungen, d.h. mit Beteiligung der Sozialisten, d. Ü.) auf die progressiven und demokratischen Kräfte über. ,,1968'' bringt diesen Wechsel in der Initiative auf die Tagesordnung. Aber als eine jugendliche, überwiegend studentische Protestbewegung stellten die ,,68er'' keine soziale Kraft dar, die eine alternative Form der Modernisierung kontinuierlich hätte vorantreiben können. In diesem Sinne kann man vom Scheitern der 68er Bewegung sprechen.

Der entscheidende Punkt ist in der Tat die Idee der Entwicklung . ,,1968'' benutzt sie als Fahne und als Waffe. Die offizielle und die außerparlamentarische Linke hatte, bei allen Differenzen, eine gleiche, positive Vorstellung von Entwicklung. Es gehört zu den Dogmen der Linken zu glauben, Entwicklung sei schon Veränderung. Diese Dogmen lassen sich zurückverfolgen bis zum reifen Marx und dem jungen Lenin: je fortgeschrittener die kapitalistische Produktion ist, umso besser ist das für die Organisierung, das Bewußtsein und den Kampf der Arbeiterklasse. Die Arbeiter haben diesem Dogma schon viel Tribut gezahlt. Dieses Dogma ragt auch hinein bis in den politischen Bereich, wo die demokratische Republik als der günstigste Ort für den Fortschritt der Klassenkämpfe angesehen wird. Diese mechanistische Auffassung eint merkwürdigerweise die historischen Parteien der Arbeiterbewegung und die Gruppen der neuen Bewegungen. Wer dieses Schema zerbro-

In den sechziger Jahren wurde ein politischer und sozialer Kampf über den Inhalt und die Richtung der Modernisierung ausgetragen.

aber nicht der Februarrevolution, sondern der Oktoberrevolution.

Und dann gab es die Kämpfe der Arbeiter im Westen, einschließlich jener der italienischen Arbeiterklasse im ,,heißen Herbst'' 1969, in denen Forderungen formu liert wurden, die die Logik kapitalistischer Entwicklung sprengten. Diese Kämpfe verstanden sich als eine praktische Kritik am Kapitalismus. In der Bewegung von ,,68'' gab es ähnliche Forderungen, die als Teil einer veränderten Modernisierung verstanden wurden, nicht. In dieser Beziehung waren die Arbeiterkämpfe von 1969 tatsächlich radikaler als die Bewegungen von 1968.

Die allgemeine Entwicklung der siebziger Jahre war nichts mehr als ein Rückschlag der Erfolge von 1969. Die konservative Modernisierung hat sich auf sozialem Wege und nicht durch die politischen Formeln der Parteien durchgesetzt. Das von den Linken nicht in Frage gestellte Entwicklungsdogma haben die Konservativen sehr gut für sich genutzt. Die Massenbewegung kam ins Stocken und die Konservativen konnten so in Ruhe ihr Modernisierungsprojekt durchziehen. Wenn die Modernisierung als ein Dogma, als ein Wert an sich, angesehen wird, ist es unerheblich, ob die Konservativen oder die Sozialisten sie politisch durchsetzen.

Auf ihre Art haben die Konservativen heute, zwanzig Jahre nach ,,68'' einen Slogan aus jenen Tagen verwirklicht: sie haben die Phantasie an die Macht gebracht. Es ist die alte Phantasie der Bourgoisie, daß die Entwicklung des Reichtums der Nationen auch von sich aus privates Wohlergehen und Zufriedenheit der einzelnen Individuen garantiert.

Wurde 1968 und 1969 ein Schritt nach vorne getan, so erleben wir heute, 1988, den Rückschritt. Soll die Linke nur diesen Wechselschritt in einem Tanz einüben, dessen Rhythmus die herrschende Klasse bestimmt? Wie man den Tanz unterbrechen kann, ist noch nicht herausgefunden worden. Für die Analyse ist das erst der Anfang.

(Aus RINASCITA, 12.3.1988; Übersetzung Carl-Wilhelm Macke)

Bankenaktionstag 27. Mai 1988

**Das grüne Band der Sympathie.
Für Apartheid.**

Manche Banken machen jedes Geschäft. Auch wenn damit Zwangsumsiedlungen, Staatsterror und Krieg finanziert wird.

In Südafrika und Namibia.

- **Fragen Sie Ihre Bank, ob sie Südafrika- oder Namibia-Geschäfte macht oder darin verwickelt ist.**
- **Machen Sie Ihrer Bank klar: Nicht mit meinem Geld!**
- **Kündigen Sie Ihre Konten bei Banken und Sparkassen, die mit Apartheid Geschäfte machen.**

**Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid"
Maistraße 29, 8000 München 2**

Bruno Schoch

Sonderhefte, Beilagen und Broschüren

1968 in Italien

„In diesen Tagen werden Sie von einer Lawine journalistischer Initiativen zu 1968 zugeschüttet. Man ist nach zwanzig Jahren versucht, auf die Studentenbewegung anzuwenden, was Mao Tse-tung seinerzeit auf den amerikanischen Imperialismus gemünzt hat: ein Papiertiger." So beginnt die Präsentation des 1968 gewidmeten Sonderheftes, das die italienische Wochenzeitschrift „L'Espresso" veröffentlicht hat. Und zwar bereits im Januar dieses Jahres, als man hierzulande noch allerorten über Schneemangel klagte. Dennoch hat „L'Espresso" die derart beschworene Lawine keineswegs losgetreten, kam doch die 130 Druckseiten starke, reich bebilderte Gedenkbeilage nicht rechtzeitig genug, um zu verhindern, daß ein Konkurrenzblatt schon Tage zuvor mit dem Slogan warb, als erstes das geschichtsträchtige Jahr journalistisch umfassend zu würdigen. Inzwischen ist die gesamte italienische Presselandschaft übersät von Rückblicken, Erinnerungen, Deutungen und Interpretationen, wobei alte und neue Legenden und Mythen sich mit Entzauberungsversuchen mischen. Die Tageszeitung „Il manifesto", eifersüchtig (und angesichts ihrer Entstehung durchaus nicht ohne Berechtigung) auf den Titel des legitimierten, authentischen Erben und Interpreten von 1968 bedacht, produziert jeden Monat eine dicke Beilage mit detaillierter Chronologie und umfassender Kommentierung der laufenden innenpolitischen und internationalen Ereignisse des magischen Jahres 1968 — gewissermaßen in zwölf Bänden. . .

Die in Kreisen unserer Linken und Grünen gängige Vorstellung, die technologisch avancierte Bundesrepublik fungiere in gesellschaftlicher und ökologischer Hinsicht für Länder wie Italien als Ausblick darauf, was noch alles auf sie zukommen werde, erweist sich mithin zumindest im gedenkenden journalistischen Umgang mit 1968 als falsches Bewußtsein. (Sie ist auch sonst oft eher Ausdruck von Selbstgenügsamkeit und Provinzialismus.) Umgekehrt scheint ein Schuh draus zu werden: Wie in Sachen Mode, Design, Privatisierung der Massenmedien, Pornodiva im Parlament und anderem ist Italiens veröffentlichte Meinung auch im Blick auf das große 68-Memorial die trendsettende Avantgarde, während der hierzulande von „Spiegel", taz und anderen gerade erst zögernd eröffnete Reigen dazu noch nicht so den richtigen Schwung hat.

Woran das liegen mag? Der herrschende Zeitgeist mit seinem unsäglichen Drang zur Regression in nationale Kategorien, Stereotypen und Mythen verwiese wohl als erstes darauf, schon die alten Römer hätten mit dem Dezimalsystem eben mehr im Sinn gehabt als die urwüchsigen Germanen in ihrer Waldursprünglichkeit. Ein doppeltes Dezennium? Angesichts von Ozonloch, krebsverdächtigem Olivenöl und anhaltendem Sterben des deutschen Waldes doch ein recht rationalistischer, dem Eigentlichen bloß äußerlicher Anlaß! — Wie fast immer, helfen die flotten Erklärungen, die der Zeitgeist parat hat, um die richtigen Fragen gar nicht erst aufkommen zu lassen, auch hier nicht weiter. . .

Der Sache näher käme der Hinweis auf relevante Unterschiede in den jeweiligen, geschichtlich gebildeten Mentalitäten. In einem historisch vom Katholizismus zutiefst geprägten Land ist man gewiß eher imstande, herausragende geschichtliche Ereignisse, zumal wenn man selbst in sie involviert war, gebührend zu feiern. Hier konnte man von der Kirche mit ihren Ritualen, Festen und Veranstaltungen fürs Volk durchaus manches lernen. Außerdem ist Italiens Verhältnis zu seiner Geschichte weniger gestört als hierzulande — Ausdruck dessen, daß dem Faschismus Mussolinis bei all seinem autoritären, ja totalitären Charakter eben doch jene absolute Vernichtungsdimension des Nationalsozialismus abging, die in Deutschland jedes Drängen auf eine ungebrochene geschichtliche Kontinuität vereiteln muß. Hinzu kommt die gewichtige Tradition eines spezifisch historischen Marxismus in der italienischen Linken, der die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Stationen ihrer Kämpfe für Republik, Verfassung, sozialen und kulturellen Fortschritt immer wieder zu vergegenwärtigen

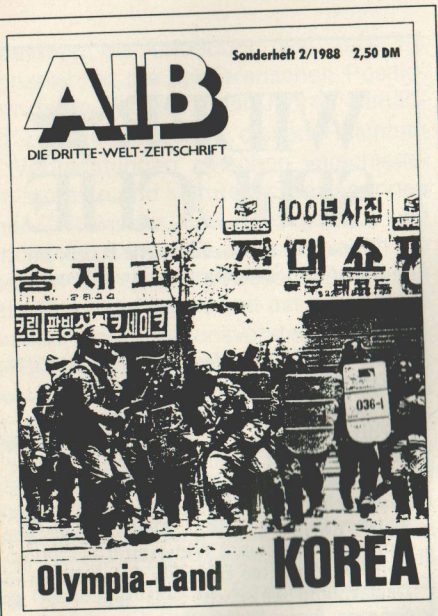
WIDER★SPRÜCHE
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

GESCHICHTE UND REPRODUKTIONSBERUFE (Heft 26)
Jäckle: Schatten der Vergangenheit — Medizin im Nationalsozialismus ● *Jungk/Schütte:* BildungsForschung und ErinnerungsArbeit — Oder: Der erziehungswissenschaftliche Horizont der Vergangenheitsbewältigung ● *Dick:* Zwischen Nonkonformität und Widerstand — Oppositionelles Verhalten einzelner LehrerInnen in Deutschland zwischen 1933 und 1945 ● *Schnurr:* Vom Wohlfahrtsstaat zum Erziehungsstaat — Sozialpolitik und soziale Arbeit in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus ● *Manke:* Schule in der Stadt — Stadt in der Schule — Perspektive der „Community Education" ● *Schwendter:* Hackethal und die Folgen — 31 Thesen zu einem Konflikt in der Gesundheitsbewegung.
96 Seiten, DM 14,—

PRÄVENTION UND SOZIALE KONTROLLE (Heft 25)
Völker: Immer lustig und vergnügt. Einwände gegen den präventiven Blick ● *Köbsell:* Humangenetik — „Saubere Eugenik" auf Krankenschein ● *Rühmann:* AIDS-Hysterie als Ausdruck von Sexualfeindlichkeit ● *Armbruster, Fahr, Hohloch u. Obert:* Zwischen Sozialtechnologie und Entinstitutionalisierung. Prävention in der Sozialpsychiatrie ● *Lehne:* Polizei und Prävention. Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? ● *Ehrhardt:* Alltag bei der Polizei ● *Bernhard:* Ökologie und Selbstverwirklichung. Anmerkungen zur Idee einer ökonomisch begründeten Bildungskonzeption ● *Wakahara:* Erziehung in Japan. Die Aktualität eines Themas in Fernost ● Magazin: Buchbesprechungen
96 Seiten, DM 12,—

KULTUR UND TECHNIK (Heft 24)
Ahlheim/Ahlheim: Neue Technik, arme Seele ● *Wittenberg:* Kind im Brunnen — Ein hinreißendes Programm ● *Heinrich:* Fernseherfahrung vor Tschernobyl — Ein Rückblick auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen ● *Lochmann:* Sand in den Äther streuen?! — Auseinandersetzungen in der Rundfunklandschaft ● *Zahn:* Kultur und Technik in konservativen Strategien ● *Dehnbostel:* Der Kampf von Gut und Böse — Neue Helden in den Medien und Spielen unserer Zeit ● *Bust-Bartels:* Wer verhindert die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit? ● *Manke:* Schwarze Pädagogik in der totalen Institution — Gegen die linke Lust an Waldorfschulen
112 Seiten, DM 12,—

Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach
Bei Vorauszahlung portofreie Lieferung
Postscheckkonto Frankfurt Nr. 610 41-604



Im Sonderheft 2/88:

Die **HERR**schenden in **SÜDKOREA** prahlen mit **WIRTSCHAFTSWUNDER** und **OLYMPIA**. Was steckt hinter der angeblichen Demokratie, dem Wirtschaftswunder und Olympia '88?
Das neue **AIB-Sonderheft** berichtet über **HINTERGRÜNDE** und **WIDERSTAND**.

Im AIB 4/88:

Die **ATOMEXPORTPOLITIK** der **BRD**: Kein Platz für Skrupel + **VERSCHULDUNGSKRISE:** Die Schulden sind unbezahlbar + **PALÄSTINA:** Interview mit Yasser Abed Rabo + Shultz-Mission + **NICARAGUA:** Widerstand an der Wirtschaftsfront + San-José-Konferenz + **ECUADOR:** Vor der Präsidentschaftsstichwahl + Sonderteil **KOREA** + Kurzinfos + (3 DM).

Ab 25. 3. im linken und alternativen Buchhandel oder direkt bei
AIB-LeserInnen-Service,
Gottesweg 54, 5000 Köln 51.
33% Rabatt ab 10 Exemplaren.

Ich bestelle:

☐ _____ Ex. AIB 4/88 à 3,00 DM zzgl. 0,70 DM Porto.

☐ _____ Ex. Sonderheft 2/88 à 2,50 zzgl. 0,70 DM Porto

☐ Kostenloses Probeheft

Name

Straße, PLZ, Ort

Datum Unterschrift

und im Massenbewußtsein lebend zu halten sucht. Und wer wollte an der historischen Relevanz von 1968 zweifeln?

1968 wurde in Italien weit über die jugendlichen Protagonisten des Protestes hinaus als tiefe historische Zäsur wahrgenommen. Aldo Moro etwa hat mehrfach darauf insistiert, daß die Eruptionen jenes Jahres nur als Ausdruck epochaler gesellschaftlicher Verwerfung zu begreifen seien. In der Tat sucht die Dynamik des sogenannten Wirtschaftswunders in Italien ihresgleichen: Das noch 1945 (abgesehen vom Industriedreieck Turin-Mailand-Genua) weitgehend agrarisch geprägte Land wurde in einen stürmischen Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß hineingerissen — 1986 überholte Italien mit seinem Bruttosozialprodukt Großbritannien, einst Inbegriff kapitalistischer Industrialisierung schlechthin. Im Sog dieser gleichsam im Zeitraffer vollzogenen Industrialisierung, verbunden mit der Massenmotorisierung und dem Aufkommen des Fernsehens, mit gigantischen Migrations- und Verstädterungsschüben in wenigen Jahrzehnten, wurden traditionelle, von Familie, Sippe, Dorfstruktur und -abgeschiedenheit sowie der Pfarrgemeinde beherrschte Bindungen, Mentalitäten und Gewohnheiten zersetzt. Eben dies artikulierte sich 1968 massenhaft.

Zu dieser ökonomischen und kulturellen Tiefenschicht gehört auch, daß sich die Protestbewegung in Italien rasch in alle möglichen gesellschaftlichen Bereiche hinein ausweitete und über Jahre fortsetzte und verlängerte. 1968 dauerte in Italien länger als ein Jahr. Man hat diese lang wirksamen Wellen des Protestes und der Radikalisierung treffend einen ,,schleichenden Mai" genannt. Ihre politische Spezifik erhielten die radikalen gesellschaftlichen Forderungen undKämpfe in Italien dadurch, daß sich die Gewerkschaften nach dem ,,heißen Herbst" von 1969 für neue, egalitäre und ungestüm antikapitalistische Arbeiterforderungen öffneten und daß sich die Kommunistische Partei nie im selben Maß wie anderswo, man denke nur an Frankreich, von den Bewegungen abschottete, die sich nicht selbst initiiert hatte. Weniger als in anderen westeuropäischen Ländern ist die Rede von einer Studentenbewegung in Italien berechtigt (vgl. dazu auch den Beitrag von Mario Tronti in diesem Heft). Die Kehrseite davon war, daß der ideelle Bruch der 1968 politisierten Schichten und Generationen mit den Werten, Zielen und Idealen der Arbeiterbewegung einerseits, mit den hergebrachten sozialen Normen und Verhaltensformen andererseits, in Italien nicht dieselbe Radikalität anzunehmen schien. Hausbedienstete bei bekannten Linken sind nicht selten, und vor allem haben diese keinerlei Probleme damit. Und etwas Vergleichbares wie jene Tausende von Wohngemeinschaften, die in der Bundesrepublik im Geist von 1968 als jenes soziale Geflecht oder subkulturelle Milieu gebildet wurden, das dann als politisch-soziales Reservoir Bürgerinitiativen, ,,alternative" Projekten aller Art und nicht zuletzt auch den Grünen zugute kam, hat es in Italien nie gegeben.

Schließlich sei noch ein eher trivialer Grund für den italienischen Zeitungsrummel um 1968 genannt. Als Zeitungsleser bilden die Italiener zusammen mit den Spaniern unter den westeuropäischen Staaten das Schlußlicht. Mit einer verkauften Tagesauflage von rund 6 Millionen (im Vergleich zu rund 25 Millionen in der Bundesrepublik) werden in Italien heute nur unwesentlich mehr Zeitungen gelesen als zu Beginn dieses Jahrhunderts, als das Land noch einen hohen Anteil an Analphabeten hatte. Gewiß, an Informationen mangelt es heute nicht, gibt es doch landauf, landab Hunderte von privaten Radio- und Fernsehstationen. Rückständigkeit und Avantgarde liegen nah beieinander. Unter dem Zeitungen und Zeitschriften überhaupt lesenden Publikum stellen die ehemaligen 68er Studenten mithin einen ungleich höheren Anteil als anderswo. Dasselbe gilt mutatis mutandis auch für den entsprechend kleinen Kreis der Zeitungsjournalisten: man kennt sich untereinander, hat ein hohes Sozialprestige und ein stattliches Einkommen und genießt zahlreiche Privilegien (z.B. verbilligte Bahn- und Flugreisen, Minitarife auf den Autobahnen, Vorzugsbedingungen beim Wohnungskauf usw.), die noch aus einer Zeit stammten, als der Duce damit die Journalisten köderte. In Analogie zu dem gewiß nicht zufällig in Italien entstandenen und geläufigen Terminus von der ,,politischen Klasse" könnte man von einer Journalistenkaste reden. Auch zu ihr gehören eine Reihe von Achtundsechzigern — wer anders könnte die neuen Bedürfnisse, ob traditioneller, moderner oder postmoderner Natur, artikulieren? Diese Bedürfnisse, so will es die Logik von Konkurrenz und Markt, wollen befriedigt werden. Das auffallend dichte Gedenken an 1968 scheint auch eins zu sein. . .

Klaus Segbers

Zeit des Übergangs, Zeit der Wirren

Neue Beobachtungen und Überlegungen zum sowjetischen Reformprozeß

Die westlichen Zeitungsberichte der letzten Monate deuten auf eine Krise der perestrojka. Der lange Urlaub des Generalsekretärs im letzten Sommer, die Selbstproklamierung des Politbüromitglies und ZK-Sekretärs Ligacev zum ,,2. Sektretär'', die ,,Affäre El'cin'' im vergangenen Oktober, die bescheidenen Wirtschaftsdaten für 1987, der teilweise pogromartige Nationalitätenkonflikt im Kaukasus und die latenten Spannungen im Baltikum — das ist das Material, aus dem die Grabgesänge des Reformprojekts komponiert werden.

Was hat sich in einem Jahr verändert?

Die Fußgänger schlurfen eilig über die Gehsteige der Hauptstadt. Diese sind in der Regel vereist, wochenlang, obgleich die Räumung zahlreichen Kommunaldiensten anheimliegt. Doch wenig Organisiertes passiert. Mitunter nehmen sich Freiwillige der gefahrträchtigen Winterfolgen an, doch ist das eher die Ausnahme. Ich habe in den vergangenen Wochen zahlreiche Moskowiter schlittern und stürzen, liegen und sich aufrappeln sehen. Endlich zahlt es sich hier einmal aus, daß ich früher ein passabler Eisläufer war. Doch weniger einschlägig Vorgebildete wurden in Scharen den Ambulanzen vorgeführt, und Zeitungsberichte zeugen davon, daß dieser Zustrom den hiesigen Traumatologen zu neuen Durchbrüchen bei der Therapie von Knochenfrakturen verhalf. Der volkswirtschaftliche Schaden ist natürlich beträchtlich, denn die Moskauerinnen und Moskauer gingen ohne Rücksicht auf ihre berufliche Verwendung zu Boden. Die staatlichen Statistiker, die zehntausende von Bilanzen und Zahlen verwalten, haben jedoch über die Schadensfolgen der Eisstürze keine Daten zu Hand, wie die Literaturzeitung ermittelte. Zu diesem Thema wäre noch vieles anzumerken, doch wir belassen es hierbei. Denn dieses kleine Beispiel lehrt uns manches über den sowjetischen Alltag und Reformprozeß. Darauf kommen wir später zurück.

Einer von Stalins vielen Stürzen

Was hat sich seit einem Jahr verändert? Die westlichen Zeitungsberichte der letzten Monate deuten auf eine Krise der perestrojka. Der lange Urlaub des Generalsekretärs im letzten Sommer, die Selbstproklamierung des Politbüromitglieds und ZK-Sekretärs Ligacev zum ,,2. Sekretär'', die ,,Affäre El' cin'' im vergangenen Oktober, die bescheidenen Wirtschaftsdaten für 1987, der teilweise pogromartige Nationalitätenkonflikt im Kaukasus und die latenten Spannungen im Baltikum — das ist das Material, aus dem die Grabgesänge des Reformprojekts komponiert werden.

Den Augen des Beobachters bietet sich folgendes dar: eine noch größere Offenheit in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und der privaten Gespräche; eine Verschiebung des allgemeinen Interesses von Wirtschaftsfragen hin zu politischen Reformen; eine weitere Ausdifferenzierung, in manchen Fragen auch Polarisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins sowie der Gruppen- und Einzelinteressen; allgemeine Ratlosigkeit zum Karabach-/Armenien-Problem; eine kaum, wenn überhaupt bessere Versorgungslage; hier und da leicht verbesserte Dienstleistungen (von der Eisräumung entschieden abgesehen); und eine sich verbreiternde und aktivierende alternative politische Kultur, die sich in Diskussionszirkeln und Demonstrationen äußert.

All das ist schwer auf einfache Begriffe zu bringen. So wenig es eine akute Gefährdung der Reformpolitik gibt, so wenig ist ihr Gelingen gesichert. Bei vielen Vertretern des Reformflügels in Wissenschaft, Kultur und Politik ist der Optimismus gedämpfter — oder die Skepsis ausgeprägter — als vor einem Jahr. Dafür gibt es zwei Gründe. Die Repräsentanten des ,,Bremsmechanismus'', die Gegner des gesamten perestrojka-Projekts oder der Veränderungen in bestimmten Bereichen, geben sich keineswegs geschlagen. Sei der Widerstand nun aus individuellen Biographien, aus aktuellen Interessenlagen

GRÜN OUT?

»Grüne Theorie ist notwendig, und die kann sich weder bloß aus der roten noch sonst einer Traditionslinie speisen. Sie müßte sich auf Tendenzen der realen Entwicklung stützen, aber auch, wo nötig, historische Entwicklungen neu interpretieren. In all dem steht Grün erst am Anfang. Um so schlimmer, wenn dieser Anfang im parteipolitischen Gerangel zerrieben würde. Das muß aber nicht sein.« (Editorial 12/87) — Ohne Unterstützung von außen, ohne partei-unabhängige Formen der Meinungs- und Willensbildung drohen die Grünen zu scheitern. Für die Kräfte, aus denen sie entstanden und auf die sie sich stützen, wäre dies ebenso eine Niederlage. — Durch offene Debatten und gesellschaftliche Analyse steuert die *Kommune* dagegen, ohne sich im innerparteilichen Machtkampf instrumentalisieren zu lassen.

Ich bestelle:
☐ Einzelheft 7 DM
☐ Kennenlernpaket — 2 Hefte für 10 DM (altes Heft und neueste Ausgabe)
☐ Jahresabo (12 Hefte: 77 DM, Ausland 87 DM)

Bestellungen nur gegen Vorauskasse!

Name

Straße

PLZ/Ort

Kommune-Vertrieb · Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 1

FORUM FÜR POLITIK ÖKONOMIE · KULTUR
KOMMUNE

oder aus schematisch-ideologischen Motiven gespeist, er wird durchaus dem Geist der glasnost-Zeit entsprechend, zunehmend aktiv. Vor allem im kulturellen Bereich gibt es nicht wenige Konservative, die die neuen Möglichkeiten zur Gründung informeller Vereinigungen zur Publikation von Schriften sowie zur Äußerung von Positionen nutzen, die von der breiten Mitte des (im weiten Sinne) politischen, auf Veränderungen orientierten Diskurses abweichen.

Zum zweiten setzt sich in dieser zweiten Reformphase (seit Sommer 1987) immer mehr das Bewußtsein der enormen objektiven Probleme durch, die der Umsetzung der einzelnen Reformstrategien unweigerlich im Wege stehen. Das gilt vor allem für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch für die internationalen Beziehungen. Diese Probleme sind von einer solchen Dimension und Komplexität, daß sie auch bei einer breiteren und aktiveren Unterstützung für den Gesellschafts- und Systemwandel früher oder später den Zug der Veränderungen umleiten, auflaufen oder entgleisen lassen können.

Diese beiden Faktorbündel wirken subjektiv und objektiv auf Gestaltung, Konzeption, Umsetzung, Kontrolle und Korrektur der Reformpolitik ein. Ihre Bedeutung ist überall zu spüren.

> Die Reformdebatte ist politischer geworden und politisiert sich weiter

Allgemein fällt auf, daß die Reformdebatte politischer geworden ist und weiter politisiert wird. Wirtschaftliche Funktionsprobleme und die Strategien zu ihrer Überwindung nehmen noch immer breiten Raum ein, aber die Hauptauseinandersetzung wird heute um die politischen Veränderungen, um die Demokratisierung, die neue Öffentlichkeit und um die Geschichtsinterpretation geführt. Das gilt für die Diskussionen der Intelligenzia, der Politiker und allgemein für die aktiven Teile der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang werden große Erwartungen, aber auch Befürchtungen mit der kommenden Parteikonferenz (der ersten seit 1941) im Juni verbunden. Hier soll eine Bilanz der vergangenen drei Reformjahre gezogen, Korrekturen beschlossen und weitere politische Reformen vorangetrieben werden.

Im Vorfeld dieser Konferenz hat sich jetzt im Frühjahr der politische und publizistische Richtungskampf deutlich verschärft. Das ist zunächst eine verständliche, wohl auch begrüßenswerte Entwicklung — nun werden die stets und nun mehr denn je vorhandenen Interessenunterschiede weniger insgeheim und chiffriert, sondern deutlich erkennbar und zugespitzt ausgetragen. Die Gefahr ist jedoch, daß sich nun schon relativ früh, d.h. bevor das Ausmaß der Auffächerung und Degradierung sozialer und funktionaler Gruppen durch fundamentale Reformen richtig erkennbar und von diesen erfahren und begriffen wird, Plattformen einer grundsätzlichen konservativen Opposition herausbilden. Dabei wachsen tendenziell die Themen und Motive informeller reaktionärer, chauvinistischer Gruppen („Pamjat"), einiger intellektueller Zirkel (vor allem Schriftsteller und Publizisten aus der Russischen Republik) und einer bestimmten Parteiströmung zusammen.

Am 13. März erschien in der Zeitung „Sovetskaja Rossija" ein Artikel, der als „Brief einer Leningrader Hochschullehrerin" vorgestellt wurde. Unter dem Titel „Ich kann Prinzipien nicht preisgeben" reiht die angebliche Autorin, Nina Andreeva, Phänomene aneinander, die sie als „Abrücken vom Sozialismus" interpretiert.

Dabei werden einige Unklarheiten und offene Flanken der Reformpolitik ausgenutzt, manche interessante Frage gestellt. Vor allem aber mischt sich hier Dumpfes mit Falschem, es wird mißinterpretiert und angeschwärzt. Zu den Repressionen in der Stalinzeit: „hypertroph in der Wahrnehmung eines Teils der Jugend"; zum geistigen Zustand der Jugend und im besonderen eines Teils der Studenten: „es verstärken sich nihilistische Strömungen, es zeigt sich ideelle Verwirrung, eine Verschiebung politischer Orientierungen, sogar ideologische Vergiftung". Des längeren greifen die Autoren, gewiß keine Leningrader Dozenten, den Dramatiker Satrov an, der mit seinen politischen Bühnenstücken im In- und Ausland für Aufsehen sorgte — er „entfernt sich wesentlich von den akzeptierten Prinzipien des sozialistischen Realismus". Zdanov läßt grüßen.

Besonders am Herzen liegt den Verfassern die „Frage über den Platz I.V. Stalins in der Geschichte unseres Landes". Das Thema sei mit den Beschlüssen des XX. Parteitags 1956 erschöpfend behandelt. Heute hingegen würde die Frage des Personenkults künstlich mit der Industrialisierung, der Kollektivierung, der Kulturrevolution vermischt, mit Leistungen also, „die unser Land in die Reihe der großen Mächte der Welt erhoben" haben. Kein geringerer als Churchill wird bemüht, um den Rechtgläubigen mit einer (ihm allerdings fälschlich zugeschriebenen) Lobhudelei

Stalins beizuspringen. Seltsame Allianzen! Ja, die Zeiten damals waren hart, es gab auch Repressionen, aber wir waren damals noch bescheiden, vor allem die Jugend, die wir damals noch ,,zur Arbeit und zur Verteidigung" erzogen haben, wodurch ihre geistige Welt noch nicht durch zweifelhafte Erscheinungen der Massenkultur verwirrt wurde.

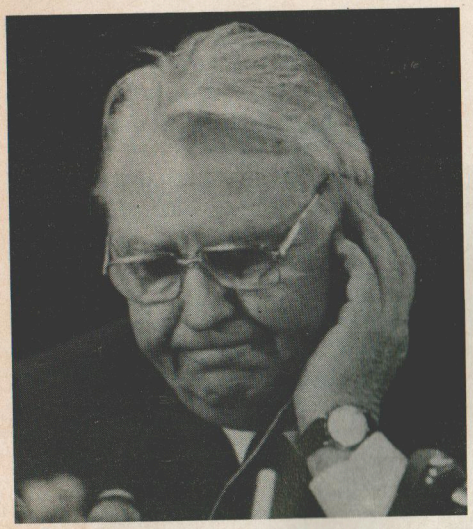
Doch das Manifest der ,,stalinschen Falken" beläßt es nicht bei der Beschreibung der Dekadenz, sondern es sucht den Dingen auf den Grund zu gehen: Aus ,,langen und offenen Gesprächen mit der Jugend ziehen wir die Schlußfolgerung, daß die Angriffe auf den Staat der Diktatur des Proletariats und auf die damaligen Führer unseres Landes nicht nur politische, ideologische und sittliche Gründe haben, sondern sie haben auch ihren sozialen Boden". Die Klassenanalyse der ,,Dozentin Andreeva" fördert zutage, daß neben den ,,professionellen Antikommunisten des Westens" und ihrer Losung des ,,Antistalinismus" auch die ,,Nachkommen der durch die Oktoberrevolution gestürzten Klassen", die ,,geistigen Nachfolger von Dan und Martov" und anderer menschewistischen Sozialdemokraten sowie die Anhänger von ,,Trockij oder Jagoda, die vom Sozialismus beleidigten Nachkommen der NEP-Männer, Basmatschen und Kulaken" im Land des Roten Oktober noch heute ,,leben und gedeihen". Kein Wunder also, daß sich die Vertreter eines ,,linksliberalen Intelligenzsozialismus" formieren, die die Geschichte des Sozialismus verfälschen, die mit der ,,Scholastik ethischer Kategorien" operieren. Kein Wunder auch, daß die Autoren des Manifestes noch eine weitere Abschweifung der ,,Linksliberalen" entdeckt haben — nämlich eine ,,offene oder maskierte kosmopolitische Tendenz, einen gewissen unnationalen ,,Internationalismus. . .". Und ganz folgerichtig schließlich, daß im selben Absatz Trockij mit der Bemerkung zitiert wird, er ,,sei nicht Jude, sondern Internationalist". Und so weiter und so fort: gegen die pazifistische Aufweichung des Verteidigungs- und des patriotischen Bewußtseins, ja, auch gegen die ,,Neoslawophilen", die sich dennoch unbestreitbare Verdienste erworben hätten, gegen die Überlegungen zu einer Entgrenzung von Partei und Staat, kurz und gut gegen die Gefahren eines ,,außersozialistischen Pluralismus".

Wochen nach dem Erscheinen dieses ,,Manifests des Widerstandes" beherrschte dieser Beitrag ungewisser Herkunft die internen Diskussionen. Gegenartikel wurden angefordert, verfaßt, beraten, doch nicht gedruckt. Die Gerüchte und Nachrichten wurden von Büro zu Büro telefoniert, in den Kabinetten war die ,,Dozentin aus Leningrad" zum Hauptthema geworden.

Schließlich erschien am 5. April ein ungezeichneter, d.h. autoritativer Artikel in der Parteizeitung ,,Pravda". Unter der Überschrift ,,Prinzipien der Perestrojka: das Revolutionäre des Denkens und Handelns" finden wir hier, ebenfalls auf einer ganzen Seite, kein abgewogenes Ausweichen, sondern eine direkte und fulminante Zurückweisung des Manifests. Die Tatsache, daß die Parteizeitung in einem offiziösen Beitrag dieser Länge auf einen ,,Namensartikel" in einer anderen Zeitung eingeht, ist höchst ungewöhnlich und muß als Reaktion auf die überall spürbare Ungewißheit über den weiteren politischen Kurs interpretiert werden. Der Prinzipien-Artikel, der aus der Umgebung des Politbüromitglieds Aleksandr Jakovlev stammt, läßt an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig, ohne in Aufgeregtheiten zu verfallen. Während lange Zeit gerade in den Verlautbarungen der Reformer das seltsame Bild einer ,,Revolution" seinen Platz hatte, in dem es zwar einen ,,Kampf des Alten mit dem Neuen" gibt, in dem aber alle ,,auf derselben Seite der Barrikade" stehen, ist nun unzweideutig vom ,,konservativen Widerstand" die Rede. Während im letzten Herbst der angeblich vom damaligen Moskauer Parteisekretär El'cin vertretene ,,Avantgardismus" unverdient im Zentrum einer künstlichen Erregung stand, wird nun der ,,Bremsmechanismus" von den Reformern ernst- und die Herausforderung angenommen: ,,Der konservative Widerstand gegen die perestrojka — das ist die Last der Gewohnheiten, der Gewohnheiten des Denkens und Handelns aus der Vergangenheit; das sind die kämpferischen egoistischen Interessen derer, die es gewohnt sind, auf fremde Kosten zu leben, und die von diesen Gewohnheiten nicht ablassen wollen".

In der heutigen, nicht leichten Lage, sei es wichtig, so die ,,Pravda", zu unterscheiden, was eine wirkliche Diskussion sei, und wo es den Versuch gebe, Demokratisierung und glasnost gegen sich selbst und gegen die perestrojka zu richten. Die ,,Pravda"-Antwort nimmt diejenigen ernst, die fragen, was unter den heutigen Bedingungen denn die ,,Prinzipien des Sozialismus" seien, und ob Demokratisierung, Öffentlichkeit und Reformpolitik nicht zu weit gingen. Aber sie erklärt, daß der Beitrag in ,,Sovetskaja Rossija" diesen Fragen nicht gerecht geworden sei. Es handele sich dabei um eine ,,ideelle Plattform, um ein Manifest der Anti-Perestrojka-Kräfte". Vor dem Hintergrund nicht unplausibler Spekulationen über sehr hochrangige Inspiratoren des ,,Sozialismus-in-Gefahr"-Beitrags ist die ,,Pravda"-Feststellung bemerkenswert, daß ,,eine völlige Unvereinbarkeit und Gegensätzlichkeit der Positionen des Artikels mit den grundlegenden Richtungen der perestrojka" gegeben sei. Das Manifest rufe dazu auf, Verbesserungen und Korrekturen an der Reformpolitik vorzunehmen, weil andernfalls die ,,Mächtigen" den Sozialismus retten müßten. Damit wird nicht weniger als der Versuch zurückgewiesen, eine innersowjetische ,,Breznev-Doktrin" zu konstruieren.

Deutlich verweisen die Verfasser der Antwort darauf, daß das ,,Verständnis für die Dramatik der Situation, in der sich das Land im Frühjahr 1985 befand" nicht genügend entwickelt sei. Nicht alle verstünden, daß das Potential der administrativen



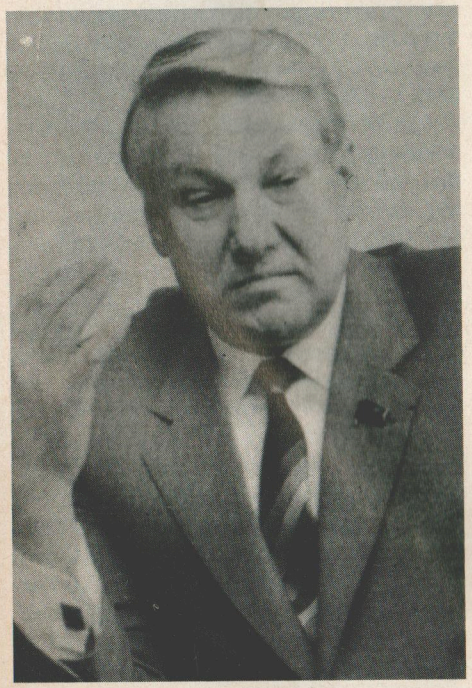
Ligacev (Ligatschow)

und Kommando-Methoden erschöpft sei. Alle, die noch auf diese Methoden oder ihre Modifizierungen hofften, müßten endlich verstehen, „daß es das alles schon gab, und nicht nur einmal, und daß es nicht zu den gewünschten Resultaten geführt hat". Das ist eine klare Zurückweisung derjenigen, die mit Hilfe von „Vervollkommnungen" und Modifikationen grundlegende Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus und der Sozialstruktur sowie des gesellschaftlichen Lebens vermeiden oder verhindern wollen.

„Wie muß also heute der Sozialismus ‚gerettet' werden?" fragen offensiv die Reformbefürworter:

„Entweder die autoritären Methoden, die Praxis des gedankenlosen Ausführens und der Unterdrückung von Initiativen bewahren? Eine Ordnung konservieren, bei der in prachtvoller Farbe Bürokratismus, fehlende Kontrolle, Korruption, Frechheit und kleinbürgerliche Wiedergeburt blühen?

> Es gibt bei den Reformern keine Fragen, die nicht gestellt würden



El'cin (Jelzin)

Oder zu den leninschen Prinzipien zurückkehren. . .?" Sei nicht die Zeit gekommen, so heißt es in dem Beitrag weiter, das Wesen des Sozialismus von den „historisch begrenzten Formen seiner Verwirklichung" zu unterscheiden, und aus einer wissenschaftlich-kritischen Analyse der eigenen Geschichte die „bitteren Lehren für die Zukunft zu ziehen? Dies ist praktisch eine Aufgabe der jahrzehntelang als Apologie verwendeten Formel des „realen Sozialismus". Es gibt bei den Reformern keine Fragen, bis hin zu den ersten (oder den letzten), die nicht gestellt würden. Sicher, der „Sozialismus" soll nicht aufgegeben, sondern gestärkt, gereinigt und entwickelt werden. Aber es wird gefragt: „Von was müssen wir uns lossagen, was mit uns nehmen. Welche Prinzipien und Werte müssen wirklich als sozialistisch eingeschätzt werden?" Und, unter Berufung auf Engels, heißt es, daß „für die Dialektik nichts ein und für allemal feststeht, gewiß, heilig ist." Mit dieser Einstellung, wenn sie denn durchgesetzt werden kann, werden Bibliotheken von dogmatischen Ideologiekonstrukten zur Makulatur, könnte sich das „neue Denken" auf Dauer festigen.

Mit wesentlich schärferen Worten als denen, mit denen vor einem halben Jahr El'cins angeblicher „Avantgardismus" verurteilt wurde, werden dem Manifest „antisozialistische Stimmungen" attestiert. Die Andreeva-Position erinnere an die „bekannten stalinsche Behauptung über die Verschärfung des Klassenkampfes im Prozeß des sozialistischen Aufbaus, die tragische Ereignisse nach sich gezogen" habe. Das sind deutliche Worte. Mit dem „Pravda"-Beitrag ist die konservative Gegenoffensive zunächst gestoppt, sind manche Spekulationen korrigiert worden.

Aber es wäre falsch, und für die hiesigen Reformer verhängnisvoll, nicht zu sehen, daß sich die politische und gesellschaftliche Situation tatsächlich zugespitzt hat und daß diese Tendenz sich parallel zum Fortschreiten tiefgreifender Reformen noch verstärken wird. Teile der Bürokratie und der Arbeiterschaft, nationale Gruppierungen und manche Teile der Intelligenz sehen entweder ihre Besitzstände bedroht oder neue Möglichkeiten heranreifen. Gleichzeitig verschieben sich parallel zum Systemwandel auch die Erwartungen, Ansprüche leben wieder auf oder entstehen neu. Dies ist der „subjektive Faktor". Gleichzeitig sind die objektiven Möglichkeiten zur Befriedigung materieller, sozialer und nationaler Hoffnungen und Wünsche auf absehbare Zeit äußerst begrenzt. Wird das „Erheben des Kopfes" (Gorbacev), das jetzt langsam, langsam durchs Land geht, dafür entschädigen?

Der „objektive Faktor", er ist noch schwerwiegender. „Wir wissen genau", so Gorbacev neulich bei dem Treffen mit einer Delegation der italienischen KP, „daß wir vorwärts gehen müssen und nur vorwärts. Die Alternative zur perestrojka das ist Stillstand, Krise, gar nicht zu reden vom Schicksal des Sozialismus".

Aber in welche Richtung und wohin weitergehen? Dazu gibt es hier sehr unterschiedliche Vorstellungen. Die Parteikonferenz im Juni soll politische Reformen beschließen. Das würde bedeuten, daß die Kompetenzen und vor allem das praktische Funktionieren von Parteigremien und Staatsorganen auf allen Ebenen deutlicher voneinander abgegrenzt werden, um damit die ständige Einmischung von Parteisekretären und -komitees in die praktische Arbeit der Verwaltungen und der Betriebe zurückzudrängen. Präzisiert werden sollen auch neue Wahlverfahren für die Räte — den Sowjets soll bekanntlich eigentlich die „ganze Macht" gehören — und auch für die Parteikomitees. Die Auswahl unter mehreren Kandidaten und ein geheimes Wahlverfahren sollen gesichert werden.

Doch es gibt auch Überlegungen, die weiter reichen. Boris Kursvili, Mitarbeiter des Akademieinstituts für Staat und Recht und einer der Vordenker weiterer Veränderungen des politischen Systems, plädiert in Zeitungsbeiträgen für die Gründung einer „demokratischen Union",

eines ,,breiten demokratischen Bundes". Dabei soll es zwar nicht um eine ,,Partei der Parteilosen" gehen, aber doch um eine ,,autonome gesellschaftlich-politische Organisation. . . mit eigenen politischen Wurzeln, mit ihrem Gesicht, mit Autorität, mit Würde, mit selbständigen Beschlüssen und mit der Fähigkeit, sie auch umzusetzen". Mit einer solchen Organisation sollen nicht nur, aber doch vor allem Personen und gesellschaftliche Strömungen in den politischen Prozeß einbezogen werden, die sich in der Partei nicht wiederfinden. Ob es eine solche Plattform geben wird, bleibt abzuwarten.

Aber schon jetzt gibt es ein reiches, den Reformprozeß teilweise ergänzendes, in Teilen aber auch alternatives politisches Leben. Zahlreiche Klubs und Vereinigungen, die nicht offiziell ,,registriert", d.h. anerkannt sind, arbeiten zu allen möglichen politischen, sozialen, ökologischen, historischen Fragen. Informelle Schriften und Zeitschriften werden vertrieben, Petitionen verfaßt und Unterschriften gesammelt. Das ideologische Spektrum dieser Aktivitäten ist sehr breit — es reicht von nationalistischen, antisemitischen Tendenzen bis hin zu anarchosyndikalistischen Strömungen. Während der unmittelbare politische Einfluß dieser Gruppen begrenzt ist, gewinnen sie dadurch ein gewisses Gewicht, daß die Grenzen zu dem ,,offiziellen" politischen Diskurs- und Aktionsrahmen oft fließend und durchlässig sind. Ausdrückliche Ausgrenzungen einzelner Personen oder Gruppen durch die Medien finden statt, aber insgesamt weit vorsichtiger und zurückhaltender als in den siebziger Jahren. Im Prinzip ist eine Vielfalt des politischen Lebens als ,,sozialistischer Pluralismus" anerkannt.

Viel Unsicherheiten gibt es dagegen noch vor allem bei den lokalen Verwaltungen und Parteikomitees über den Umgang mit den sich häufenden Demonstrationen. Die meisten entsprechenden Anträge werden wohl abgelehnt, was wiederum gelegentlich in der Presse getadelt wird. Kommt es dann dennoch zu Versammlungen, ist das Verhalten der jeweiligen Staatsorgane widersprüchlich. Aus Anlaß des 35. Todestages Stalins hatten der Klub ,,Perestrojka 88" und andere zu Demonstrationen auf dem Oktoberplatz (6. März) und einen Tag später in dem Park ,,Krasnaja Presnja" aufgerufen. Die Losungen waren: für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Stalinismus, aber auch für die Freilassung aller politischen Häftlinge, gegen die ,,Allmacht der Bürokratie", für ,,Pluralismus statt Monopole", für die Freiheit der Presse, der Versammlungen, die Abschaffung der Zensur, die Öffnung der Archive u.a.m. Am 6. März, auf dem belebten Oktoberplatz, wurden alle Versuche zur Formierung der Demonstration von Polizei und Sicherheitskräften rüde unterbunden. Schneepflüge ,,räumten" die Gehsteige, und 18 Personen wurden verhaftet. Acht Teilnehmer wurden wenig später wegen ,,Widerstandes gegen die Staatsgewalt" zu 14 Tagen Haft verurteilt. — Dagegen verlief die Veranstaltung einen Tag später in dem etwas abgelegenen Park in der Form einer Prozession, mit Kerzen und Bildern, aber ohne Transparente, im wesentlichen ungestört. Auch freie Versammlungen und Ansprachen von Armeniern zum Karabach-Problem auf dem armenischen Friedhof in Moskau wurden zunächst einige Wochen geduldet und schließlich verboten.

Darin ist viel Unsicherheit, Ratlosigkeit, Unkenntnis im Umgang mit autonomen Äußerungen und Aktionen. Auch das ist unvermeidlich. Beide Seiten werden lernen, wenn dies denn eine ,,Schule der Demokratie" ist, wie die Reformer in den Institutionen wohlwollend, aber auch beunruhigt meinen. Sie halten diese organisierte Unruhe von unten zwar für verständlich, vielleicht für unvermeidlich, aber sie sehen darin auch ein freies Zuspiel von wohlfeilen Argumenten für diejenigen, die ,,Krokodilstränen um den Sozialismus" vergießen, für die konservativen Manifestanten. Sie halten vieles, was in den Klubs und Küchen gedacht und gefordert wird, für naiv. Auch darin ist Wahres. Aber es ist ein Teil des Systemwandels, es muß ernstgenommen, als autonome Artikulation nicht nur toleriert, sondern als Äußerung eigenständigen Mitwirkens aufgenommen werden. Dies sind Probleme und Fragen von Bedeutung auf längere Sicht.

> All das wird derzeit überschattet von aktuen Nationalitätenkonflikten

All das wird derzeit überschattet von den teils latenten, teils akuten Nationalitätenkonflikten. Hier zeigt sich in besonderer Klarheit das Auseinanderklaffen von partiellen Interessen und Staatsraison, auch und gerade in Zeiten der perestrojka, aber auch die kaum überbrückbare Differenz von subjektiven Wahrnehmungen und Wünschen und objektiven Handlungsspielräumen. Die daraus resultierende Rat- und Hilflosigkeit ist es wohl, die die Moskauer Parteiführung zum Lavieren und die zentrale Presse, vor allem die ,,Pravda", zum Ausweichen, Weglassen und auch Verfälschen veranlaßt. Das ist ein deutlicher Einbruch der sonst spürbaren, neuen Informationspolitik. Aus dem Versuch die sozialökonomischen, religiösen, historischen Ursachen des Konflikts zwischen Armeniern und Azerbajdschanern auf einige lokale Aufwiegler und auf die Hetze ausländischer Rundfunksender zurückzuführen, sprechen auch Unsicherheit und Angst. Wenn über die Frage der administrativen Zugehörigkeit Karabachs ein Referendum durchgeführt würde, könnte man etwa den Balten eine Abstimmung zu anderen Fragen schlecht verwehren. Die Sorge nicht über einen Flächenbrand, aber über mögliche Kettenreaktionen ist überall spürbar. Die Abtrennung von Teilen des Unionsverbandes bleibt weiter undenkbar. Und selbst dies einmal durchdacht — die dann völlig unklare Stellung des nordwestlich gelegenen Gebiets Kaliningrad (früher Königsberg) würde auch Polen betreffen und an die deutsche ,,Frage" rühren. . . Aus diesen nur skizzierten Gründen bleiben die Moskauer Reaktionen auf die Manifestationen im Kaukasus, trotz aller Zugeständnisse im Detail, wächsern und hilflos. Für die nähere Zukunft ist keine Lösung zu erkennen. Die Stimmung in Stepanakert und in Erevan ist jetzt, Anfang April, auch nach sowjetischen Zeitungsberichten alles andere als beruhigt. Das Zentralkomitee der Partei soll nicht weniger als 26 aktuell oder potentiell ,,heiße Punkte" nationaler Konfliktlagen ermittelt haben. Letzten Endes kann kaum eine der dadurch aufgeworfenen Fragen über Grenzkorrekturen gelöst werden. Gefordert wäre eine durchdachte, organische und dezentralisierte Politik, die zugleich ein Abbröckeln einzelner Gebiete wie auch eine Verschärfung interregionaler Ungleichgewichte vermeiden kann. Das verweist wieder auf die Ebene der objektiven, strukturellen Probleme, die auch unabhängig von Stimmungen und Aufregungen, von Unterstützung und Widerstand des großen Reformprojekts auf der Tagesordnung der nächsten Jahre, Jahrzehnte bleiben werden.

Vielleicht läßt sich vieles aus dem Bereich der ,,großen Probleme" kaum oder gar nicht zentral regeln oder steuern, ebensowenig wie die Eisräumung der Moskauer Straßen. Einfache Reorganisation, die Verschiebung von Besoldungsskalen und öffentliche Appelle stehen in keiner erkennbaren Relation zur Entwicklung der Zahl der Knochenbrüche. Natürlich geht das städtische Leben dennoch weiter, wenn auch rutschend und in Ungewißheit, wo der Weg jeweils endet. Und außerdem sind die Straßen inzwischen ganz ungeplant eisfrei, weil der Frühling begonnen hat. . .

Bert G. Fragner

Nationalität und „Glasnost“ in der Sowjetunion

Neue Anbaugebiete im Süden der UdSSR

„Tjurm narodow“, den „Völkerkerker“, haben Revolutionäre, Aufklärer und Humanisten das alte, zaristische Rußland genannt. Von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an, besonders aber im 19. Jahrhundert, nahm Rußland den Charakter einer für die damalige Zeit typischen Kolonialmacht an. Während sich Holländer, Briten und Franzosen, später auch das wilhelminische Deutsche Kaiserreich, beim Ausbau ihrer Kolonialreiche auf ihre Stärke als Seemächte verließen und dieserart ihre Weltreiche schufen, expandierte Rußland durch die militärische Gewalt seiner Landstreitkräfte. Dadurch wurde Rußland zu einer Kolonialmacht, die über ein geschlossenes Territorium verfügte. Über ein Jahrhundert lang konnte die koloniale Unterwerfung fremder Völker der russischen und europäischen Öffentlichkeit als das „Streben nach sicheren Grenzen“ im Kampf gegen „wilde, bedrohliche Völker“ am Rande des russischen Imperiums verkauft werden. In Wirklichkeit war diese aggressive Politik durch den Wettlauf mit den Engländern um die Eroberung des Irans, des Kaukasus', Mittelasiens und Afghanistans gekennzeichnet. In England wurde diese Rivalität in Asien, die mit allen Mitteln — Diplomatie, Wirtschaft, Krieg und Spionage — ausgetragen wurde, — als das „Great Game“, das „Große Spiel“, bekannt. Rudyard Kiplings berühmter Roman „Kim“ hat das „Große Spiel“ vollends populär gemacht. Das Spiel-Ziel der Russen war die Erreichung des Indischen Ozeans. Das englische Ziel war die Verhinderung des russischen Ziels bei gleichzeitigem Vordringen nach Mittelasien, so weit wie möglich. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Spiel „unentschieden“ aufgegeben. Die Russen blieben an der Südgrenze der heutigen Sowjetunion stehen. Die Engländer begnügten sich mit der Westgrenze Britisch-Indiens. Nord- und Mitteliran wurden einstweilen russische, Südiran und Afghanistan als englische Einflußzonen gegenseitig anerkannt.

Das war der äußere weltpolitische Rahmen der russischen Kolonialexpansion. Der innere Gesichtspunkt, von der Warte der unterworfenen Völker her gesehen, war ein anderer: Im Kaukasus und in Mittelasien geriet eine große Zahl gesellschaftlich, kulturell und sprachlich vielfältiger, zum Teil sehr alter Völker unter russische Fremdherrschaft.

Die meisten dieser Völker waren kulturell und religiös durch den Islam geprägt. Die bis heute islamischen Tataren und Baschkiren zwischen Wolga und Ural waren schon um 1500 der russischen Krone unterworfen und der Diskriminierungspolitik der orthodoxen Staatskirche ausgeliefert worden. Viehzüchter, reiternomadische Stämme, wie Kasachen, Kirgisen

> Die Revolution von 1917 weckte Hoffnungen auf die Lösung der nationalen Frage

und Turkmenen, fielen dem russischen Kolonialismus genauso zum Opfer wie die städtischen und landwirtschaftlichen, seit dem Altertum hochstehenden Zivilisationen rund um die Städte Samarkand und Buchara. Jahrtausendelang hatten sie den wirtschaftlichen und kulturellen Umschlagplatz zwischen China und dem Vorderen Orient, also dem östlichen Mittelmeerraum dargestellt. Ein Jahrtausend hindurch gehörten sie der Zivilisationswelt des Islams an, einem wirtschaftlichen und kulturellen Verkehrs- und Kommunikationsnetz, das von Nordwestafrika bis nach Indien reichte. Die russische Eroberung machte aus Mittelasien ein entlegenes Randgebiet eines Reiches, das seine Zentren in Osteuropa hatte.

Im Kaukasus existierten seit altersher Völker, die sich den Wellen der Islamisierung widersetzen konnten. Früher christianisiert als die meisten Gebiete Europas, erhielten sich Georgier und Armenier ihre

kulturellen und kleinteiligen wirtschaftlichen Eigenheiten inmitten einer zunehmenden Umgebung islamischer Völker. Der Preis dafür war der Verlust politischer Machtstrukturen, die von Angehörigen dieser Völker getragen waren. Vom 13. Jahrhundert an gab es keine armenische staatliche Eigenständigkeit mehr, die georgischen Könige wurden auf den Rang iranischer Provinzstatthalter hinuntergedrückt. Kulturelle und sprachliche Autonomie blieb dadurch erhalten, daß in den mittelalterlichen islamischen Staaten den christlichen Regionen und Gemeinden der Georgier und Armenier ein religiöses Sonderstatut mit sehr begrenzter Autonomie eingeräumt wurde. Religiöse und nationale Traditionen verschmolzen bei allen diesen Völkern miteinander. Für Armenier und Georgier wurden ihre jeweiligen christlichen Kirchen zum Symbol ihrer jahrhundertelang verteidigten Nationalkultur. Die Religion des Islams wurde bei vielen muslimischen Völkern zum Aufhänger für den Widerstand gegen die russische koloniale Eroberung im 19. Jahrhundert.

Schon vor 1800 stellte sich das Königtum Georgien unter russischen Schutz, um der Oberhoheit des Irans zu entgehen. 1812/13 eroberte ein russisches Heer die bis dahin iranischen Gebiete der heutigen SSR Aserbaidschan (Hauptstadt: Baku), 1828 nahmen die Russen den Iranern die

Im 19. Jahrhundert wurde Rußland eine typische Kolonialmacht

Provinzen Eriwan und Nachitschewan ab. Süd-Aserbaidschan blieb bis heute eine iranische Provinz. Der Einfachheit halber behielten die Russen die alten — früher iranischen — Provinzgrenzen bei. Die Bevölkerung all dieser neuen russischen Gebiete war sehr gemischt. Christliche Armenier lebten in großer Zahl vor allem in den Städten, auf dem Land lebten überwiegend türkische Dialekte, persisch und kurdisch sprechende Muslime. Nur in der 1813 den Iranern abgenommenen Provinz Karabach lebte seit altersher eine geschlossene, armenische Bauernbevölkerung. Erst die russische Herrschaft propagierte nach 1830 die Provinz Eriwan als Einwanderungsgebiet für die seit Jahrhunderten weltweit zerstreuten Armenier, die der Aufforderung, in ihre Heimat zurückzukehren, in großer Zahl nachkamen. Noch um 1830 lebten in der Provinz Eriwan nicht mehr als 30 Prozent Armenier, in den achtziger Jahren war ihr Anteil auf über 80 Prozent gestiegen. Für die russische Regierung war das eine ,,Teile-und-herrsche!"-Politik, zum anderen bedeutete die Armenier-freundliche Politik auch die Stärkung des Christentums in der traditionell islamisch geprägten Region des südlichen Kaukasus. 1878 gewann Rußland auch die beiden angrenzenden Provinzen Kars und Ardahan des Osmanischen Reiches, die gleichfalls historisches Stammland der Armenier und damals auch stark armenisch besiedelt waren.

Im nördlichen Kaukasus verlief die russische Eroberung nicht so ungestört. In den unzugänglichen Gebirgen leisteten die dortigen muslimischen Völker unter der Anleitung religiöser, wie Heilige verehrter Führungspersönlichkeiten nahezu fünfzig Jahre lang erbitterten Widerstand gegen die Fremden. In dem Roman ,,Hadschi Murat" schilderte Lew Tolstoi die Ereignisse jener ,,Kaukasus-Kriege", die Bestandteil des russischen Kolonial-Mythos wurden. Der berühmteste Führer dieses Widerstandes war der Daghestaner ,,Imam Schamil".

Die Steppengebiete Mittelasiens wurden als Neuland an einströmende russische Siedler abgegeben, die kasachischen, nomadischen Viehzüchter wurden ihrer besten Weidegebiete beraubt und in die Halbwüsten der Berge zurückgedrängt. Die Oasengebiete Mittelasiens boten die Gelegenheit, die russische Textilindustrie vom Import amerikanischer und ägyptischer Baumwolle unabhängig zu machen. Aus einem uralten Landwirtschaftsgebiet von üppiger Produktenvielfalt wurde eine umfassende Baumwollmonokultur in Diensten der zentralrussischen Industrie. Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Feindschaft gegenüber den privilegierten, einwandernden Kolonisten und die politische Fremdherrschaft führten zu einer Kette von Aufständen, die ideologisch von religiösem Fanatismus getragen waren. Einheimische Grundherren und Stammesführer kooperierten teilweise mit der neuen Kolonialmacht, zum Teil fühlten sie sich selbst von den Russen verdrängt und unterstützten die Aufständischen.

Die Forderung nach Beseitigung der nationalen Unterdrückung durch das zaristische Rußland gipfelte in den Hoffnungen, die in den beiden Revolutionen von 1917 gesetzt wurden. Die Bolschewiki, Lenins Partei, waren sich der Bedeutung der ,,Nationalen Frage" für die Gesellschaft Rußlands von Anfang an bewußt. Während aber die Befreiung vom kolonialen Joch für viele nichtrussische Revolutionäre die wichtigste Forderung war, stand es für die Bolschewiki außer Zweifel, daß eine klassenkämpferische Strategie die Lösung der ,,Nationalen Frage" mehr oder weniger automatisch miteinschließen würde.

Lenin selbst war ein heftiger Kritiker dessen, was er den ,,groß-russischen Chauvinismus" bezeichnete. Seine Beseitigung war für ihn sowohl Voraussetzung für den Erfolg als auch zu erwartendes Ergebnis der sozialistischen Revolution. Manchen kommunistischen Theoretikern der Revolutionszeit war das noch zu wenig. Der hohe Parteiführer Sultangaliew, ein Tartare, später verfolgt, verfemt und künstlich vergessen, plädierte für den Vorrang der kolonialen Befreiung der unterdrückten Völker vor dem sozialistischen Umbau der gesamtsowjetischen Gesellschaft nach zentralrussischem Muster. Für ihn war die Befreiung ,,seiner" Völker der Prüfstein für den Erfolg der sozialistischen Revolution schlechthin. Er träumte von einer ,,Internationalen der Kolonialvölker", parallel zur Kommunistischen Internationale. Der Befreiungsprozeß sollte durch die Völker selbst, nicht durch das Industrieproletariat des Westens (einschließlich Rußlands) erfolgen. In Stalins Konzept vom ,,Aufbau des Sozialismus in einem Land" hatten solche Vorstellungen keinen Platz. Schon 1912 hatte Stalin in Wien die Schrift ,,Marxismus und nationale Frage" als Polemik gegen die Selbstverwaltungsideen verfaßt, die die Austromarxisten Otto Bauer und Karl Renner 1907 für das damalige Österreich-Ungarn zu Papier gebracht hatten. Nationen und

Nationalitäten sollten nach Stalin eigene Territorien zugewiesen bekommen. Die Macht sollte jedoch bei der Kommunistischen Partei liegen, und die müsse internationalistisch, überregional sein.

Noch war es nach der Revolution nicht so weit. In Georgien, Armenien und Aserbaidschan entstanden nationalistische Republiken, die ersten Nationalstaaten dieser Völker. Die Parlamentsmehrheit lag in keiner dieser Republiken bei den Kommunisten, sondern bei nationalistischen, sozialdemokratischen, vor allem antirussischen Parteien. Noch vor 1920 kam es zu kriegerischen Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die Armenier wollten das urarmenische Karabach-Gebiet, die Aserbaidschaner, die zeitweise mit dem Osmanischen Reich kooperierten — in dem weniger Jahre zuvor ein fürchterliches Armeniermassaker stattgefunden hatte — verlangten die aserbaidschanisch besiedelte Provinz Nachitschewan von Armenien.

1920 waren die Träume von der nationalen Unabhängigkeit zu Ende. Die Rote Armee eroberte Georgien, Armenien und Aserbaidschan. In der Folge wurden die Hoffnungen der armenischen Nationalisten besonders stark beschnitten: wenige Jahre später trat die Sowjetunion in der Hoffnung auf ein Bündnis mit der Türkischen Republik Kemal Atatürks die Provinzen Kars und Ardahan an die Türkei ab. Nachitschewan wurde — obwohl rundum von armenischem Gebiet umschlossen — an Aserbaidschan gegeben. Karabach verblieb bei Aserbaidschan mit dem Argument, es bestünden keine territorialen Verbindungen zur SSR Armenien. Der weitere Konflikt wurde vorprogrammiert.

Einer der Gründe für diese willkürliche Aufteilung lag sicherlich darin, daß man seitens Moskaus den Aserbaidschanern aus Gründen der Machterhaltung entgegenkommen wollte. Eine weitere Rolle spielte das wohl schon zu jener Zeit entwickelte bürokratische Denken: SSR Armenien ist territorial identisch mit der alten iranischen Provinz Eriwan, die vom zaristischen Rußland 1828 unverändert übernommen worden war. Karabach, in den Provinzgrenzen von 1813, wurde mit allen anderen Provinzen Südost-Kaukasiens zu Aserbaidschan geschlagen. Das einzige „Marxistische" an dieser „Lösung" des Nationalitätenproblems bestand in der Tatsache, daß Karabach der Status eines „Autonomen Gebiets" eingeräumt wurde. So einfach war das.

Mit dem „Aufbau des Sozialismus in einem Land" wurden alle weiteren Hoffnungen auf eine Emanzipation der ehemals kolonialen Völker Rußlands mit sozialistischer Perspektive zerschlagen. Gemeinsam mit der Kollektivierung wurde das nomadische Stammeswesen der Kasachen zerstört. „Seßhaftmachung der Nomaden" war das Schlagwort — nur waren die fruchtbaren Gebiete der Kasachensteppe bereits in den Händen russischer Bauern. Mit der „Seßhaftmachung" verlor etwa ein Drittel der Kasachen in den dreißiger Jahren das Leben.

In Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenien wurde das alte zaristische Konzept von der Baumwollmonokultur wiederbelebt. Die Entscheidungsmacht wurde endgültig in Moskau konzentriert. Das alte Oasenland wurde eine von Kunstdünger und Chemikalien getränkte Baumwollwüste, die Flüsse ergossen sich anstatt in den Aralsee alljährlich über die Baumwollfelder, mit den heute bekannten ökologischen Folgen. Die „Nationale Frage" wurde Anfang der dreißiger Jahre per Dekret als „gelöst" erklärt.

Alles Ungelöste kehrte man unter den Teppich — darüber zu reden oder gar Öffentlichkeit herzustellen, galt als sowjetfeindlich. Und nun besteht nach mehr als fünfzig Jahren — endlich! — „Glasnost". Ist es da ein Wunder, daß nunmehr alles Schwierige, Ungesagte, Unbehandelte mit einem Mal ausgesprochen, diskutiert und vorgetragen wird? Es gibt wohl kein Problem wie das der Nationalitäten in der UdSSR, das Gorbatschow und seinen Leuten in der nächsten Zeit so viel zu schaffen machen wird. Völkerrechte, die ein halbes Jahrhundert lang ignoriert worden sind, stehen zur Debatte. Mit schlichten Deklarationen, Schuldzuweisungen, Anfeindungen gegen die „Nationalisten", sie würden Glasnost gegen Perestrojka instrumentalisieren, unter dem Deckmantel des „Nationalen" hätten sich nur die Feinde des Umbaus verborgen — so zu lesen in der „Volksstimme" vom 20.3.1988 — wird die Sowjetmacht mit ihrem Erbe des zaristischen Kolonialismus nicht fertig werden.

(aus: die alternative Nr. 4, April 1988)

Dieter Maier

Ziel verfehlt?

„Die Contras haben ihr Ziel völlig verfehlt", urteilt die Militärzeitschrift Military Technology kurz vor dem Waffenstillstand (XII/1 1988). Ihre Ausrüstung ist gut, aber ihr Mangel an Disziplin und militärischer Organisation hat sie nie zu einer wirklichen Guerillatruppe werden lassen. Von einem militärischen Sieg sind sie weit entfernt. Allerdings können sie, gedeckt von ihrem Hauptquartier in Honduras, in Nicaragua operieren und sind gut im Anlegen von Hinterhalten und Minen. Soweit die Zeitschrift.

Ein vernichtenderes Urteil hätte sie nicht fällen können. Gemessen an ihrem Anspruch, ein Stück des nicaraguanischen Territoriums zu erobern und eine Gegenregierung auszurufen, sind die Contras gescheitert. In einem konventionellen Krieg mit definiertem Schlachtfeld hätten sie sich ergeben müssen. Im Zeitalter unerklärter Kriege aber sind die Ressourcen und die Sabotagefähigkeit einer Truppe kriegsentscheidend. Die Hinterhalte der Contras, ihre Angriffe gegen wirtschaftliche Ziele und ihr Terror gegen die Zivilbevölkerung waren nicht zu brechen. Die Unterstützung durch die USA war dem, was die Regierung in Nicaragua zur Verfügung hatte, um ein vielfaches überlegen.

Politisch konnten die Contras die Guerillataktik, mit der einst die Sandinisten gegen Somoza gekämpft hatten, nicht für ihre Zwecke umdrehen. Ihre Unterstützung bei der Bevölkerung bleibt begrenzt. Technisch aber operierten sie als Guerilleros. Sie zwangen Nicaragua eine Kriegswirtschaft auf, die viele emanzipatorische Perspektiven, die sich nach dem Sturz Somozas gezeigt hatten, verschüttete. 40 % des nicaraguanischen Staatshaushaltes gehen für Militär und Polizei drauf.

Die nicaraguanische Regierung konnte sich diesen Aderlaß nicht mehr leisten. Sie setzte sich mit den Contras an den Verhandlungstisch und machte Zugeständnisse, die sie gegenüber der eigenen Bevölkerung kaum vertreten konnte. So wurde aus der verdeckten militärischen Niederlage der Contras ein politischer Sieg.

Es bleibt abzuwarten, ob der Waffenstillstand hält und ob sich die Contras als innenpolitische Opposition etablieren können. Die USA jedenfalls haben das erreicht, was sie unterhalb der Schwelle zur Eroberung Nicaraguas erreichen konnten: ihre Intervention war richtig dosiert und wurde gegenüber dem eigenen Fernsehpublikum gut und international leidlich verkauft. Mit einem Minimum an eigenen Verlusten bei vernünftigem finanziellen Aufwand haben sie es geschafft, daß Nicaragua kein Vorbild mehr für andere Länder ist.

Rainer Werning

Südkoreas „vor-olympische Freiheit"

Mit seiner „Acht-Punkte-Erklärung" vom 29. Juni 1987 war Ex-General Roh Tae Woo mit einem Schlag der Mann der Stunde. Sie wurde als „Wunder" und er als „Demokratiebringer" gefeiert. Durch die fast wortgetreue Übernahme der zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition trug er maßgeblich zu deren Paralysierung bei. Verkörperte Roh mithin nicht doch eine akzeptable Alternative, die, läßt man ihr nur Zeit zur Entfaltung, die Trümmer des ancien regime beiseiteschafft? Es mochten wenige gewesen sein, die im vergangenen Sommer so dachten. Doch offensichtlich wuchs deren Zahl, je näher mit den Präsidentschaftswahlen vom 16. Dezember die „Entscheidungsschlacht" heranrückte und Weichen für die Zukunft gestellt werden sollten.

Bis zum Herbst 1987 hatte das herrschende Militärregime sein Bekenntnis zur Demokratisierung und Liberalisierung bekräftigt, war die parlamentarische Opposition mit ihren beiden Kims in der Partei für Wiedervereinigung und Demokratie (RDP) geeint und hatte sich die Bevölkerung in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für die Direktwahl des Präsidenten ausgesprochen.

Dann ereigneten sich zwei ,,brisante Vorfälle'', die das innenpolitische Klima nachhaltig beeinflussen sollten. Ende November stürzte eine aus dem Mittleren Osten kommende und mit nahezu ausnahmslos Gastarbeitern besetzte südkoreanische Verkehrsmaschine über birmanischem Staatsgebiet ab. In Seoul verdichtete sich eine dumpfe Vermutung in Windeseile zur bizarren ,,Tatsache''. Die Schuldigen wurden jenseits des 38. Breitengrades in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang gesucht. Das spätere telegene und zeitgemäße ,,Geständnis einer nordkoreanischen Spionin'', gemeinsam mit einem Komplizen den Absturz des Flugzeugs durch einen an Bord geschmuggelten Sprengsatz verursacht zu haben, galt als ausgemachte Sache. In Seouls Straßen wurde lautstark zur staatlich sanktionierten Lynchjustiz aufgestachelt. Die Köpfe von Nordkoreas Führer Kim Il Sung und dessen designiertem Sohn-Nachfolger Kim Jong Il sollten ,,rollen''! Daß sie bzw. die Partei- und Staatsführung der Demokratischen Volksrepublik einen mit südkoreanischen Arbeitern besetzten Jet vom Himmel schießen, mag einen ,,Sinn'' ergeben, wenn man das seit dem Korea-Krieg (1950 - 53) beharrlich gepflegte (Zerr)Bild verinnerlicht hat, wonach in Nordkorea das schlechthin ,,Diabolische des Kommunismus'' versteinert ist. Wer sich einmal der lohnenswerten Mühe unterzieht, die Zeitungen jener Tage durchzublättern, wird rasch begreifen, daß der Korea-Krieg nicht nur ,,unser'' innenpolitisches Klima (z.B. in der Debatte um die Wiederaufrüstung) nachhaltig beeinflußte, sondern der hiesige Antikommunismus den Löwenanteil seiner Munition gerade aus den Bombentrichtern entlang des 38. Breitengrades bezog. Dennoch: der Flugzeugabsturz über Birma wurde vom Regime — gerade im Wahlkampf — in seinem Sinne instrumentalisiert.

Schließlich durchlebte die parlamentarische Opposition ihren eigenen ,,Absturz'' mit unübersehbar verstreuten ,,Wrackteilen''. Durch die wenige Wochen vor dem Wahltermin gegründete Partei für Frieden und Demokratie (PDP) hatte sich Kim Dae Jung aus der Phalanx der bis dahin geeinten Opposition ausgeklinkt und sich neben Kim Young Sam als die Garantie für die Beendigung der Diktatur empfohlen. Aus der Möglichkeit, den herrschenden Militärs mit dem Stimmzettel den Laufpaß zu erteilen, war plötzlich die Kontinuität der Vergangenheit zur Gewißheit geworden. Mit 35,9 % der Stimmen gelang es Roh, sich vor seine Rivalen Kim Young Sam (27,5 %) und Kim Dae Jung (26,5 %) zu plazieren.

Worin wurzelte dieses Desaster der Opposition? Welche Perspektiven ergeben sich daraus für die politische Kultur des Landes?

Opposition in der Bredouille

Mit seiner ,,Acht-Punkte-Erklärung'' und der danach in Aussicht gestellten Liberalisierung brachte Roh die Opposition in Zugzwang, die nun ihrerseits politische Kontrapunkte gegenüber dem Regime setzen mußte. Roh vermochte zudem einen Großanteil der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß nur mit ihm ein geordneter und schrittweiser Wandel zum Besseren möglich sei. Diese (zunächst verbale) Konzession gewann angesichts der Zersplitterung in den Reihen der parlamentarischen Opposition an Durchschlagskraft und erhielt zusätzliche Nahrung durch deren dünne Programmatik. Die oppositionellen Forderungen wichen ja in grundlegenden Fragen (z.B. Wahrung der exportorientierten Entwicklungs- und Wachstumsstrategie und der engen Bande zu den USA) nicht im geringsten vom Credo des Regimes ab. Im Gegenteil: sie flankierten sie eher. Und in der Frage der Freilassung aller politischen Gefangenen stand Absichtserklärung gegen Absichtserklärung, wobei hier sicherlich die Opposition mit gutem Recht größere Glaubwürdigkeit für sich reklamieren konnte. Der dem ,,terroristischen Norden'' zugeschriebene Flugzeugabschuß bescherte Roh nach Aussagen gutunterrichteter (regimefreundlicher) Journalisten in Seoul zusätzlich ca. 1 Million Stimmen.

So sehr Roh im Augenblick im Rampenlicht steht und politischen Rückenwind genießt, so sehr wird sich die Dauerhaftigkeit und der eigenständige Aktionsradius seines Regimes erst noch zeigen müssen. Sein Hauptproblem liegt darin, als ,,Ein-Drittel-''Präsident gleichzeitig den Schatten seines Vorgängers loszuwerden. Ob er auf Dauer sowohl das Militär als auch die Maschinerie der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP) geschlossen hinter sich zu bringen und zu einen vermag, ist noch nicht eindeutig entschieden. Immerhin spekuliert Chun darauf, gewisse politische Fäden hinter den Kulissen weiterzuspinnen. Als Vorsitzender der Beratungskommission für staatspolitische Angelegenheiten und des Ilhae-Forschungsinstituts (einer Art Denkfabrik des Regimes) beabsichtigt er Rohs ,,Geschäfte'' zumindest unmittelbar zu beeinflussen. Der Korruptionsskandal (Ende März) um Chuns Bruder und langjähri-

gen Vorsitzenden der staatlich gelenkten Saemaul Undong (einer zu Beginn der 70er Jahre noch unter Park Chung Hee ins Leben gerufenen sog. ,,Dorferneuerungs-Bewegung"), Chung Kyung Hwan, wird freilich für Roh positiv zu Buche schlagen.

Für Roh ist und bleibt sein größtes Dilemma das Abtragen der Kwangju-Hypothek (im Mai 1980 wurden ca. 2.000 Menschen im Verlauf des Kwangju-Aufstands von der Soldateska massakriert). Zwar wurde in diesem Zusammenhang eine Nationale Versöhnungskommission geschaffen. Ihre Anhörungen aber haben bislang zu wenig mehr als ,,Weißwaschungen" beigetragen. Die (Teil)Amnestie für politische Gefangene (noch dauert Folter an und sind ca. 1.500 Oppositionelle, einige seit den frühen 70er Jahren (!), inhaftiert und das Herüberretten knapp eines Drittels der bereits in der Ära Chun Doo Hwan bedienten Minister — u.a. für die Ressorts Inneres, Auswärtiges, Finanzen und Sport — geschahen mit dem Argument, angesichts der Olympischen Spiele (17.9. - 2.10.88) und Wirtschaftsproblemen könne das ,,Risiko" einer politischen Kehrtwende nicht eingegangen werden.

Das große wie hilflose Lamento der entzweiten (parlamentarischen) Opposition nach der Wahl, einzig massive Fälschungen und Betrügereien (gar mittels ,,vorfabrizierter Computerprogramme") hätten dem Regime zum ,,Sieg" verholfen, verwechselte offensichtlich Wirkung und Ursache. Es wäre in der Tat erstaunlich gewesen, verzichtete ein militärisches Regime bei Wahlen auf eine (massive) ,,Einmischung" zu seinen Gunsten. Daß es dies in relativ umfangreichem Maße tun konnte, wurde erst durch die eigenverursachte Zersplitterung der Opposition ermöglicht. Man denke hier nur an den Marcos-Sturz vor zwei Jahren. Auf den Philippinen hatte es immerhin eine im entscheidenden Moment im antidiktatorischen Kampf geeinte parlamentarische, gemäßigte Opposition vermocht, sich trotz (oder gerade wegen?) massiver Wahlschiebereien und unter den Argusaugen der internationalen Medien politisch durchzusetzen. In Seoul aber konnte im Dezember 1987 mit Schiebereien aufgrund einer uneinigen Opposition Politik im alten Stil gemacht werden.

Nicht Machtbesessenheit und exzessive Darstellungssucht der beiden (,,asiatischen") Kims lieferten den Schlüssel zum Verständnis dieses Fiaskos. Das ist in nicht allzu frappierendem Unterschied auch in diesem unserem Lande Usus. Entscheidend dürften andere Gesichtspunkte gewesen sein:

- Beide Kims sind angesichts der langen Herrschaft verschiedener Militärregime als quasi-charismatische Führerpersönlichkeiten zu werten, die in jeweils unterschiedlichem Grade verfolgt wurden und persönliches Leid ertrugen. Das machte und macht sie anfällig für ein Verständnis von Opposition, welches Gefolgschaft und Korpsgeist statt (selbst)kritische Diskussion, Personenkult statt Programmatik und Elite- statt Massenbewußtsein fördert. All das erhält zusätzliches Gewicht in einem Land, wo die über den (neo)Konfuzianismus vermittelten traditionellen Tugenden des Sich-Fügens oder -Einordnens in einem Netz hierarchisch abgestufter und aufeinander bezogener sozialer Verhältnisse fortwirken.
- Klientelismus und — damit in gewissem Maße einhergehender — Regionalismus sind deshalb ausgeprägter als qualitative politische Unterschiede innerhalb wie zwischen zwei oder mehreren Klientelen. Dies erklärt u.a. auch, warum beispielsweise Kim Dae Jung als ,,Programm" in seiner Heimat, der Provinz Süd-Cholla, nahezu alle Stimmen auf sich vereinigte.
- Beide Kims dürften mit ihren ,,Alleingängen" die traditionelle Mißachtung des Militärs in der koreanischen Gesellschaft und sich selbst maßlos überschätzt haben.
- Beide aber auch stütz(t)en sich auf unterschiedliche soziale Kräfte. Hatte Kim Young Sam die eingefahrene bürgerlich-parlamentarische Parteimaschinerie und eine selbst im Bürgertum stark verankerte Gefolgschaft im Rücken, so konnte sich Kim Dae Jung eher des Rückhalts unter dem vielschichtigen Spektrum des außerparlamentarischen Widerstandes vergewissern.

Quo vadis?

Heute geht es nicht um die Frage, ob die beiden Kims durch die weidlich strapazierte Praxis gemeinsamen ,,Anbändelns" oder des ,,Abbändelns" gegeneinander das Regime konfrontieren, sondern darum, wann und wie die gleichermaßen in der parlamentarischen Opposition und im außerparlamentarischen Wiederstand als mittlerweile dringend notwendig erkannte Programmdiskussion geführt und dementsprechend politisch gehandelt wird. In deren Verlauf dürfte sich die Spreu vom Weizen trennen, ungeahnte Allianzen könnten sich bilden. Je eher dieser Prozeß Konturen gewinnt, desto besser stehen die Chancen, die ,,nacholympische Ära" ohne große Blessuren zu überstehen. Einstweilen aber profitiert das Regime von seiner regulierten ,,vorolympischen Freiheit".

Alternative Ökonomie

arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer arbeitskreise ag spak publikationen

(Hrsg.) Arno Huber/Rolf Schwendter
DIE ÖKOBANK
Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft?

Neuerscheinung

ISBN 3-923 126-47-6
148 Seiten
M 80 — DM 18,-

Noch bevor das alternative Geldinstitut gegen den Widerstand der Genossenschaftsbanken und Aufsichtsbehörden seinen Betrieb aufnehmen kann, hat es Geschichte.
Obwohl sich das Projekt auch in den eigenen Reihen viele Gegner geschaffen hat, läßt die Kontinuität und Intensität der Anstrengungen auf ein Gelingen der »eigenen Bank der Bewegung« hoffen. Immerhin sind die mindestens 6 Mio. DM gesammelt und ein dezentrales Netz von Finanzierungsinitiativen im Entstehen, das die Gegner eines »zentralistischen« Konzeptes in die Arbeit mit einbeziehen kann. Es geht um den Aufbau einer Infrastruktur für Finanzierung, Beratung und Unterstützung von Ansätzen ökologischen und selbstverwalteten Wirtschaftens. Die Ökobank ist ein Baustein hierfür.

(Hrsg.): Martina Racki
FRAUEN(T)RAUM IM MÄNNERRAUM
Selbstverwaltung aus Frauensicht
ISBN 3-923 126-49-2
ersch. Frühjahr 1988
ca. 200 Seiten
M 83 — ca. DM 20,-

Vor mehr als 10 Jahren traten Frauen und Männer an, in selbstverwalteten Betrieben Arbeitsstrukturen zu verändern, wie sie die industriekapitalistische Gesellschaft hervorgebracht hat. Einer der tragenden Ansprüche war hierbei die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung; bezogen auf die kollektive Erwerbsarbeit und — bei Projekten, in denen gemeinsam gearbeitet und gelebt wurde — auch bei der Hausarbeit.
Dem, was bis heute verwirklicht wurde oder von dem Anspruch übrig geblieben ist, spürt dieses Buch nach.

ag spak, kistlerstr. 1, 8000 münchen 90

Perestroika in Ungarn

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Mai-Konferenz der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei wird immer häufiger die Forderung erhoben, daß die Partei in Zukunft nur die grundlegende Richtung der Entwicklung festlegen, die konkreten wirtschaftlichen Entscheidungen aber den anderen Instanzen überlassen solle. Der Partei wird vorgeworfen, sie vertrete eine zu große Zentralisierung, sei für die Erlasse einer hohen Zahl unverständlicher Vorschriften und Bestimmungen verantwortlich, sie reagiere zu langsam auf die Forderungen der Zeit und sei mit der Politik einer Umverteilung belastet, die 90 Prozent der Überschüsse erfolgreicher Unternehmen dazu verwendet, um die Verluste der nicht erfolgreichen Unternehmen zu decken.

Die Parteizeitung „Tasadalmi Szemle" vertrat die Ansicht, daß sich die politische Führung Ungarns von einigen Vorurteilen befreien solle. Weiter heißt es, "Reformen im Sozialismus — im globalen Rahmen betrachtet — können nicht ohne eine Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern verwirklicht werden, die sich auf die Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen gründet".

Glasnost in Polen

Zum ersten Mal seit Jahren hat eine polnische Zeitschrift einen neuen Text des früheren Parteiphilosophen Adam Schaff veröffentlicht, der seit Jahren geächtet ist und 1983 aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgeschlossen wurde. Anläßlich seines 75. Geburtstags druckte die Wochenzeitung „Polytika" Ausschnitte aus dem Buch „Perspektiven des modernen Sozialismus".

Konservativismus in der UdSSR

Im Mitteilungsorgan des russischen Schriftstellerverbandes wurde herbe Kritik an Abel Aganbegjian, einem engen Vertrauten Gorbatschows, geäußert. Diese Kritik geht weit über die Person Aganbegjians hinaus und zielt auf die Ideen der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung. So heißt es in dem Artikel: „Im Gegensatz zum Kapitalismus kann sich der Sozialismus nicht anarchisch entwickeln. Er muß sowohl politisch als auch ökonomisch von der Partei geleitet werden." In diesem Artikel wird weiterhin die Geisteshaltung gerügt, die für eine Steigerung der Konsumgüterproduktion und damit für einen Anstieg des privaten Konsums eintritt, eine Haltung, die Aganbegjian besonders verkörpert.

Der in diesem Artikel zum Ausdruck kommende Konservativismus ist in der russischen Nationalität weit verbreitet und findet auch im bürokratischen Apparat viele Anhänger. Damit deutet sich auch an, daß in nächster Zeit die Nationalitätenproblematik in der UdSSR eine immer größere Rolle spielen wird.

Frühlingsgrüße aus Moskau

Bereinigung der Geschichte

In Moskau trafen sich vor kurzem dreißig polnische und sowjetische Filmemacher, die sich mit Fragen der „weißen Flecken" in den polnisch-sowjetischen Beziehungen befaßten. Viele Polen haben bis heute nicht vergessen, wie Stalin und Hitler sich mit der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts ihr Land aufteilten, auch nicht die Massendeportationen nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, ebensowenig das Massaker in Katyn. Dazu kommt noch die sowjetische Passivität angesichts der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Sommer 1944. Seit einigen Monaten werden diese Fragen aufgrund eines Übereinkommens von Jaruzelski und Gorbatschow diskutiert, eine weitere Diskussion ist im September in Warschau vorgesehen.

Aus: Le Monde v. 9.4.88 nach ips 782

Moskauer Machtspielchen

In der umstrittenen Region Berg-Karabach haben am 16. und 17. März verschiedene Protestkundgebungen stattgefunden, auf denen die Forderung nach Anschluß Berg-Karabachs an Armenien gefordert wurde. Die Demonstranten trugen Spruchbänder mit Aufschriften wie „Wir glauben Gorbatschow". Etwa zur gleichen Zeit wurde eine Delegation aus dieser Region in Moskau von Jegor Ligatschow empfangen und mußte ohne Erfolg wieder abreisen. Dies soll unter anderem zur Wiederaufnahme der Protestaktionen geführt haben.

Pikant wird diese Meldung durch die Nachrichten vom Anfang April, die deutlich machten, daß Ligatschow sich als der schärfste Kritiker Gorbatschows herausgestellt hat und bekannt ist als Bremser des Reformprozesses in der Sowjetunion.

Korea — kein Ende des Terrors

Der Präsident Koreas, Roh Tae Woo, versprach in seiner viel beachteten Acht-Punkte-Erklärung vom 29.6.87 unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Abschaffung der Folter, ein Versprechen, das er nach seiner Wahl am 16.12.87 wiederholte.

Tatsächlich hat sich die Zahl der politischen Gefangenen in Korea durch neue Verhaftungen weiter erhöht. Unter anderem wird der deutsche Staatsangehörige Adrian Kim unter dem Vorwurf der Spionage festgehalten, ohne daß sich die westdeutsche Botschaft für ihn einsetzt. Ebenso wird Choi Hyok Bae, der von 1983 bis 1985 in Frankfurt/Main studiert hat, in Haft gehalten und gefoltert.

In Korea gibt es also trotz verschiedener Zusagen des Präsidenten weiterhin Folter, die „Demokratisierung" im Vorfeld der Olympischen Spiele erweist sich immer mehr als eine Farce.

Streichung „Ungerechter Schulden"

Eine stärkere internationale Vernetzung strebt die italienische Kampagne „Nord-Süd: Biosphäre, Überleben der Völker, Auslandsverschuldung" an. Ihr an die Ökologie- und Solidaritätsbewegung der Industrieländer gerichteter Aufruf betont den engen Zusammenhang zwischen „ökologischen und internationalistischen Anliegen" und setzt auf das eigene Überlebensinteresse der Völker des Nordens.

In dem im Januar verabschiedeten Text wird die Wandlung der „einseitigen und ungerechten Finanzschuld" der Entwicklungsländer in eine „gemeinsame ökologische Schuld" gefordert. Die Kampagne (c/o IDOC, Via S. Maria dell Anima, 30; 00186 Rom) will die italienische Öffentlichkeit auf die bei der IWF/Weltbank-Tagung im September in West-Berlin behandelte Verschuldungsproblematik vorbereiten.

otb(epd)

Fortsetzung v. S. 4

mal viele von ihnen im ersten Weltkrieg gekämpft und gelitten hatten und oft hoch dekoriert waren.

Es wird aber bei dem jüdischen Holocaust vergessen, daß Hitler auch bereits andere umbrachte oder zu Zwangsarbeitern machte. Ich denke da an die Polen und auch an die vielen gemordeten Russen, die durch religiösen Wahnsinn (mit Unterstützung v. Pius XII.) durch Ante Pavelic ermordeten Serben (s. Deschner). Hitler hatte vor, die angebliche Nordische Rasse zur Herrenrasse zu machen, alle anderen sollten Sklavendienste leisten und dann auch vernichtet werden, da ging es dann auch um Schwarze u.a.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren alle für die Schaffung eines Staates Israel, vor allem alle Siegermächte. Hatte man schon 1917 keine klare Lösung gefunden, so half leider bei der Schaffung des Staates Israel auch ein furchtbarer Terrorakt auf ein Hotel. Wir haben damals diesen Akt als verständlich entschuldigt, da man ja in Deutschland den Juden den fabrikmäßigen Tod gebracht hatte, aber auch sonst ihnen das Heimatrecht verweigert hatte. Außerdem hatte der Großmufti von Jerusalem öfter mit Hitler verhandelt. Daher bekam der Staat Israel in den Grenzen von vor 1967 weltweite Anerkennung, ja viele hielten es sogar für richtig, wenn Jerusalem ein neutrales Gebiet würde, da das Verbleiben der Stadt im einseitig islamischen Bereich auch anderen ein Dorn im Auge war. Außerdem hoffte man, daß ein Palästinenser-Staat dann auch entstehen könnte, der dann mit Israel zusammenarbeiten könnte, wobei sich die Animositäten abbauen würden.

Allerdings befremdete schon damals, daß der Staat Israel zwar dem deutschen Volke noch lange berechtigterweise das furchtbare Geschehen vorhielt, aber man traf sich sehr schnell mit Leuten, die eigentlich zu Haupttätern gehört hatten. Ben Gurion traf sich mit Adenauer, obwohl dessen Staatssekretär Globke die Kommentare zu den Judengesetzen 1935 geschrieben hatte. Man hatte auch nichts gegen eine Wiederaufrüstung mit Hitler-Generälen. Bis auf Eichmann ließ man sogar zu, daß SS-Leute höchsten Ranges wie Oberländer, Krafft, Schleyer höchste Positionen erhielten. Es wurde Wiedergutmachung vom ganzen Volk verlangt, aber genau diejenigen, die wirtschaftlich oder politisch Hitler unterstützt hatte, blieben verschont.

Wenn Dietrich Wetzel heut' von Moral und moralischer Verpflichtung spricht, dann vergißt er, daß der Staat Israel seinen eigenen moralischen Impetus immer mehr verlassen hat. Wenn man dann noch erfährt, daß Zusammenarbeit zwischen dem rassistischen Südafrika und Israel in jeder Weise besteht, dann bekommt man vor Staunen den Mund kaum zu. Auch die Abneigung vieler Linker zu Israel hat ja keine rassistischen Ursachen, sondern gesellschaftspolitische, das sollte gesehen werden.

Ich meine allerdings, daß ein deutscher Linker sich sehr, sehr vorsichtig bewegen sollte und es sich nicht so einfach machen darf: Israels Bündnis mit Kapitalisten hat seine Ursache darin, daß sich leider auch sozialistische Länder ihm feindlich entgegenstellen. Allerdings, so konsequent man bei der Ablehnung eines Besuches des Doppelnazis Karajans war (der übrigens erheblich überschätzt wird), so inkonsequent war man gegenüber Weizsäcker. Man hätte da schon Distanz von den Ungeheuerlichkeiten des Vaters vorher fordern müssen. Eigentlich müßte Dietrich Wetzel auch moralisch kritische Fragen an den Staat Israel stellen, zumal die Kritiklosigkeit gerade diesen Staat auf den Weg des Verderbens führt. Es gibt doch wirklich genügend angeblich wohlwollende Unterstützung im Lager der Großparteien mit dem C, die hinter der verdeckten Hand das Ende des Staates Israel wünschen. Wobei man sich dann keine dreckigen Hände machen muß, sondern noch Krokodilstränen über die Untat und Wutausbrüche über die Täter von sich geben kann.

Es ist nun eben einmal kaum möglich, die Geschichte zurückzudrehen, auch wenn noch so schwerwiegende Gründung für eine gewisse Zurückschraubung sich anbieten. Symbolhaft ist eben, daß der jüdische Tempel nicht wieder herstellbar ist, sondern die Klagemauer das höchste Heiligtum der Juden ist. Gerade dieses Symbol sollte die Komplexität des Problems deutlich machen.

Für uns Deutsche heißt das zuallererst, daß wir wissen und begreifen, daß das Quälen unserer damaligen jüdischen Mitbürger, daß der fabrikmäßige Mord an Millionen von Juden in ganz Europa unter der Hitler-Herrschaft, teilweise mit religiöser Verbrämung durch die Amtskirche (Die Juden haben Gott bzw. den Gottessohn umgebracht) die Hauptursache an der komplexen Lage im Nahen Osten ist, daß unsere Schuld weiterwirkt auf Menschen, die in Israel wohnten, nachdem die Römer die Juden vertrieben. Wir können aber diese Schuld nicht dadurch tilgen, daß wir zu kritiklosen Anwälten der Palästinenser werden.

Es ist merkwürdig, daß viele der zurückgekommenen Juden nicht verlangt haben, daß etwa die Unterlagen aus dem Document-Center in Berlin einer Justiz übergeben wurden, die unbelastet von der braunen Zeit war. Dann hätten genau die Schuldigen an die Öffentlichkeit kommen müssen, die damals in den entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft gesessen haben, deren Vermögen hätte dann total zum Wiedergutmachen herangezogen werden müssen. Dann wäre auch für die übrigen Deutschen das erneute Zusammenkommen mit jüdischen Mitmenschen noch leichter gewesen.

Gerade wegen der Komplexheit der Probleme im Nahen Osten — selbst, wenn sich die Parteien auf einen Kompromiß einigen — ist es ebenso dringend nötig, daß Juden in allen Ländern, auch bei uns, wieder volle Heimat finden müssen. Daher ist es aber auch wichtig, daß sich die Juden stärker mit den anderen Opfern des Hitlerismus solidarisieren, daß deren Wiedergutmachungsansprüche von ihnen auch unterstützt werden, wie Sinti und Roma, Kommunisten etc. Gerade die vergessenen Opfer sollten auch Anliegen der jüdischen Gemeinden sein.

Eigentlich sollten auch Juden zu Parteien, in denen ehemalige Großnazis hohe und höchste Stellen erhielten bzw. über diese zu höchsten Staatsämtern aufstiegen, keine Sympathie bekommen. Hätten die Juden das eher als Problem gesehen, vieles wäre heute besser.

Ich fürchte, daß das Problem Israel/Palästinenser uns und die Welt noch lange aufregen dürfte. Aber ich glaube auch, daß die Grünen in dieser Sache nun sich nicht weit vorwagen sollten, dafür ist die Schuld der Väter, zu denen ich gehöre, zu groß. Man übernimmt als nachfolgende Generation leider nicht nur Aktiva sondern auch furchtbare Passiva. Man kann dann eben nicht so tun, als ginge einen die Vergangenheit nichts an. Sie geht zwar in erster Linie die ältere Generation etwas an, aber ohne Schlußfolgerungen kann auch die Jugend nicht bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Floerke

Sozialdemokratismus

Von Heft zu Heft fragen wir uns mehr, was der heutigen Redaktion eigentlich noch das Recht gibt, diese ihre Zeitschrift „links" und „sozialistisch" zu nennen. Im Grunde scheinen uns Sozialdemokratismus und eine Art grünen Realotums tendenziell die Redaktion stark zu ‚leiten'. Soweit sich die Autoren nicht bloßen (Links-Geht-Nichts-Mehr-)Frust akademisch theoretisierend von der Seele schreiben, sind die Neigungen, sich mit dem ‚real Existierenden' hier und anderswo im kapitalistischen Westen, z.B. auch dem Staat Israel, irgendwie zu arrangieren, wohl nicht zu übersehen.

L. Schupp

Theater der Unterdrückten

Zum zweiten Mal leitet der brasilianische Theatermacher und Regisseur Augusto Boal, der mit dem „Theater der Unterdrückten" international bekannt wurde, vom **16. - 20. Mai '88** einen Theaterworkshop in Gießen. Interessierte können sich bei H. Wiegand melden, Tel.: 064 03/58 59, möglichst dienstags - samstags jeweils von 19 - 21 Uhr. Wie bei der letzten Theaterwoche mit Boal in Gießen im Oktober '87 findet am letzten Tag des workshops eine öffentliche Forumtheater-Veranstaltung im Audi-Max der Universität Gießen statt. Beginn 20.00 Uhr. Danach spielt die lateinamerikanische Musikgruppe „Guayba" aus Frankfurt Salsa und karibische Rhythmen zum Tanzen.

14. Open Ohr Festival

Das traditionsreiche Open Ohr Festival in Mainz bietet an Pfingsten nach Auffassung der für das Programm verantwortlichen Projektgruppe „ein Kulturprogramm der Spitzenklasse". Vier Tage lang — vom 20. - 23. Mai — werden mehr als 100 Künstler und Gesprächspartner mit den Festivalgästen auf der Mainzer Zitadelle feiern, diskutieren, Theater spielen und Spaß haben. Das über die Grenzen der Stadt Mainz hinaus bekannte politische Festival wird unter dem Motto „Der Widerspenstigen Lähmung? Einrichten. Abwarten. Zuschauen." für jeden Kulturgeschmack etwas anbieten — für Birne, Bauch und Beine.

Kontaktadresse:
Open Ohr Festival, Festivalbüro Rathaus, 6500 Mainz, Telefon: 06131/12-21 73/28 24

Geschichtswerkstatt

Der vierte bundesweite Kongreß der Geschichtswerkstätten, das Geschichtsfest Hannover 88, findet in der Zeit vom **2. bis 5. Juni 1988** im Raschplatz-Pavillon in Hannover statt. Wie bereits auf den Geschichtsfesten in Berlin 1984, Hamburg 1985 und Dortmund 1986 wird es auch in Hannover eine Vielzahl von Diskussions- und anderen Veranstaltungen geben. Die Schwerpunktthemen dieses Geschichtsfestes sind: Geschichte und Museen der Arbeit und Industrie; die Zeit des Nationalsozialismus; das Verschwinden der Schriftlichkeit.

Nähere Informationen und Anmeldung:
Geschichtswerkstatt Hannover e.V., Hanomagstr. 7, 3000 Hannover 91, Tel. 05 11/44 51 43

Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Bielefeld: SB Bielefeld, c/o Buchladen „Eulenspiegel", Hagenbruchstr. 9, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/17 50 49
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum
Bremen:: Niko Diemer, Lübberstedter Str. 11, 2800 Bremen, Tel. 0421/38 56 97
Darmstadt: Hartmut Weber, Teichhausstr. 48, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/42 23 05
Dortmund: SB Dortmund, c/o „Langer August", Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund
Essen: SB, c/o Andreas Hess, 4300 Essen, Liebigstr. 55, Tel. 0201/74 20
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06
Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen. Tel. 0641/7 49 62
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/43 32 89
Hannover: Uli Maaz, Sackmannstr. 19, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/2 10 32 25
Heidelberg: SB Heidelberg, c/o Forum, Bergheimer Str. 125, 6900 Heidelberg
Kassel/Nordhessen: Helmut Dorn, Mozartstr. 5, 3500 Kassel
Köln: Günter Steppkes (Tel. 0221/2 40 16 55) und Klaus Küpper (Tel. 0221/24 55 16), beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/49 16 98
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Heusteigstr. 61, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/60 89 48
Wiesbaden/Mainz: Andreas Wagner, Phillipsbergstr. 37, 6200 Wiesbaden

68 - 88: „Greifen nach Sternen und Steinen"

Der VNB (Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.) führt am **28./29. Mai 1988** im Pavillon in Hannover eine überregionale Veranstaltung durch. Ihr Ziel ist es, den Zusammenhang, die Entwicklung und den Lernprozeß der neuen sozialen Bewegungen und des politischen Widerstands in der BRD von 1968 bis heute darzustellen. Die Breite der Bewegung soll ohne Ausgrenzung zum Ausdruck kommen. Der Streit wird nicht vermieden. Auf seine Produktivität haben wir es abgesehen.

Die Veranstaltung wird kein Jubiläum, kein Veteranentreff und nichts für nostalgische Bedürfnisse. Im Mittelpunkt steht die Erarbeitung des Selbstbewußtseins der neuen sozialen Bewegungen — und zwar durch sie selbst.

Ihrem ganzen Charakter nach wird die Veranstaltung ein Beispiel bewegungsnaher Kultur. Sie wird die lebendige Vielfalt und die Spontaneität zur Anschauung bringen, die in dieser Bewegung seit 1968 wirksam ist. Die Atmosphäre der Veranstaltung soll durch die enge Verbindung von Politik/Theorie und Kultur geprägt werden. Die Sache soll ernst sein, aber Spaß machen. Die Veranstaltung wird also auch eine Feier sein — und auf keinen Fall was Anonymes.

Kontakt und Information:
Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V., Westerhagen 4 - 6, 3013 Barsinghausen 8. Tel. 050 35/14 05

Wege zur Sozialen Verteidigung

Auf der Grundlage historischer Erfahrungen mit nichtmilitärischem Widerstand haben FriedensforscherInnen aus aller Welt Konzepte der Sozialen Verteidigung als Widerstand gegen militärische Übergriffe von außen (Invasion) oder innen (Staatsstreich) definiert. Heute machen die sozialen Bewegungen wichtige Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen. In Zivilem Ungehorsam gegen militärische und großtechnische Anlagen zeigen sich Fähigkeiten, die der Vorbereitung auf Soziale Verteidigung dienen können.

Der Bundeskongreß „Wege zur Sozialen Verteidigung" vom **17. - 19. Juni '88** soll die Vorschläge der Friedensforschung und die Erfahrung der Sozialen Bewegungen zusammenführen. Wir laden alle Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen ein, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und den Schutz von Mensch und Umwelt verantwortlich fühlen und die sich für die Entwicklung gewaltfreier Widerstands- und Verteidigungsformen einsetzen wollen.

Kontakt und Information:
Kongreßbüro Wege zur Sozialen Verteidigung, Alte Kirchstraße 1a, 4950 Minden

1988 SOMMERSCHULE

Sozialistisches Büro

Anmeldung an:
Sommerschule c/o Sonja Tesch, Heilholtkamp 54,
2000 Hamburg 60, ☎ 040/51 58 69

Sommerschule I

WIE DER STEIN INS ROLLEN KAM

'68 — ein Jahr ist zum Mythos geworden. Von manchen verklärt, von anderen belächelt oder verdrängt, von denen, die auf der anderen Seite standen, bis heute mit Schrecken erinnert.

Die Geschichte der längst in die Jahre gekommenen „Neuen Linken" wird mit diesem Datum identifiziert. Was in den folgenden Jahren in der Bundesrepublik entstand, hatte mit '68 zu tun: seien es die längst entschlafenen maoistischen KPs, die RAF, die Spontis, die Alternativbewegung und das SB. Aber auch in den Institutionen kam unter dem Einfluß von '68 so manches in Bewegung. Die Alltagskultur des Landes veränderte sich tiefgreifend.

Geht man all dem aber genauer nach, erweisen sich die Zusammenhänge als vielschichtig und widersprüchlich. Noch schwieriger wird es, sucht man den Bezug der Frauenbewegung, der Bürgerinitiatv- und Ökologiebewegung und der Grünen zur Bewegung von '68. Gibt es da noch eine Kontinuität oder einen Bruch?

Zwanzig Jahre sind seit '68 vergangen — Zeit der Rückbesinnung und der Spurensuche. Doch nicht nur mit Blick in die Gegenwart und in die Zukunft. Es geht auch um die Vorgeschichte der Studentenbewegung: Wie kam es eigentlich zu den Ereignissen des Jahres '68, die die Bundesrepublik so tiefgreifend veränderten? Es geht um die Jahre des Aufbruchs in die Revolte: die Zeit der Restauration und des Wirtschaftswunders mit ihrer erstickenden und lähmenden Atmosphäre.

Eine Sommerschule für die, die die damalige Zeit bewußt und vielleicht schon politisch aktiv miterlebten. Nicht weniger aber auch für die, die sich erst später politisierten und für die '68 zu einem schillernden Bezugspunkt wurde.

Termin: 16.6. bis 19.6.1988
Ort: Tagungshaus in der Nähe von Marburg
Kosten: ca. 100,— DM

Sommerschule II

STRASSENTHEATER

Theaterspielen und Musikmachen kann jede/r! Wir wollen uns unsere Kultur — die Kultur der Straße — wieder zu eigen machen. Wir wollen lebendiges Theater machen, Freude empfinden am gemeinsamen Entfalten unserer Phantasie. Träume hereinholen — Leben spüren — Mut machen zum Kämpfen — zeigen, daß Leben Spaß machen kann — trotz alledem! Wir verfügen über ungeahnte Möglichkeiten und Fähigkeiten. Laßt sie uns zusammen entdecken und zur politischen Kraft werden!

Kommt mit zur Sommerschule — alle, die Spaß haben am Singen, Liedertexten, an Bewegung, Tanz und Improvisation — am Theaterspielen!

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre suchen wir jetzt den Ort aus nach aktuellen Problemen und Initiativen, mit denen wir zusammenarbeiten können. In diesem Jahr wollen wir das Thema „Verkehr" aufgreifen anhand von Planungen in Hamburg.

Termin: 22.7. bis 31.7.88
Ort: Randgebiet von Hamburg
Kosten: ca. 200,— DM

Winterschule I

WAS WURDE AUS DEM TRAUM DER SELBSTVERWALTUNG?

In den selbstverwalteten Betrieben und Projekten scheint es zunehmend frustrierend, belastend und „unproduktiv" zu laufen. Die guten alten plenaren Strukturen scheinen's nicht mehr zu bringen. Was dann?

Mehr Management? Mehr Kommunikationstraining? Weniger sozialistische Utopien — Sozialismus ist sowieso nicht machbar, Herr Nachbar? Oder brauchen wir vielleicht nur wieder Leistung und Lohn miteinander zu koppeln, dann wird's schon wieder laufen?

Wir wollen in diesen vier Tagen versuchen zu rekonstruieren, mit welchen Zielen, Utopien, Hoffnungen die Projekte und Betriebe, die sich selbstverwaltet nennen, denn eigentlich angetreten sind, welche Erfahrungen sie gemacht haben, welche Entwicklungen inzwischen gelaufen sind, und das nicht nur innerhalb der Projekte, was übrig geblieben ist von anfänglichen Zielvorstellungen, welche Entwicklungen derzeit diskutiert werden, an welchen Scheidewegen einzelne Projekte und Betriebe stehen, aber auch, welche Hoffnungen, Erwartungen, Kritik usw. von „außen" an selbstverwaltete Projekte und Betriebe gerichtet werden, welche Rolle und Funktion sie in der linken und alternativen Szene spielen.

Termin: 11.11. bis 16.11.88
Ort: Tagungshaus in der Nähe von Göttingen
Kosten: ca. 110,— DM

Winterschule II

DAS DILEMMA VOM HAUPT- UND NEBENWIDERSPRUCH

Die in der Vergangenheit geführten „Ehen" zwischen Marxismus und Feminismus waren immer von einer Dominanz des Marxismus geprägt. Entsprechend fundamental war die Kritik der Frauenbewegung an Theorie und Praxis linker Organisationen und Individuen. Aber es gab und gibt auch noch nicht „die" feministische Theorie. Es entstanden vielmehr eine Anzahl unterschiedlicher Ansätze. Einer davon begreift die zu überwindende Gesellschaft als eine partriarchalisch-kapitalistische, durchdrungen von zwei nebeneinander existierenden und miteinander verflochtenen Herrschaftsverhältnissen — das der Klassenunterdrückung und das der Geschlechterunterdrückung. Diese Versuche, marxistische und feministische Theorie einander näherzubringen, waren der Kritik von zwei Seiten gewiß. Von Teilen der Frauenbewegung als zu wenig radikal gesehen, weil nicht vollkommen gebrochen mit dem „partriarchalischen" Marxismus; von der marxistischen Diskussion um einen „realitätsgerechten" Marxismus zu wenig wahr- und angenommen. So sind diese Ansätze hier weit weniger verbreitet als in anderen Ländern.

Diese Winterschule soll deshalb die Diskussion um einen marxistischen Feminismus aufgreifen; auch mit dem Ziel, die Geschlechtsblindheit vieler marxistischer Kategorien und Analysen zu verdeutlichen.

Für den Herbst planen wir ein Vorbereitungstreffen, auf dem das Thema konkreter gefaßt werden soll.

Termin: 24.12.88 bis 01.01.89
Ort: Tagungshaus im Hunsrück
Kosten: ca. 180,— DM

Carl Wilhlem Macke

Zur Resignation noch viel zu jung

Es werden wohl nur wenige links-Leser wissen, wer denn jener Leopold Spira ist, der in den letzten Jahren einige Male in dieser Zeitschrift Kommentare über die Possen, Provinzialitäten und Provokationen in ,,Felix Austria'' geschrieben hat. Der 75. Geburtstag von ,,Poldi'' Spira am 2. Mai dieses Jahres bietet einen guten Anlaß, ihm an dieser Stelle einmal einige Zeilen zu widmen.

Nach Genossen wie Poldi Spira, die es geschafft haben, sich ohne Verbitterung und Opportunismus aus den stalinistischen Verstrickungen ihrer Biographie zu befreien, muß man heute lange suchen.

Aus der Sozialistischen Jugendbewegung kommend, ist Spira 1935 der illegalen KPÖ beigetreten. Im Mai 1937 wurde er wegen seiner kommunistischen Aktivitäten verhaftet, verurteilt und für kurze Zeit arrestiert. 1938, unmittelbar nach dem nationalsozialistischen ,,Anschluß'' Österreichs, verließ er seine Heimatstadt Wien und schloß sich den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg an. Zusammen mit vielen österreichischen Interbrigadisten wurde Spira zuerst im französischen Gurs, dann in einem englischen Internierungslager gefangengehalten. Wieder zurück in Österreich begann der Journalist Leopold Spira ab 1946 sein über zwei Jahrzehnte andauerndes Engagement in der Propagandaabteilung der KPÖ, deren ZK er auch lange Zeit angehörte. Mit dem Schock der Veröffentlichung über die Stalin-Ära auf dem 20. Parteitag der KPdSU und den Ereignissen anläßlich des Ungarn-Aufstandes von 1956, war auch in der KPÖ der Keim gelegt für eine langsam wachsende Profilierung einer autonomeren Position der österreichischen Kommunisten. Die Okkupation der CSSR im Jahre 1968 wurde von der KPÖ-Mehrheit zunächst noch verurteilt, dann jedoch aufgrund direkter ,,brüderlicher'' Intervention Moskaus gebilligt. Ernst Fischer, Franz Marek, Leopold Spira und die anderen Kritiker des ,,Panzersozialismus'' (Ernst Fischer), wurden des ,,Revisionismus'' beschuldigt, an den Rand gedrängt und dann in einer großen Säuberungswelle 1971 aus der Partei ausgeschlossen. Man lese hierzu Leopold Spiras Rechenschaftsbericht ,,Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus'' (Wien, 1979). Dem Bruch mit dem Stalinismus und seinen Vasallen in der KPÖ folgte bei den Ausgeschlossenen aber kein Bruch mit dem Marxismus und der internationalen linken Bewegung. Große, aus heutiger Sicht, zu große Hoffnungen, brachten die KPÖ-Dissidenten von 1968 dem in den siebziger Jahren kurz aufblühenden ,,Eurokommunismus'' entgegen. Geblieben sind aus jener Zeit nur die Sympathien für die Politik der italienischen Kommunisten und neuerdings die großen (wieder zu großen) Hoffnungen auf das Reformprojekt des Michael Gorbatschow.

,,So oft ich gescheitert bin, habe ich stets das Schiff, nie das Ziel gewechselt. Odysseus hat Ithaka erreicht. Ich werde es nicht erreichen. Doch selbst als unerreichtes Ziel, als unerreichbar vielleicht, ist es die Irrfahrt eines Lebens wert.''
(Ernst Fischer)

Nach dem Tode von Ernst Fischer und Franz Marek übernahm Leopold Spira die redaktionelle Leitung des ,,Wiener Tagebuches''. Während sich das ,,Wiener Tagebuch'' unter der Schriftleitung von Franz Marek vornehmlich als ,,Dolmetscher'' der Strategiediskussionen innerhalb der südeueropäischen kommunistischen Parteien für den deutschsprachigen Raum verstand, steht heute die politische und kulturelle Berichterstattung über Osteuropa neben der Kommentierung österreichischer Ereignisse im Zentrum des Redaktionskonzeptes. Mit Stolz berichtet Leopold Spira stets, daß selbst österreichische Bundesminister zu den Abonnenten des ,,Wiener Tagebuches'' gehören.

Bis heute (und hoffentlich noch sehr lange) schreibt Spira für das ,,Tagebuch'' und gelegentlich auch für die ,,links'' mit einem bewunderswerten langen Atem seine Kommentare über die Alltagsquerelen und Sonntagsreden in der oft so dörflich anmutenden österreichischen ,,großen Politik''. Man muß einmal die Kommentare einflußreicher österreichischer Journalisten etwa in der ,,Presse'', der ,,Neuen Kronen Zeitung'' oder dem ,,Kurier'' gelesen haben, um die Qualitäten des politischen Kommentators Leopold Spira wirklich schätzen zu können. Daß die einen täglich gelesen werden und Spira nur den ,,Tagebuch''-Abonnenten ein Begriff ist, sagt schon einiges über das Niveau der politischen Kultur in Österreich aus.

Aber auch die Linke kann von Spira Wichtiges lernen: Über die Amnesien eines Waldheim und seiner getreuen Gemeinde zu schreiben, bedarf keiner besonderen Kunst. Für einen linken Publizisten ist dies ein Pflichtaufgabe. Sich aber den weißen Flecken und Verdrängungen in der eigenen ,,linken'' Geschichte zu stellen, ist umso schwerer und schmerzhafter. Wenn Spira über den Stalinismus schreibt, lohnt sich das sehr konzentrierte Lesen. Da schildert einer noch eigene Erfharungen aus dem Inneren einer kommunistischen Bewegung, die alles der Partei und dem ,,proletarischen Internationalismus'' unterordnete. Mit diesen Denktraditionen und Mentalitäten, so schreibt Spira immer wieder, muß gebrochen werden, wenn heute noch glaubwürdig von sozialistischer Politik gesprochen werden soll. Am Beispiel von Leopold Spira zu erfahren, daß man trotz so vieler politischer und persönlicher Enttäuschungen, trotz so vieler gescheiterter Hoffnungen auch mit 75 Jahren noch viel zu jung ist zum Resignieren, macht Mut.

Einladung
zur
Tagung des Sozialistischen Büros:

Solidarität in der Krise — Perspektiven von Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung

11./12. Juni 1988
Frankfurt am Main

Aktionen der Stahlarbeiter — zuletzt und herausragend bei Krupp Rheinhausen — werfen, wenn man sie nicht zynisch und einem Zeitgeist folgend als tragikkomische Inszenierung eines fälligen Untergangs „abhakt" — Fragen auf: Nach der Solidarität, nach den Alternativen.

Solidarität: Wie kommt es — und was ist dagegen zu tun —, daß die Bereinigung von Strukturkrisen überwiegend nach den Imperativen der Kapitalverwertung für einen großen Teil der Bevölkerung keinen moralisch-politischen Skandal darstellt? Die Erfahrungen der Gegenwehr in der Stahlkrise scheinen zu zeigen, daß die Mobilisierung der unmittelbar Betroffenen — in den Betrieben, am Ort — nicht das entscheidende Problem darstellt. Bisher hat es vielmehr vor allem daran gefehlt, Konkurrenzdenken, Politik nach dem St.-Florians-Prinzip, Verdrängung und Angst bei denen zu überwinden, die nicht „direkt" betroffen sind: Beschäftigten und Interessenvertretern im gleichen Konzern, aber andern Betrieben, in andern Konzernen, Branchen, Regionen, Nationen. Solidarität müßte über Grußadressen, Spenden, Besuche, Resolutionen u.ä. — so wichtig sie auch sind — hinausgehen.

Alternativen: Die Frage nach der Solidarität so zu stellen heißt zugleich, eine Schwäche der verschiedenen wirtschafts- und strukturpolitischen Alternativmodell zu erkennen. Gegenwärtig sind solche Modelle ohnehin irreal und bleiben propagandistisch, denn sie setzen die Ablösung der Regierung voraus und die Bereitschaft sowie Fähigkeit einer künftigen sozialdemokratisch geführten Regierung, sie umzusetzen. Nach wie vor gibt es die weit verbreitete Ansicht, das traditionelle Arsenal keynesianischer Politik sei auch angesichts weltmarktvermittelter Konkurrenz und weltweit tiefgreifenden und krisenhaften strukturellen Wandels imgrunde „nur" zu aktivieren. Demgegenübe ist aber davon auszugehen, daß der keynesianisch-sozialdemokratische Klassenkompromiß aufgekündigt wurde, was über die Kontruktion von Alternativmodellen hinaus die Frage nach den ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen von grundlegenden Alternativen neu aufwirft.

Lafontaines Vorstoß zur Verbindung zusätzlicher Arbeitszeitverkürzungen mit teilweisem Einkommensverzicht hat in verschiedenen „Lagern" Kontroversen ausgelöst und zum Teil überraschende, jedenfalls neue Differenzen zutagegebracht. Zunächst unabhängig von der Beurteilung einzelner Fragen und der politischen Qualität der Debatte insgesamt gehen wir davon aus:

Die bisher erreichten Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeitszeitverkürzungspolitik sind unzureichend. Ob die Resonanz auf Lafontaines Anstöße wirklich nur als „Stammtisch" abqualifiziert werden kann? Zweifel sind angebracht. Es spricht einiges dafür, daß sich darin auch ein weit verbreitetes Unbehagen angesichts der Massenarbeitslosigkeit ausdrückt, das politisch genutzt werden könnte. In öffentlicher Diskussion, anhand fundierter und phantasievoller Vorschläge, die radikale Kritik wie mögliche Alternativen verdeutlichen, sollte jedenfalls praktisch-politisch erprobt werden, ob es ein günstiges Klima für offensive Arbeitszeitverkürzungen gibt oder nicht.

Eine neue Offensive der Arbeiszeitverkürzung scheint vier Fragen besonders aufzuwerfen: erstens die Frage nach der betrieblichen Kontrolle von Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitgestaltung, zweitens die Frage nach der Ausschöpfung und Erweiterung tarifpolitischer Regelungsformen und -bereiche, drittens die Frage einer solidarischen Einkommenspolitik, viertens die nach den politisch-kulturellen Dimensionen von Arbeitszeitverkürzung (also insbesondere des freien Wochenendes und der Arbeitsumverteilung zwischen den Geschlechtern). Die Diskussion dieser Fragen sowie der Möglichkeiten Kapital und Regierung in eine moralisch-politische Defensive zu drängen, muß intensiv und öffentlich geführt werden. Eine offene, kontroverse und solidarische Debatte all derjenigen ist nötig, die ein ernsthaftes Interesse daran haben, daß der Skandal der massenhaften und andauernden Arbeitslosigkeit überwunden wird. Sie muß auch dazu dienen, eine breite gewerkschaftliche Offensive schon vor Ablauf der Tarifverträge vorzubereiten und eine soziale Bewegung dafür ingangzusetzen.

Referate (geplant):

Horst-Dieter Zahn:
Einführung in die Tagung: Zur Aktualität einer Utopie der lebendigen Arbeit

Theo Steegmann:
Kampf um Krupp Rheinhausen — Erfahrungen, vorläufige Bilanz und Perspektiven

Ingrid Kurz-Scherf
Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung — Ansatzpunkte, Kriterien und Ziele

Anmeldungen und weitere Informationen:
Sozialistisches Büro, Pf. 10 20 62, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, ☎069/88 50 06

Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

[redacted]

D 2800 Bremen 01

Freiheit, Gleichheit, Feminismus bei Argument

Griechenland — Entfernungen in die Wirklichkeit

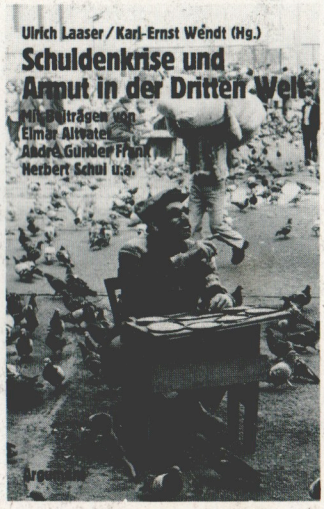
Ein Lesebuch
Hrsg. von Armin Kerker

Das Buch — alles andere als ein konventioneller Reiseführer — ist eine Auseinandersetzung griechischer und deutscher Autoren (u. a. Ritsos, Theodorakis, Rondholz) mit der modernen Geschichte und Kultur Griechenlands: Erkundungen von Faschismus und Widerstand im Zweiten Weltkrieg, Bemerkungen zum zeitgenössischen Film und Theater, Besuche im Kafenion und Beiträge zur griechischen Volksmusik. Ein umfassender Beitrag stellt die Lage der Frauen im heutigen Griechenland dar. Der Band enthält 50 Photos.
Ca. 350 S., br., DM 28,—

Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt

Hrsg. von Ulrich Laaser und Karl Ernst Wendt

Die internationale Schuldenkrise hat sich zu einer tiefgreifenden und langfristigen Gefährdung nicht nur des internationalen Finanz- und Währungssystems, sondern auch und besondern der Dritten Welt in ihrer Gesamtexistenz entwickelt. Im vorliegenden Band äußern sich international renommierte Wissenschaftler (u. a. Altvater, Frank, Schui) zu diesem Problemkomplex und diskutieren Ursachen, Entwicklungen und Lösungsstrategien der Weltschuldenkrise.
212 S., br., DM 22,—



Kornelia Hauser (Hg.)

Viele Orte. Überall?

Feminismus in Bewegung

Festschrift für Frigga Haug

Viele Orte, überall?

Feminismus in Bewegung
Festschrift für Frigga Haug
Hrsg. von Kornelia Hauser

Frigga Haug arbeitet an zwei Bereichen: Arbeit und Produktivkraftentwicklung sowie individuelle Vergesellschaftung und die empirische Untersuchung von Frauenformen. Diese Themen strukturieren das Buch. Die sozialistisch-feministischen Autorinnen kommen aus verschiedenen Ländern und sind sich nicht immer einig über die besten Wege zu veränderter Theorie und Praxis. Die Verschiedenheit zeigt auch die Gleichheit ihrer Leidenschaften: Sie alle wollen das Gegebene nicht hinnehmen.
220 S., 24,— DM

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument